

PROTOKOLL

über die 43. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 16. September 2021, im Gemeinderatssitzungssaal

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Gerald Hackl als Vorsitzender

Heidemarie Kloiber
David König
Maria Lindinger, MAS, MSc
Mag. Kurt Prack
Natascha Payrleithner
Florian Schauer
Evelyn Schröck
Rudolf Schröder
Mag. Erwin Schuster
Dr. Markus Spöck, MBA
Georg Stimedler, BA
Silvia Thurner
Ursula Voglsam
Ing. Wolfgang Zöttl, BEd

VIZEBÜRGERMEISTER:

Ing. Markus Vogl
Dr. Helmut Zöttl
Anna-Maria Demmelmayr, BA MA

STADTRÄTE:

Dr. Michael Schodermayr
Arno Thummerer
KommR Gunter Mayrhofer –
(ohne GR-Mandat)
Mag. Reinhard Kaufmann

GEMEINDERÄTE:

Christian Baumgarten
Rudolf Blasi
Helga Feller-Höllner
Franz Josef Fischer
MMag. Michaela Frech
Pit Freisais
Michaela Greinöcker
Rosa Hieß
Ing. Franz-Michael Hingerl
Josef Holzer
Thomas Kaliba
Evelyn Kattnigg, BA (FH)

VOM AMT:

Dr. Martina Kolar-Starzer
Mag. Helmut Golda
Mag. Helmut Lemmerer
Thomas Schwingshackl, MBA

ENTSCHULDIGT:

Uwe Pichler
Ing. Thomas Schurz, MSc
Lukas Kronberger

PROTOKOLLFÜHRER:

Dr. Martina Kolar-Starzer
Karin Rodlauer

Die ordnungsgemäße Einladung erfolgte gemäß § 18 (1a) GOGR.

VERHANDLUNGSABLAUF:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG;
FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSS-
FÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATS gem. § 54 Abs. 3 StS
(Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderats-
mitglieder zugestellt.)
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

INHALTSVERZEICHNIS:

1) 2021-370970	Änderung des GWG-Gesellschaftsvertrages; Aufsichtsrat.	21
2) BauStrP-3/21	Aufbereitung und Verwertung von Straßenaufbruchmaterial, Betonabbruch und Schottermaterial, Finanzierung aus eingesparten Mitteln des Asphaltierungsprogrammes 2018; Auftragsübertragung. .	24
3) Präs-268/21	Antrag von Grünen und Neos an den Gemeinderat; Kühler Stadtplatz Steyr, Pflanzung von „richtigen“ Bäumen.	25
4) 2021-312906	Kanalisation Kleingartenanlage Gartenfreunde Steyr Münchenholz; Förderung durch die Stadt Steyr.....	30
5) BauStr-7/12	Abschluss eines Nachtrages zur Vereinbarung mit der Quaderna Vermietung GmbH vom 22.08.2013 sowie von zwei Dienstbarkeitsverträgen aufgrund der Errichtung der Verbindungsstraße zwischen Tabor- und Posthofknoten zur Kaserngasse und des Einkaufszentrum „HEY! Steyr“.....	32
6) WaP-2/21	Steyr-Fluss, Hochwasserschaden Fabrikstraße, Instandsetzung; Zustimmung zur Übernahme des Interessentenbeitrages.	33
7) BauBruP-2/21	Errichtung eines Verbindungssteiges zwischen dem neuen Fachhochschulgebäude und dem Museum Arbeitswelt; Freigabe zusätzlich erforderlicher Mittel; Kreditüberschreitung.....	34
8) BauTP-4/21	Kanalisation Reichenschwall-Pyrach; Sanierung von Strängen der SKL 4 im Zuge der Kanalisation Steyr ABA BA 25.....	35
9) BauStrP-4/21	Straßenbauarbeiten Enzengarnstraße und Staffelmayrstraße im Bereich des Hauses Nr. 6 nach Starkregenereignissen.	37
10) BauStrP-7/21	Sanierung Feldstraße BA3 samt Errichtung eines Gehsteiges mit Straßenbeleuchtung und zwei Bushaltestellen.	37
11) Präs-265/21	Antrag von Grünen und Neos an den Gemeinderat; Westspange Steyr, Projektevaluierung unter Berücksichtigung des neuen IPCC-Berichts zur Klimakrise.	39
12) Präs-264/21	Antrag von Grünen, Neos und GRIn. MMag. Frech an den Gemeinderat; Grundsaterklärung zur Klimakrise.	43
13) BauGru-79/13	Flächenwidmungsplanänderung Nr. 3.5 – Resthofstraße, A. Stadlbauer Beteiligungs- und VerwaltungsgesmbH, Einstellung des Verfahrens.	49
14) 2021-163956	Flächenwidmungsplanänderung Nr. 3.28, Änderung des örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2.17, SPAR/Wehrgrabengasse; Beschluss.	50
15) Präs-266/21	Antrag von Grünen, Neos und GRIn. MMag. Frech an den Gemeinderat; Klimagerechte Raumordnung (Flächenwidmungsplan und Bebauungspläne).....	51
16) Präs-270/21	Antrag von Neos, GRIn. MMag. Frech und Grünen an den Gemeinderat; Entwicklung eines Standortkonzeptes für ein zukunftsfitte Steyr.	57

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

- 1) 2021-370970 Änderung des GWG-Gesellschaftsvertrages; Aufsichtsrat.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

- 2) BauStrP-3/21 Aufbereitung und Verwertung von Straßenaufbruchmaterial, Betonabbruch und Schottermaterial, Finanzierung aus eingesparten Mitteln des Asphaltierungsprogrammes 2018; Auftragsübertragung.
- 3) Präs-268/21 Antrag von Grünen und Neos an den Gemeinderat; Kühler Stadtplatz Steyr, Pflanzung von „richtigen“ Bäumen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

- 4) 2021-312906 Kanalisation Kleingartenanlage Gartenfreunde Steyr – Münchenholz; Förderung durch die Stadt Steyr.
- 5) BauStr-7/12 Abschluss eines Nachtrages zur Vereinbarung mit der Quaderna Vermietung GmbH vom 22.08.2013 sowie von zwei Dienstbarkeitsverträgen aufgrund der Errichtung der Verbindungsstraße zwischen Tabor- und Posthofknoten zur Kaserngasse und des Einkaufszentrums „HEY! Steyr“.
- 6) WaP-2/21 Steyr-Fluss, Hochwasserschaden Fabrikstraße, Instandsetzung; Zustimmung zur Übernahme des Interessentenbeitrages.
- 7) BauBruP-2/21 Errichtung eines Verbindungssteiges zwischen dem neuen Fachhochschulgebäude und dem Museum Arbeitswelt; Freigabe zusätzlich erforderlicher Mittel; Kreditüberschreitung.
- 8) BauTP-4/21 Kanalisation Reichenschwall-Pyrach; Sanierung von Strängen der SKL 4 im Zuge der Kanalisation Steyr ABA BA 25.
- 9) BauStrP-4/21 Straßenbauarbeiten Enzengarnstraße und Staffelmayrstraße im Bereich des Hauses Nr. 6 nach Starkregenereignissen.
- 10) BauStrP-7/21 Sanierung Feldstraße BA 3 samt Errichtung eines Gehsteiges mit Straßenbeleuchtung und zwei Bushaltestellen.
- 11) Präs-265/21 Antrag von Grünen und Neos an den Gemeinderat; Westspange Steyr, Projektevaluierung unter Berücksichtigung des neuen IPCC-Berichts zur Klimakrise.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

- 12) Präs-264/21 Antrag von Grünen, Neos und GRIn. MMag. Frech an den Gemeinderat; Grundsatzklärung zur Klimakrise.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ARNO THUMMERER:

- 13) BauGru-79/13 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 3.5 – Resthofstraße, A. Stadlbauer Beteiligungs- und VerwaltungsgesmbH, Einstellung des Verfahrens.

- 14) 2021-163956 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 3.28, Änderung des örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2.17, SPAR/Wehrgrabengasse; Beschluss.
- 15) Präs-266/21 Antrag von Grünen, Neos und GRIn. MMag. Frech an den Gemeinderat; Klimagerechte Raumordnung (Flächenwidmungsplan und Bebauungspläne).
- 16) Präs-270/21 Antrag von Neos, GRIn. MMag. Frech und Grünen an den Gemeinderat; Entwicklung eines Standortkonzeptes für ein zukunftsfittes Steyr.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Pkt. 1) BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER:

Als Protokollprüfer wurden bestellt:

GRⁱⁿ Rosa Hieß
GR Mag. Kurt Prack

ERÖFFNUNG DER SITZUNG:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf sie dann auch herzlich begrüßen zur letzten Gemeinderatssitzung vor der Wahl am 26. September. Ich darf darauf hinweisen, dass wir die 3-G-Regel haben, die eingehalten und auch kontrolliert wurde. Ansonsten, wer sich unsicher fühlt, oder nicht geimpft ist oder nicht getestet, kann selbstverständlich auch eine Maske tragen, es ist aber keine Verpflichtung. Ja, ich eröffne somit die Sitzung, darf feststellen dass wir ordnungsgemäß einberufen haben, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Und als Protokollprüfer sind vorgesehen die Frau Gemeinderätin Rosa Hieß und der Gemeinderat Mag. Kurt Prack. Und entschuldigt haben sich der Gemeinderat Ing. Thomas Schurz, der Gemeinderat Uwe Pichler und der Gemeinderat Lukas Kronberger. Vielleicht noch eine persönliche Anmerkung. Es ist ja die letzte Gemeinderatssitzung und, ob man es glaubt oder nicht, es ist immer schwierig, in Braunau zum Beispiel haben sie die Gemeinderatssitzung vor der Gemeinderatswahl ja schon abgesagt, ah sie führen sie noch durch, in Wels haben sie sie abgesagt aus den bekannten Gründen, weil der Gemeinderat vor einem Wahlsonntag oder kurz davor immer ein bisschen problematisch ist und ja. Aber das wollte ich gar nicht sagen, sondern ich wollte sagen, in meinem Wochenhoroskop steht für Donnerstag, also für heute, es ist nachvollziehbar, das kann ich belegen, also am Donnerstag Haltung bewahren und nicht nerven lassen. Also das habe ich mir jetzt fest vorgenommen. Wenn wer von ihnen oder euch wissen möchte, was sein Wochenhoroskop gesagt hat am Sonntag, das habe ich mit. Also das kann dann jeder für sich sagen. Bei mir steht das wirklich drin. Aber das nur..,

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG ZÖTTL:

Aus der Kronenzeitung?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, völlig richtig, Sonntagskrone abonniert. Ja, aber das nur am Rande, ein bisschen als Auflockerung, weil es wirklich lustig ist, was da manchmal steht und ab und zu sind das gute Ratschläge.

Zu Pkt. 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, wir kommen zu Punkt 2, das ist die Beantwortung von allfälligen Anfragen. Nach langer Zeit liegen wieder einmal Anfragen da, und ich darf sie beantworten und ich hoffe, ich kann das ausreichend tun im Sinne der Anfragesteller. Die Frau Gemeinderätin Lindinger und der Herr Stadtrat Mag. Kaufmann haben am 7. September eine Anfrage betreffend die Vermeidung und Reduktion von Plastikmüll an mich gerichtet. Zur Frage, welche konkreten Maßnahmen wurden entwickelt und umgesetzt, wird wie folgt Stellung genommen. Umstellung der Kaffeeautomaten auf Papierbecher. Im Februar 2020 wurden alle Kaffeeautomaten der Firma Tischlinger, die im Magistrat der Stadt Steyr und in den Betrieben aufgestellt sind, auf Pappbecher umgestellt. Einen Monat später folgten auch die restlichen Automaten von anderen Firmen. Nächste Überschrift, Feste ohne Reste, haben wir uns intensiv damit beschäftigt, auch wenn die großen Feste dann nicht stattfinden durften. Aber wir sind vorbereitet, auch das etwas in Richtung Vermeidung und Reduktion

von Plastikmüll. Also geplant ist, Stadt und Stadtbetriebe sind bemüht, Abfallmengen bei Veranstaltungen und Festen zu reduzieren und den Rest natürlich fachgerecht zu entsorgen. Dabei handelt es sich großteils um Plastikabfälle, weiß man ja Plastikbecher, Plastikbesteck, wie wir es auch beim Stadtfest haben und bei anderen Festen auch gehabt haben. Für das Stadtfest 2020 wären wir vorbereitet gewesen, gemeinsam ein neues Konzept, mit folgenden Eckpunkten zu arbeiten, Umstellung auf Mehrwegbecher inklusive Pfandsystem in Zusammenarbeit mit der Firma Cup Solutions, Abfallvermeidungsmaßnahmen wie zum Beispiel Einweggeschirr mit Ausnahme von Papierteller, keine Strohhalme und Einweg-Rührstäbe, wiederverwertbare Tischtücher usw. Nur nebenbei, also ich denke, das Genussfest hat ja gezeigt, dass es anders auch geht. Da war zum Beispiel alles, zumindest habe ich das so gesehen, alles aus Holz und die Gläser waren mit einem Pfandsystem versehen. Die Abfallberatung natürlich für jeden Standbetreiber war verpflichtend. Getränke dürfen nur in Mehrweggebinden eingekauft werden. Ausarbeitung eines Abfall-Wirtschaftskonzeptes inklusive Erneuerungsbogen Gastronomie, Checkliste für abfalleigenes Entsorgungskonzept mit Abfallinformationen für jeden Standbetreiber usw. Dieses Konzept war auch für 2021 vorgesehen gewesen und verwendet worden. Leider hat das auch nicht stattgefunden. Heißt aber nicht, dass wir es nicht beim nächsten Stadtfest, das hoffentlich dann 2022 wieder stattfinden darf, genauso machen werden im Sinne der Abfall- und der Plastikmüll-Vermeidung. Ja, dann gibt es noch die Jausenboxaktion, auch keine unwesentliche Geschichte, die jährlich für Schulanfänger in den städtischen Schulen durchgeführt wird. Dabei erhält jeder Schulanfänger eine wiederverwendbare Jausenbox. Und seit 2020, früher waren die aus Plastik, wird besonderes Augenmerk auf Beratung zu den Themen Vermeidung von Einweg-Kunststoffverpackungen und bewusstem Einkauf gelegt. Was wurde mir noch aufgeschrieben, Info-Tage, Workshops in Schulen und Kindergärten und Unternehmen, Teilnahme Klimafest und Kinderuni, also in all diesen Bereichen wird versucht, auch die Jugendlichen zu sensibilisieren, um sich da konkret zu beteiligen bei der Müll- und Plastikvermeidung. Bei der Kinderuni wurde zum Beispiel ein Zerlege-Workshop für Handys, Laptops und Spielzeug angeboten. Umweltschutz war ein großes Thema, ist in der Elementarpädagogik, also im Kindergarten, wurden in den Steyrer Kindergärten schon viele Maßnahmen umgesetzt, bei Elternabenden werden dementsprechende Empfehlungen abgegeben oder weitergegeben. Jausenboxen statt Plastiksackerl, Wasser gibt es in Trinkgläsern, Saftpackerl wurden aus dem Kindergarten verbannt, das habe ich auch nicht gewusst, also Sunkist hat es früher zu unserer Zeit gegeben. Das geht jetzt wieder, ja, Sunkist wäre möglich, oder nein, der Plastikstrohalm geht nicht mehr. Egal, aber Sunkist geht ohne Plastikstrohalm. Weiters ist ein neues Projekt geplant, in dem die Kindergärten ein Umweltspiel vorgestellt bekommen, das sie dann behalten dürfen. Umweltschutz ist Teil unserer Bildungsarbeit und ich glaube, das ist besonders wichtig. Mittlerweile hat man ja ab und zu das Gefühl, dass jetzt eigentlich die Kinder und Jugendlichen schon die Eltern darauf aufmerksam machen, wenn sie einen Fehler machen in der Richtung, das ist gut so. Nächste Überschrift, Give Aways SBS GmbH, beim Kauf von Give Aways wird speziell auf die Vermeidung von Kunststoff geachtet. Ich denke, das ist auch eine gute Sache. Wir haben Stofftaschen, Holzkugelschreiber und im Bereich Abfall USB-Sticks aus Holz ausgegeben. Dann gibt es, das ist ohnehin bekannt, auch Projekte mit der Volkshilfe, Abfallberatung im mehrgeschossigen Wohnbau, also da passiert relativ viel in dieser Geschichte. Und das ReVital-Projekt, ein Ausfluss dessen ist auch die Kreisler*in am Grünmarkt, die wir gerade eröffnet haben, das Projekt läuft seit 2009 und wurde 2015 um die Revital-Box erweitert. 2020 und 2021 wurde die Werbung für dieses Projekt verstärkt. Für 2022 wird ein eigener Revital-Infotag geplant, ja, bei dem auch speziell über die Reduktion von Plastikabfällen, die durch die längere Lebensdauer von zum Beispiel Elektro-Kleingeräten und Spielsachen erreicht werden kann, informiert. So, dann war das auch noch nicht alles, ja, Steyr putzt, an der Aktion haben 3000 Steyrer Bürgerinnen teilgenommen. Dabei konnte 2400 Kilogramm achtlos weggeworfener Abfall gesammelt werden. 2021 gab es auch eine Analyse der Abfälle. Es hat sich herausgestellt, dass 60 Prozent des Gesamtvolumens aus Verpackungen besteht. Ich weiß nicht wie es ihnen oder euch geht, wenn ich meine Kartonagen oder meine Zeitungen entsorge, und das bei diesen Behältern tue, ist es unfassbar, wie oft da riesige Schachteln drinnen liegen, die ein Volumen

einnehmen und ich weiß nicht, was sich die Leute wirklich denken, unbeschreiblich, also da wäre auch noch einiges zu tun. Aber man ist halt immer auf die Mithilfe der Leute angewiesen. Steyr Bus habe ich schon gesagt, ist eine entscheidende Geschichte. Ja ich glaube, das war es einmal im Wesentlichen, ich hoffe, das waren Beispiele genug, es hört ohnehin nicht auf, in Wahrheit ist es eine Aufgabe für jeden und jede einzelne tagtäglich. Das, was mich eigentlich so positiv stimmt, ist, dass die Kinder und Jugendlichen so intensiv eingebunden werden in diese Aktionen, weil die Kinder werden es in Zukunft wahrscheinlich noch viel besser machen, wie das wir gemacht haben. Ja, gibt es eine Zusatzfrage oder?

GEMEINDERÄTIN MARIA LINDINGER, MAS MSc:

Nein, es das ist mit nur aufgefallen, die Jäger haben bei Genussfest noch Plastikbecher gehabt. Aber am Stadtplatz war es sehr in Ordnung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Okay. So, dann liegt noch eine Anfrage vor. Ja, die Frau Gemeinderätin Magistra Frech hat am 9. September auch eine Anfrage an mich gestellt betreffend Wahlkarten und Stimmzettel. Zur gegenständlichen Anfrage von der Frau Gemeinderätin Frech wird wie folgt Stellung genommen oder darf ich wie folgt Stellung nehmen. Erste Frage, muss ich gerade schauen, genau, was kostet der Druck aller Stimmzettel für die Steyrer Gemeinderatswahl inklusive Bürgermeister*innenwahl 2021? Der Druck für alle Stimmzettel anlässlich der Herbstwahl 2021 beläuft sich bei einer Stückzahl von je 37.000 Stimmzettel wie folgt. Gemeinderat 763 Euro plus 20 Prozent Mehrwertsteuer, also 915. Und für die Bürgermeisterdirektwahl 763 plus Mehrwertsteuer, auch 915,60. Zweite Frage. Diesmal wurden die Stimmzettel von einer externen Firma gedruckt, entstanden dadurch höhere Kosten als sonst, wenn ja, um wieviel höher waren die Kosten? Wenn nein, um wie viel niedriger waren diesmal die Kosten gegenüber der letzten Gemeinderatswahl? Antwort, der Druck der Stimmzettel bei der Wahl 2015 erfolgte über dieselbe externe Druckerei und entsprach den aktuellen Kosten unter Berücksichtigung der Preisentwicklung der letzten 6 Jahre, die maßgeblich auf die Steigerung des Rohstoffs Papier zurückzuführen war und die normalen Indexsteigerungen. Und je 37.000 Stimmzettel ergibt das folgenden Preis, Gemeinderat mit der Mehrwertsteuer, sage ich es gleich dazu, 682 Euro und für die Bürgermeisterwahl 681,36. Lustig, diese 70 Cent, die da Unterschied sind, ja egal, aber 681 ist nicht die Welt für beide Zettel. Was kostet der Versand der Wahlkarten? Aktuell kostet der Versand einer Wahlkarte je nach Zustelladresse im Inland 5,05 Euro und im EU-Ausland (Schweiz) Euro 9,85 und im nicht EU-Ausland Euro 15,70. Ich bin noch nicht zu Ende, es kommen noch einige Fragen. Bezüglich der Herbstwahlen 2015 können die Portokosten für die Wahlkarten aus den Gesamtportokosten zu diesem Zeitpunkt nicht mehr extrahiert werden. Damals wurden 1.952 Wahlkarten ausgestellt und davon circa 800 bis 1.000 Stück versendet. Aufgrund der momentanen Corona-Situation ist mit einer Steigerung der Anzahl der versendeten Wahlkarten zu rechnen, da muss man kein Prophet sein. Punkt 4, Frage 4, welche Kosten entstehen in Summe durch die finanzielle Abgeltung der Tätigkeit der Mitglieder Wahlbehörde am Wahltag? Antwort, da die Abrechnung erst nach erfolgter Wahl vorgenommen wird und von der Anzahl der tatsächlich teilnehmenden Mitglieder der Wahlbehörde abhängt, klar, kann dies derzeit noch nicht abgeschätzt werden. Aber, Antwort, Größenordnung, 2015 beliefen sich die Kosten auf Euro 79.286,-. Spannend ist ja, wenn eine Wahl dann zwei Mal oder drei Mal durchgeführt wird, dann wird es wirklich teuer. Ich erinnere nur an die Bundespräsidentenwahl. Egal, also wir haben da nur 80.000,- und was ich als Finanzreferent weiß, kriegen wir eine unglaubliche Refundierung immer für solche Dinge, bei den Bundeswahlen ich glaube von 20 Prozent, also das ist gerade einmal fast, ein bisschen mehr als nichts. Frage 5, würde einer Wahlanfechtung stattgegeben, welche Kosten müsste die Stadt Steyr, der Steuerzahler, die Steuerzahlerin mit der Wiederholung der Gemeinderatswahl und Bürgermeister*innenwahl in Summe tragen? Für die derzeit laufende Wahl wurde im Budget der Stadt Steyr ein Budget von circa 130.000 Euro exklusive Portokosten präliminiert. Diese Summe wäre bei einer allfälligen Wiederholung der Wahl einzuplanen, klar. Ich habe sowohl dem Geschäftsbereichsleiter gegenüber als auch der Sondersitzung, das ist wieder die Frage oder die Feststellung von der Frau Frech, der

Wahlbehörde am 9. September einen Vorschlag eingebracht, dass künftig die amtlichen Stimmzettel den wahlwerbenden Gruppierungen, bin ich eh nicht zu schnell, nicht dass das schlottrig wir, ein bisschen langsamer...

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Du bist halt ein Schnellredner. Ist das auch bei deinem Horoskop gestanden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein, nur Nerven bewahren ... am 9. September den Vorschlag eingebracht, dass künftig die amtlichen Stimmzettel den wahlwerbenden Gruppierungen und den Bürgermeisterkandidat*innen vor dem Druck zugehen sollen. Diese könnten schon im Vorfeld eine Kontrolle der Stimmzettel vornehmen. Dadurch wäre sowohl sichergestellt, dass künftig amtliche Stimmzettel korrekt lauten und keine Fehler aufweisen. Dies würde auch Wahlanfechtungen vermeiden helfen. Wird diese Verbesserungsmaßnahme bei der jetzigen Wahl umgesetzt, wenn nein, warum nicht? Antwort, die amtlichen Stimmzettel sind nach den genauen Vorgaben der Wahlordnung zu drucken. Eine Übermittlung von Stimmzettel an Personen, die nicht der jeweiligen Wahlbehörde angehören, ist gesetzlich nicht vorgesehen. Da es sich bei Wahlen um hoheitliche Akte handelt, ist ein eigenmächtiges Abgehen unzulässig und könnte zu einer Anfechtbarkeit vor dem Verfassungsgerichtshof führen. Hinsichtlich der Anregung wird unsere Wahlbehörde an die Landes-Wahlbehörde herantreten, weil der Vorschlag ist ja nicht von der Hand zu weisen. Wir haben einmal auch telefoniert zu diesem Thema. Ich habe allerdings gesagt, wenn wir diese Stimmzettel jetzt an die einzelnen Mitglieder schicken, dann hätte ich auch gerne, dass alle Zettel an all jene geschickt werden, die am Wahlzettel stehen. Weil den eigenen Namen, da kann natürlich auch ein Fehler passieren, irgendwann und irgendwo, und Mayr schreibt sich schon mit 4 möglichen Varianten, und, und, und. Und da möchte ich auch das, aber das würde zu weit führen, das noch weiter zu verbreitern. Unabhängig davon, ich wäre ein extrem guter Korrekturleser, ich habe das beruflich viele Jahre gemacht, also falls ich einmal in der Pension Zeit hätte und ihr habt Zettel zum Korrigieren, schaue ich gerne auch noch drüber. Ja, aber wie gesagt, Landes-Wahlbehörde ist zuständig, wir können, könnten nicht einmal eigenmächtig handeln. Können tun wir es schon, aber da machen wir uns nicht unbedingt bei der Landes-Wahlbehörde beliebt. Siebtens, es war in der Sondersitzung die Rede davon, dass man bereits Abläufe verbessert hätte, um zum Beispiel zu vermeiden, dass Stimmzettel doppelt verschickt werden. Wie sieht diese Verbesserungsmaßnahme konkret aus? Antwort, die mit dem Versand der Wahlkarten-Unterlagen betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden bereits vor den aufgezeigten Vorfällen auf ihre gesetzlichen Aufgaben und die damit verbundenen Arbeitsabläufe eingeschult, logisch, sind auch auf die Wichtigkeit ihrer Tätigkeit sensibilisiert. Seit jeher werden nur besonders zuverlässige und qualifizierte Personen mit dieser Tätigkeit betraut. Wie in der Sitzung der Stadtwahlbehörde ausgeführt, hat der zuständige Fachabteilungsleiter die Mitarbeiter*innen nochmals sensibilisiert und höchste Genauigkeit bei deren Tätigkeit eingefordert. Zudem werden stichprobenartig Kontrollen der Arbeitsabläufe durchgeführt. Dass trotz alledem Fehler passieren können, haben wir leider so zur Kenntnis nehmen müssen. Ich glaube, ich habe damit alle Fragen beantwortet.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Zusatzfrage.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wenn ich sie beantworten kann, gerne.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer. Meine Zusatzfrage bezieht sich darauf, geschätzter Herr Bürgermeister, du hast gesagt, im Budget sind 130.000 Euro für die Wahl vorgesehen ohne Portokosten. Das heißt, das würde auch eine Wahlwiederholung kosten. Es ist nicht meine Aufgabe, Fehler im Haus zu korrigieren, auch nicht Lösungsvorschläge einzubringen, ich tue

es trotzdem gerne, weil es mir darum geht, dass man dem Steuerzahler das Steuergeld erspart. Ich habe, und da komme ich jetzt zu meiner Frage, gebeten, ja, in einem persönlichen Gespräch, um eine Wahlanfechtung, um die Wahrscheinlichkeit einer Wahlanfechtung zu reduzieren, dass man mit allen wahlwerbenden Gruppierungen spricht, und mit allen Bürgermeisterkandidatinnen und -kandidaten, und eine Art Gentlemen-, Gentlewomen-Agreement macht, dass man aus diesem Titel heraus ‚Falsche Stimmzettel‘ keine Wahlanfechtung durchführt. Es ist klar, darüber haben wir auch gesprochen, dass das keine juristische Wirkung hat, aber es gibt auch so etwas wie Handschlagqualität und Moral in der Politik und ich wäre sehr daran interessiert, und ich denke auch die anderen wahlwerbenden Gruppierungen, dass man dieses Damoklesschwert einer Wahlanfechtung, das durchaus noch immer im Raum steht, da gibt es durchaus juristische Meinungen die sagen, es hängt immer nur von der Begründung ab, und da fallen mir durchaus welche ein, dass man das weg hat. Es ist nämlich auch nicht in meinem Sinn, dass es zu einer Wahlanfechtung kommt und ich würde dich jetzt bitten, mir folgende Frage zu beantworten. In unserem Gespräch hast du gemeint, ja, du wirst mit den Gruppierungen, Personen, etc. Kontakt aufnehmen. Meine Frage, ist das jetzt passiert, wenn nicht, warum nicht? Wenn nicht, würde ich es sehr, sehr schade finden, weil zumindest hätte man damit ein Signal setzen können, dass wir kein Interesse haben an einer Wahlanfechtung. Und damit dem Steuerzahler viel Geld ersparen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Klare und einfache Antwort. Ich betone noch einmal, also auch diese Gespräche und Abkommen haben juristisch überhaupt keine Relevanz. Ich habe dir zugesagt, dass ich diese Gespräche führen werde. Ich habe noch nicht mit allen gesprochen, aber mit einem Teil. Mit diesem Teil, die haben das zugesagt, selbstverständlich, ich habe noch nicht alle getroffen, weil manche gibt es, die bewerben sich zwar um ein Amt, die sind aber für mich zumindest wie ein U Boot oder UFO, die habe ich noch nicht einmal persönlich irgendwo gesehen, aber bis zum 26. ist noch Zeit, da hoffe ich doch, dass ich auch die letzten Personen noch treffen werde. Gut, dann sind wir mit den Anfragebeantwortungen am Ende und ich komme zu den Mitteilungen des Bürgermeisters.

Zu Pkt. 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Da möchte ich sie über die aktuellen Corona-Zahlen informieren. Es ist ja leider Gottes die causa prima nach wie vor, auch bei uns. Das interessiert die Menschen aus gutem Grund. Wir haben momentan aktuell in Steyr 80 positive Fälle, davon 1 Fall hospitalisiert, und wir liegen bei einer 7-Tage-Inzidenz von 187. Das zum Vergleich, in Braunau über 300 und wie gesagt, wir liegen da im Mittelfeld, aber es steigt an. Wir haben 14 neue Verdachtsfälle, also das kann man sehen, das geht deutlich nach oben. Und man hat eigentlich kaum eine Möglichkeit, da noch einzugreifen oder irgendwo steuernd einzugreifen. Vielleicht noch eine interessante Zahl, weil die Impfungen natürlich ein wichtiger Game-Changer sind oder auch wären. Wir haben eine Impfquote in der Stadt von 55,7 Prozent bezogen auf alle, auf die Gesamtbevölkerung, also die Impffähigen, wenn man nur die Impffähigen nimmt, dann liegen wir bei über 60 Prozent, aber es ist auch hier bei uns noch Luft nach oben. Aber wie man weiß, gibt es keinen Impfwang und ich persönlich halte das auch für gut. Zwänge funktionieren nie besonders. Ja, das ist die eine Mitteilung, die zweite Mitteilung, damit wir ein bisschen etwas Erfreuliches auch haben ... nein, zuerst sage ich, Impfen und Testen, ist ja mittlerweile bekannt, wieder im Reithoffer, Termine zur Impfung, nur hingehen mit einem Ausweis und das ist dienstags und mittwochs und donnerstags möglich, täglich von 8 bis 17 Uhr, also das wär das eine. Das Erfreuliche ist, das angenehm ist, wer in die Sauna gehen will, muss jetzt nicht mehr nach Bad Hall fahren oder in die eigene gehen, weil es haben nicht alle eine eigene Sauna, die städtische Sauna ist wieder in Betrieb und auch das Hallenbad hat seit 14. September wieder geöffnet. Noch weitersagen, weil es so lange gesperrt war, dass also auch die vielen Saunageher schon nicht mehr daran geglaubt haben, dass es jemals wieder aufgehen wird. Für den Wahltag darf ich noch darüber informieren,

dass wir für die Wahlleiterinnen und Wahlleiter so eine Art Empfehlungsbogen ausgeben werden, wo wir darauf hinweisen, dass möglichst darauf zu achten ist, dass kein Gedränge in den Wahllokalen stattfindet, dass Desinfektionsmittel da ist, wer das benötigt, dass nach Möglichkeit, wenn wer meint er muss sich zusätzlich schützen, auch eine Maske getragen werden kann, soll, wie auch immer, alles freiwillig. Dass wir da schon ein bisschen auch schauen, dass, ja, möglichst Corona-konform das Ganze abläuft. Betonung aber, selbstverständlich, ist überhaupt keine Einschränkung, wer meint nichts tun zu müssen, das Wahlrecht steht über allem und selbstverständlich muss keine Maske, muss man nicht geimpft sein, also man kann jederzeit wählen gehen. Aber wir schauen ein bisschen, dass wir das in Bahnen lenken und ist eh nicht so oft der Fall, wenn so Staus auftreten, dass man sagt, nicht alle ins Wahllokal, vielleicht kann auch wer ein bisschen warten und vielleicht ein bisschen Abstand halten. In diese Richtung wird es gehen, nur dass sie auch darüber informiert sind.

Ja, letzter Punkt, Arbeitsmarktlage, es wird besser, aber von hohem Niveau ausgehend. Also wir haben mit Ende August knapp 3.000 Personen im Bezirk Steyr arbeitslos gemeldet gehabt und in Summe haben sich die Arbeitslosen um 965 Personen, haben sich die verringert, das wären fast 25 Prozent. Im August lag die Arbeitslosenquote trotzdem noch immer bei 6,6 Prozent. Der Österreich-Schnitt ist bei 6,9, da sind wir leicht unter dem Österreich-Schnitt, aber über dem Oberösterreich-Schnitt, da liegen wir eh immer drüber, weil da ist auch das flache Land dabei, Rohrbach und Konsorten. Gut.

Zu Pkt. 4) AKTUELLE STUNDE:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Punkt 4, aktuelle Stunde. Diesmal wieder eine aktuelle Stunde. Bitte? Also das kommt noch. Die Sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion hat den Antrag gestellt, und zwar zum Thema „Mobile und stationäre Pflege in Steyr – Qualität und Finanzierung für die Zukunft gesichert“. Bitte Herr Stadtrat Schodermayr.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR

Liebe Gäste, werte Presse, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, hohe Beamtenschaft, geschätztes Präsidium. Ich darf heute ein paar Worte verlieren zur mobilen und stationären Pflege in Steyr – Qualität und Finanzierung für die Zukunft gesichert? Fragezeichen, also als Frage gestellt. Ich habe mir mit Rücksicht auf die Pandemie und die Entwicklung der Pandemie die letzten Tage überlegt, soll ich es machen, soll ich es nicht machen, habe für mich beschlossen, dass ich das schon mache, weil es, denke ich mir, nicht dieselbe, jetzt sage ich es ein bisschen pointiert, dieselbe Ausrede wie die Bundesregierung verwenden möchte, dass die Pflegereform nicht weitergeht, weil wir so viel Pandemie haben. Ich denke mir, die Menschen die in der Pflege tätig sind und vor allem unsere Bewohnerinnen und Bewohner, unsere Gäste in unseren Einrichtungen haben es sich verdient, dass sie justament und genau in der Pandemiezeit, wo sie vermehrt und verstärkt gefordert sind, mehr Beachtung bekommen. Und somit mag ich einfach ein paar, ja, ein paar Informationen, ein paar Fakten, ein paar Daten und auch ein paar Wünsche, und, wenn man so will, Forderungen stellen. Zu den Daten und Fakten. Wir alle wissen, wir haben drei hochmoderne Alten- und Pflegeheime in Steyr mit einer Gesamtkapazität von 358 Langzeitplätzen und 15 Kurzzeitplätzen seit dem Jahr 2004 sukzessive eröffnet. Zu den Mitarbeiterinnen, die das Ganze ja in Wahrheit mit Leben befüllen und tragen, wir haben 320 Mitarbeiterinnen, aufgeteilt 69 Prozent in Pflege und Betreuung, 15 Prozent sind Hausfrauen, 9 Prozent sind Küche, 3 Prozent Verwaltung, 2 Prozent Physiotherapeutinnen und der Rest Haustechnik. Warum ich das so aufdrösel, ist, dass wir in den letzten Jahren, das hat schon unter Helga Freidhager sehr intensiv begonnen, haben wir den Personalstand, wo es nur irgendwie gegangen ist, in Richtung Pflege gelenkt. Also wir haben in der Verwaltung kräftigst heruntergefahren, gespart und wir haben, wenn man es zusammenzählt, für die Pflege, die Betreuung, die Hausfrauen und Physios haben wir weit über 80 Prozent unmittelbar an unseren Bewohnerinnen und Bewohnern arbeitend. Also das ist schon eine sehr, sehr gute Zahl im Vergleich zu, im Vergleich eine exzellente Zahl. Unser Bürgermeister

spricht immer von 4-Stern-Heimen. Ich möchte das kurz ausführen, warum das wirklich stimmt. 4* zum Wohle unserer Gäste, 4-Stern-Heime aber auch zur Unterstützung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir haben eine Versorgungsassistentin pro Haus, drei Personaleinheiten, die sich um Bestellung, Verwaltung, Lagerung von Hilfsmitteln für die Pflege und Betreuung, sowie Management des Speiseplanes übernehmen, das heißt, da kommt es zu einer deutlichen Entlastung auch der Pflege. Wir haben 6, in Worten sechs, Physiotherapeutinnen angestellt bei uns. Also da muss man weit fahren, dass man das findet. Die sind in den Häusern integriert, arbeiten teilweise hausübergreifend, sind im Team, in der Arbeit bei den Bewohnerinnen und Bewohnern und führen so wirklich zu einer deutlich, deutlich erhöhten Qualität, ich kann das gar nicht hoch genug schätzen. Wir haben, da komme ich nachher noch darauf, im Zuge des Qualitätsmanagements unsere Bettlägerigkeitszahlen angeschaut, mehrfach schon angeschaut. Bei uns sind deutlich weniger Menschen per definitionem bettlägerig als in anderen Häusern. Und es sind, und die Geschwindigkeit, bettlägerig zu werden im Laufe des Aufenthalts in unseren Heimen, ist deutlich, und zwar sehr deutlich langsamer als woanders und das hat ganz, ganz viel mit dieser Physiotherapie-Möglichkeit im Heim zu tun. Wir haben 3 Seniorenanimateurinnen, in jedem Haus eine, die nicht wegzudenken mehr sind und die eine hohe Qualität und vor allem eine massive Steigerung der Lebensqualität der Menschen wirklich bewerkstelligen. Sie aktivieren unsere Bewohnerinnen, sie organisieren Stammtische, Spielrunden, Kochrunden, Ausflüge, sogar Urlaube, geben den Menschen Alltagsstrukturen, geben ihnen ein Stück Normalität wieder, wirken sinnstiftend, also nicht wegzudenken. Eine Diätologin haben wir, auch nicht üblich, auch etwas Besonderes in unseren Heimen. Wir können dadurch auf alle Bedürfnisse unserer Bewohnerinnen und Bewohner eingehen, was die Ernährung angeht, seien es ernährungsmedizinische Belange oder diätetische Belange. Wir sind im Vergleich auch immer zu anderen Häusern vorbildlich ausgestattet mit technischen Hilfsmitteln, zum Beispiel Liftern, Walkern bis hin zur EDV-Ausstattung, da nenne ich nur jetzt die Lichtwellenleiter-Anbindungen in allen Häusern, schlägt sich zu Buche mit 190.000 Euro. Wir haben vor einigen Jahren eingeführt die Medikamentenbereitstellung durch die Apotheken, das heißt die liefern, also üblicherweise ist es so, dass das diplomierte Personal die Medikamente einschachtelt für die Bewohnerinnen und Bewohner. Das bindet natürlich einen Haufen Ressourcen, die dann in der Pflege abgehen. Wir haben eine Übereinkunft getroffen mit allen liefernden Apotheken, die ihr Personal bereitstellen und in unseren Häusern die Medikamentenaufteilung durchführen. Dadurch können wir eine halbe Personaleinheit pro Haus und für die Pflege freispielen. Also da passiert ganz viel. Außerdem haben wir noch die Kaffeehäuser, das kann man als Luxus sehen, ich sehe es eigentlich als Selbstverständlichkeit. Erstens wird die Pflege entlastet, wenn sich die Leute unten aufhalten und in einem geschützten Rahmen sich bewegen können, und es gibt unseren Bewohnerinnen ein Stück Alltagskultur wieder. Das waren jetzt einfach ein paar Beispiele für die Besonderheiten, die in unseren Häusern bestehen im Vergleich zu anderen und auch, dass wir schon schauen, dass wir etwas für unsere Bewohnerinnen und auch für unsere Mitarbeiterinnen tun. Das führt mich jetzt zum Personal, zu der Personalfrage, also das was es in der Zukunft zu lösen gilt, ist die Finanzierungsfrage und die Frage, wie komme ich zu Personal. Diese beiden Fragen sind definitiv miteinander verquickt, lassen sich nicht trennen. Ich gebe jetzt nur ein paar Beispiele dafür, was schon alles passiert ist, es ist nämlich schon viel passiert. Exemplarisch dafür nenne ich, wir haben den Bewerbungsprozess für unsere Bewerberinnen und Bewerber verkürzt. Wenn sich wer bei uns bewirbt, wird er innerhalb eines Tages, innerhalb von 24 Stunden, kontaktiert. Es wird sofort Kontakt aufgenommen, er oder sie wird sofort eingeladen, und sie werden mit allen möglichen liebevollen Mitteln versucht, an uns zu binden. Wir haben inzwischen eine Flexibilität beim Beschäftigungsausmaß, das hätten wir uns vor ein paar Jahren noch nicht vorstellen können. Vor wenigen Jahren war es noch so, dass wir keine Pflegekraft unter 20 Wochenstunden aufgenommen haben, weil das für die Dienstplanerstellung ziemlich aufwendig wird, ziemlich schwierig wird. Wir lassen inzwischen ein Beschäftigungsausmaß von der Geringfügigkeit bis zur Vollzeit zu, wir nehmen inzwischen Pflegeassistentinnen und in Ausnahmefällen Heimhilfen auf. Heimhilfen dann, wenn sie dokumentiert weiterbildungswillig sind, eine Aufschulung dann durchmachen in unserem Haus und uns so

erhalten bleiben als qualifizierte Pflegekraft. Wir unterstützen aktiv unsere Bewerberinnen und Bewerber bei der Berufsankennung und Nostrifizierung. Wir haben die Hausfrauen, Hausmänner, muss man auch gendern, aufgestockt, zwischen 2015 und 2020 um 17 Prozent, also auch eine ganz schöne, erkleckliche Anzahl, ist noch zu wenig, wir werden daran arbeiten. Wir haben Projekte laufen wie die Demografie-Beratung, das klingt so sperrig und geschraubt, das ist nichts anderes, als dass man versucht, Mitarbeiterinnen in den Diskurs einzubinden, wie sie sich Älterwerden in diesem Job vorstellen können, was es dazu braucht, dass man sich vorstellen kann, dass man bis 60 auch den Pflegejob macht. Das kann man sich nämlich, wenn man die Arbeit nicht kennt und sieht, nicht vorstellen. Da kommen dann Ergebnisse heraus, wie dass in den Dienstzimmern die Situation verbessert wird, bei der Bekleidung Verbesserung durchgeführt wird, betriebliche Gesundheitsförderung angeboten wird, und, und, und. Das haben wir alles schon gemacht, ebenso bearbeiten wir nicht einen Tag der Altenarbeit, wie es sozusagen vom Land Oberösterreich oder in Oberösterreich üblich ist, sondern wir machen inzwischen viele Tage der Altenarbeit und schauen, dass die Leute zu uns kommen, die Interesse haben sich bei uns anzuschauen wie die Arbeit läuft und dass sie einen Gusto kriegen bei uns. Wir haben Dienstplanerleichterungen schon umgesetzt, das heißt, es gibt bei Qualifizierung auf ein höheres Berufsbild in Pflege und Betreuung 10 bezahlte Wochenstunden während dieser Aufschulung. Also wir kommen da unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weit entgegen. Wir haben die Zivildienststellen aufgestockt von 12 auf 18, leider Gottes hat es eine Zeitlang relativ wenig Zivildienster gegeben und auch leider Gottes, das mag ich auch in Richtung Regierung und speziell in dem Fall, weil sie zuständig sind, Innenministerium sagen, es ist dermaßen umständlich, das Handling mit den Zivildienstern, dass es auf keine Kuhhaut geht, wenn uns ein Zivildienster ausfällt, aus welchen Gründen, also manche fallen aus Krankheitsgründen aus, manche merken nach ein paar Wochen, sie schaffen den Job nicht, das ist nichts für sie, dann werden wir uns natürlich von denen trennen. Es ist nicht möglich, einen Ersatz zu finden, genau für diese Zeit, es muss genau immer von bis gehen, wenn einer ausfällt haben wir ein Pech gehabt. Also das ist schon eher ein bisschen Amtsschimmel aus der Monarchie, würde ich sagen. Wir haben eine verstärkte Aufnahme oder führen durch eine verstärkte Aufnahme von Stiftlingen, wir haben im APM vier, im APE und APT jeweils sieben Leute, die in einer Arbeitsstiftung drinnen, Arbeitsstiftung deswegen wichtig, wie diese Leute quasi bei uns ihr Stammheim haben, bei uns lange Zeit Praktikum machen, arbeiten und wir aus diesem Pool sozusagen Mitarbeiterinnen dann bekommen. Wir versuchen eine moderne Führungskultur zu leben mit sozusagen Gesprächsebene auf Augenhöhe, die Entscheidungen so transparent zu machen, dass sie alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch verstehen, dass sie das Gefühl haben, sie sind mit dabei, werden mitgenommen und auch Wertschätzung ist etwas, was sehr groß geschrieben wird. Wir haben zusätzlich noch, um es für das Personal ein Stück weit einfacher zu machen, haben wir die Kurzzeitpflege im APE konzentriert. Nachdem da die Zielsetzung eine ganz eine andere ist als wie in der Langzeitpflege, um da das Personal wirklich zielgerichtet einzusetzen und das nicht nebenbei herrennen lassen zu müssen, um eine gute Qualität zu erhalten. Es freut mich auch, dass sich da die Gewerkschaft sehr stark engagiert. Es hat da jetzt eine Mitarbeiterbefragung gegeben, wo wir, nona, herausbekommen haben, dass die psychische und physische Belastung als enorm empfunden wird. Also das ist das, was wir jeden Tag sehen. Das ist extrem scharf in dieser Befragung herausgekommen und auch hier werden wir weiter gemeinsam daran arbeiten, dass wir da etwas besser machen. Geplant haben wir, um diese Personalfrage wirklich im Griff zu behalten, sagen wir einmal, noch haben wir es im Griff, im Griff zu behalten, ist eine gezielte Weiterentwicklung der Marke APS. Also man glaubt es ja nicht, früher war das nicht notwendig sozusagen Werbung zu machen, war es nicht notwendig, da irgendein Bild zu malen, sondern da hat man sich aus 10 Leuten wen aussuchen können. Das haben wir nicht mehr. Es wird da gezielt gearbeitet daran, es wird eine eigene APS-Homepage geben mit einer sogenannten, und jetzt rede ich von etwas, was ich überhaupt nicht verstehe, eine Landing-Plattform wird es dort geben. Das ist, so habe ich es verstanden, wo man, wenn man sich bewerben mag, dort zum Schluss hinkommt. Da landet man beim APS. Und wir können dann Kontakt aufnehmen mit den Leuten. Wir steigen verstärkt in die sozialen Medien ein. Wir tun jetzt ganz massiv verstärken

die Zusammenarbeit mit den Schulen, und zwar auch schon mit den Pflichtschulen. Man kann in die Pflege erst ab 17 einsteigen. Wir versuchen aber, die Schülerinnen und Schüler schon in den Mittelschulen dafür zu interessieren, für einen Pflegeberuf zu interessieren und dann auch noch zu begleiten bis zu dem Zeitpunkt, wo sie es machen dürfen. Ja, Erhöhung der medialen Präsenz, usw. usf. Warum ich das alles erzähle und warum es mich heute auch gedrängt hat, das zu erzählen, ist, weil wir als eine der letzten Kommunen, glaube ich, wir sind ganz, ganz am Ende, auch jetzt im Sommer angelangt sind bei einem Aufnahmestopp in einem unserer Heime. Das heißt, wir haben in einem Heim aufgrund von Langzeitkrankenständen und Weggehen von Mitarbeiterinnen kurzfristig den Mindestschlüssel unterschritten. Der Mindestschlüssel, wenn er unterschritten wird, führt automatisch dazu, dass wir keine Aufnahmen mehr durchführen dürfen. Das hat zwei Monate andauert. Gott sei Dank, und das kann ich mit gutem Gefühl sagen, haben wir jetzt, sind wir wieder deutlich über dem Schnitt, das heißt, wir nehmen wieder auf und wir haben zwischen, nur dass man einmal sieht, was sich da abspielt im Personalbereich bei uns, zwischen 1.8. und 1.11.2021 15 neue Mitarbeiterinnen in der Größenordnung von 12,7 Personaleinheiten wieder in unser Team aufgenommen. Das bringt uns wieder in die Situation, dass wir in allen drei Heimen ganz normal aufnehmen können. Ja, jetzt will ich sie, jetzt lasse ich einfach einen Punkt aus, sonst wird es wirklich zu lange. Einen Sidestep noch in Richtung Qualität. Also das Betreuen von alten Menschen ist ja nicht einfach Unterbringen und ihnen etwas zum Essen geben und Wunden zu verbinden, sondern das hat in der heutigen Zeit schon andere Qualitätsanforderungen. Wir haben in unseren Heimen, in allen drei Heimen, eine E-Qalin-Zertifizierung, die wurde zuletzt im Jahr 2019 zum zweiten Mal durchgeführt. Die Umsetzungsprozesse der Verbesserungsvorschläge laufen jetzt. Wie ich zuerst schon gesagt habe, was sehr viel mit Qualitätssicherung, Qualitätsmanagement zu tun hat, ist diese Geschichte mit der Bettlägerigkeit. Da darf ich noch eine Zahl sagen. Wir haben zwischen, also wir haben eine durchschnittliche Pflegestufe von 4,6 und bei uns haben 68, also knapp 70 Prozent keine Bettlägerigkeit. In zwei anderen Bundesländern, ich nenne sie jetzt bewusst nicht, ich kann es im direkten Gespräch, ich mag da niemanden schlechtreden, da sind 50 Prozent die Normalität. Also wir sind da schon wirklich weit vorne und der Anstieg der schweren Bettlägerigkeit pro Jahr oder in einem Jahr liegt im Durchschnitt der anderen bei 4 Prozent, bei uns liegt der Durchschnitt bei 1,1 Prozent. Also da mag ich wirklich eine Lanze brechen für unser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das ist reine Pflegegeschichte, das ist eine reine Pflegequalität und da leisten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unheimlich viel und ersparen, das muss man, das klingt so, die Bettlägerigkeit klingt so wie nichts, aber das hat etwas zu tun mit dem Wundliegen, mit dem Offenliegen, mit Schmerzen haben, also unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, mit einem unheimlichen Einsatz ersparen die unseren Bewohnerinnen und Bewohnern sehr viel an menschlichem Leid. Und dafür ist ihnen aber sehr dick zu danken. Ein Punkt noch, Freiwilligenarbeit. Freiwilligenarbeit wird in unseren Heimen auch groß geschrieben. Freiwilligenarbeit besonders auf der Ennsleite. Wie wir wissen, über 40 Leute sind dort in der strukturierten Freiwilligenarbeit tätig. Im APT sind ebenso sehr viele Mitarbeiterinnen ehrenamtlich tätig. Im APM ist es im Ausbau begriffen. Wir haben jetzt auch, wir tun jetzt auch mit bei dem Landesprojekt gegen Alterseinsamkeit. Also auch da wird viel gemacht, also das ist auch ein Teil Freiwilligenarbeit, braucht auf der einen Seite Hauptamt, also Ehrenamt braucht immer Hauptamt im Hintergrund, aber natürlich eine gute Freiwilligen-Truppe entlastet auch den hauptamtlichen Bereich. Jetzt noch, lassen sie mich kurz ein paar Worte verlieren zu den mobilen Diensten, Tageszentren und anderen Wohnformen. Wir haben im Bereich der mobilen Dienste eine, wenn man es misst an dem Bedarfs- und Entwicklungsplan des Landes Oberösterreich, eine sehr, sehr gute BEP-Erfüllung in der Ausgangspflege beim diplomierten Personal mit 136 Prozent, bei den FSPAs mit 102 Prozent und bei den Heimhilfen inzwischen auch schon mit fast 100, also 96,85 Prozent. Wir, die mobilen Dienste betreuen, betreuten im Jahr 2020, 21-er-Zahlen habe ich natürlich noch nicht, 651 KlientInnen, verbrauchten dabei 51.388 Stunden, an Personaleinheiten sind es 4. Und bei diesen Zahlen ist oder wird sichtbar, dass die Anzahl der Klientinnen und Klienten annähernd gleich bleibt, eher steigt bis gleich bleibt, die Anzahl der Stunden und der Mitarbeiterinnen aber in den letzten Jahren heruntergegangen ist. Es bildet sich bei den

mobilen Diensten somit auch genau das ab, was wir im stationären Bereich haben. Wir brauchen Personal, finden keines. Wir hätten mehr Anforderung als wir Angebot haben. Ja, also wir haben auch in dem Bereich Handlungsbedarf. Tageszentren, wissen wir alle, Volkshilfe in Münchenholz mit 16 Plätzen, Hilfswerk auf der Ennsseite mit 16 Plätzen, betreubares Wohnen 30 Wohnungen in Münchenholz, Durchschnittsalter 82 ½ Jahre, durchschnittliche Pflegestufe 1,39 und, weil es auch etwas heißt, höchste Pflegestufe ist 5. Das heißt, es kommt nur sehr, sehr selten zu einer Übersiedelung aus dem betreubaren Wohnen ins Altersheim. Die Menschen können dort wirklich bis an ihr Lebensende bleiben, können zu Hause bleiben in der eigenen Wohnung. Das war am Anfang auch gar nicht so klar, wie wird das, wenn die Pflegestufen höher werden, es lässt sich managen und unsere MitarbeiterInnen machen das hervorragend. Das Gleiche kann ich sagen vom betreuten Wohnen. Dort haben wir ja eine höhere Pflegestufe. Auch da ist der Pflegestufen-Durchschnitt interessant mit 2,2, aber noch interessanter ist, dass von aktuell 35 Bewohnerinnen und Bewohnern sieben in der Pflegestufe 3, fünf in der Pflegestufe 4 und zwei in der Pflegestufe 5 sind. Also sehr aufwendige Bewohnerinnen und Bewohner, was die Pflege angeht. Also auch da leisten die MitarbeiterInnen hervorragende Arbeit. Jetzt kommen wir zu den Finanzen oder komme ich zu den Finanzen. Und ich mag ihnen jetzt die Nettozahlen sagen. Ich könnte ihnen jetzt irgendein Konglomerat aus Netto und Brutto sagen, das klingt dann noch viel schlechter. Die Stadt Steyr gibt für Altenpflege und Betreuung kumuliert 9 Millionen Euro aus, gut 9 Millionen, ein bisschen mehr als 9 Millionen und bekommt dafür aus dem Pflegefond 2,4 Millionen zurück, das heißt es, bleibt ein Delta und das bleibt bei der Stadt kleben und da gibt's nichts mehr von 6,5, von fast 6,6 Millionen Euro im Jahr 2020. Und das war ein „günstiges“ Jahr, weil es ein Pandemie-Jahr war, und da die Leistungen relativ zurückgefahren werden haben müssen, teilweise waren die Einrichtungen ja auch gesperrt. Ja so viel zu den Finanzen und jetzt wenn man so will zu meinen Erwartungen zu meinen Forderungen. Meine Erwartung ist dass endlich was passiert, also es ist unglaublich, ich bin jetzt 10 Jahre schreckt mich selber, 10 Jahre in diesem Amte tätig und davor hat es schon geheißen es wird die Finanzierung auf gescheite Füße, auf feste Füße, auf andere Füße gestellt, danach hat es erst geheißen, und in den letzten Jahren hat sich dieses Ankündigen wirklich wirklich intensiviert und es wurden Pflegegespräche und Pflegesymposien und Anketten und ich weiß was der Teufel was nicht alles gemacht. Es ist substanziiell Nüsse passiert, es ist gar nichts passiert, es ist gar nichts anders geworden. Und es gibt so viele Sachen die ganz einfach zu machen sind sofort umzusetzen wären, man braucht es nur tun, und es bräuchte nur den ehrlichen politischen Willen dazu. Und wenn man sich die Finanzierung anschaut, alleine im Nachbar-Bundesland ist es so geregelt dass die Kommunen 50 Prozent ersetzt bekommen für die Pflegekosten. Wenn man sich unseres anschaut, wie ich es zuerst ausgeführt habe, sind das 26 oder 27 Prozent, das heißt wir bekommen ein Viertel ersetzt von dem was wir ausgeben. In Niederösterreich haben wir schon gleich einmal die Hälfte, in Tirol ist es glaube ich noch mehr. Also es gibt Bundesländer die das schon anders regeln, anders handhaben und die schon erkannt haben, dass die Kommunen das nicht aushalten. Das geht nicht auf Dauer, außer man setzt Schulden auf Schulden auf Schulden. Oder was keiner von uns will, und das erlebe ich da in Steyr wirklich als Fraktions-und Parteiallübergreifend, mit der Qualität wollen wir nicht herunterfahren, das denke ich mir ist ja unser Konsens. Also es wäre ganz einfach, den Pflegefond gibt's, das Pflegegesetz gibt's, man bräuchte nur höher dotieren und die Aufteilung regeln, es wäre relativ einfach. Strukturell könnten wir auch recht viel tun, weil es ist unheimlich kompliziert und ich könnte noch, wirklich das meine ich jetzt nicht sarkastisch, ich könnte noch stundenlang reden wie das gerechnet wird. Es gibt Mehrfachregelungen durch den Bund der macht ein Pflegefondgesetz das Land macht die anderen Regelungen. Der Bund Pflegefondgesetz, das Land macht was und wie ausgebaut werden soll, in den Grundsätzen dieses Bereiches und formuliert das in dem Oberösterreichischen Sozialhilfegesetz und in den Verordnungen die dann hinten nach kommen. Und in einem Bereich der Hauskrankenpflege wird es ganz skurril, da ist nämlich dann die Sozialversicherung auch noch drinnen, die auch mitfinanziert, da unterscheidet man plötzlich zwischen sozialer und medizinischer Hauskrankenpflege. Und wenn man weiß von was man redet, das auseinanderhalten, auseinander dividieren ist ja fast nicht mehr möglich. Und die

Blüten die das treibt, da mag man ja dann lachen darüber, aber es ist eigentlich zum Weinen, ist dass das Land die Sozialversicherung geklagt hat, weil sie zu wenig Leistungen vermutet oder weil sie zu wenig Leistungen eingerechnet haben. Unterm Landeshauptmann Pühringer noch hat es dann einen Vergleich gegeben, aber da streiten sich die Institutionen schon untereinander. Es wäre ein Einfaches, ein leichtes eine einheitliche Qualität im Sinne des Qualitätsmanagement einzuführen, wir in Steyr machen das schon. Es wäre ein einheitlicher Pflegeschlüssel zu fordern, es ist grotesk dass es in Vorarlberg anders ist als im Burgenland und mitten drin in der Steiermark anders als wie in Kärnten, das gleich daneben ist. Es ist nicht nachzuvollziehen und lässt sich nur mehr historisch begründen. Ja und zum Personal noch einmal, wir werden an der Entlohnungsschraube drehen müssen, es wird nicht anders gehen, wenn ich in einem Automotiv Betrieb an das Band gehe und ich bekomme gleich einmal ein paar hundert Euro mehr im Monat auf die Hand, als wie wenn ich ins Altersheim Menschen pflegen gehe, dann stimmt für mich der Wert nicht, nicht dass ich jetzt dem Arbeiter am Band weniger geben will, um Gotteswillen, ganz im Gegenteil. Aber die Pflege muss uns definitiv mehr wert sein. Auch wenn wir jetzt immer sagen es ist jetzt nicht mehr bezahlbar, es ist bezahlbar, es muss nur politisch gewünscht und gewollt sein und es können nicht die Kommunen alleine finanzieren. Oder zum Großteil finanzieren, wie es jetzt bei uns in Oberösterreich ist. Wir haben einen Tohuwabohu bei den Berufsbildern, die sind landesmäßig geregelt, wir haben in Oberösterreich eine FSBA, die 2400 Stunden Ausbildung haben, es kommen jetzt die Leute die das Berufsbild Pflegeassistent gemacht haben, die haben 1800 Stunden, wir müssen sie aufschulen um 600 Stunden. Wir haben die Diplomierten und haben die Pflegefachassistenten die sehr ähnlich sind, aber die Pflegefachassistenten dürfen gewisse Dinge nicht machen, was die Diplomierten machen, jetzt kannst du sie nicht alleine im Nachtdienst einsetzen und und und. Ich mag sie nicht langweilen damit, es ist ein wirkliches Durcheinander, es ist in einem Land wie Österreich, das ja nicht so wahnsinnig groß ist, eigentlich fast schwachsinnig. Ja und dann gibt es auch noch die Forderung nach einer Schaffung eines Finanzierungsmodells für Ausbildungswillige, es gibt, ansatzweise gibt es schon was über die Stiftungsmodelle und das Fachkräftestipendium. Bei Beiden ist der Nachteil, dass wenn du eine Familie hast und du willst das wirklich machen, dann schaffst du es nicht, da brauchst du den Rest der Familie die dir das finanzieren die dir das zahlen. Soweit jetzt einmal nur ein paar Ideen, Forderungen oder Erwartungen ich will es ja gar nicht so hart formulieren. Ich denke mir, um die Frage zu beantworten, die mobile und stationäre Pflege in Steyr Qualität und Finanzierung für die Zukunft gesichert, würde beantworten mit „Ja“, wenn, und bei diesem wenn fühle ich mich in Steyr richtig gut aufgehoben, alle an einem Strang ziehen, der politische Wille dafür da ist, und ich habe in den letzten 10 Jahren den Ausschuss leiten dürfen für die Alten und Pflegeheime, wirklich so erlebt, dass da der gemeinsame Wille da ist, dass man das tut, dass man das macht, dass man das umsetzt, dass man sich entlang der Bedürfnisse und Bedarfe unserer Gäste orientiert. Der Aufruf und der Apell den ich heute wirklich loswerden möchte ist für die nächste Funktionsperiode, dass wir in die Richtung verstärkt und massiv weiterarbeiten. Dass jeder von uns, und zwar jeder von uns ist aufgerufen, draußen ein Stück weit auch Werbung zu machen für den Pflegeberuf, den Pflegeberuf nicht immer als reine Belastung, und so ein Wahnsinn wie man da hergenommen wird, und ich weiß nicht was man da alles bekommt, Bandscheibenvorfall und ansonsten was, sondern es ist ein sehr sinnstiftender schöner Beruf, bei dem man ganz viel zurückbekommt. Aber die Politik muss es möglich machen dass man diese Arbeit leisten kann und da ist der Punkt meines Erachtens jetzt dringendst gefordert, nicht immer nur Überschriften zu produzieren, nicht immer nur Dauerwahlkampfparolen auszugeben, sondern wirklich einmal was zu machen. Und wie ich gesagt habe, es gäbe ein paar Dinge zu machen, die sehr einfach zu machen wären. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja vielen Dank, denke der Dr. Schodermayr hat einen großen Bogen geschlagen was wir alles in dieser Stadt anbieten, und hat im Endeffekt auch nur einen Succus herausgenommen. Ich glaube wir können da alle zusammen recht stolz sein was wir gemeinsam da geschaffen haben für die ältere Generation. Aber in Wahrheit ist es ein

Hilfeschrei, weil das was noch kommt und da muss man kein Prophet sein, dass das nicht billiger werden wird, sondern noch teurer, dass sich dieser Pflegeschlüssel ändern wird müssen zugunsten der betreuten Menschen, dass das somit noch einmal teurer wird liegt ja auf der Hand. Wir werden wirklich fahrlässig bei der Finanzierung in Stich gelassen und das nicht nur seit einem Jahr, sondern seit vielen, vielen Jahren und alle drehen sich um und sagen das wird schon, wir sind bei der Arbeit. Irgendwann reicht es endgültig und ich denke wir sind wirklich alle aufgerufen, in allen Parteien, Druck zu machen, damit sich da etwas ändert. Man kann da nicht mehr zuschauen, alle wissen was da passiert, alle wissen was fehlt und in Wahrheit gibt es keine Gesetze die das regeln. Die Parallelitäten die der Dr. Schodermayr aufgezeigt hat, das ist ja dann noch das Sahnehäubchen dazu, wie schwierig das Ganze ist. Und die Bezahlung muss steigen, der Pflegeschlüssel muss anders gerechnet werden und die Finanzierung muss gesichert werden, endlich, das ist im Endeffekt der große Apell und Hilfeschrei der auch mit dieser Aktuellen Stunde im Endeffekt, denke ich, im Sinne von uns allen formuliert werden soll und wird. Ich möchte nur zur Formalität sagen, bei dieser aktuellen Stunde hat jede Fraktion, Betonung auf Fraktion, eine Wortmeldung und wir halten uns auch daran. Und als erster zu Wort gemeldet ist der Dr. Zöttl und er spricht für die FPÖ Fraktion. Bitte Helmut.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Danke. Sehr geehrte Damen und Herren, werte Gäste zu Hause vorm Fernseher, ja es war eine sehr ausführliche aktuelle Stunde, habe auch ein bisschen den Wahlkampf durchgehört, weil es war ja auch eine gewisse Aufzählung der Leistungstätigkeiten und ein gewisser Leistungsnachweis der da erbracht worden ist. Ist aber auch gut so, dass das abgesprochen wird. Ich habe hier herinnen noch nie erlebt, dass sich jemand gegen die Betreuung von älteren Personen ausgesprochen hat. Sei es jetzt zu Hause mobil oder auch in den Altenheimen. Und die Zahl die wir gehört haben, dass die Stadt Steyr 6,6 Millionen Euro zuschießen muss für die Altenbetreuung. Ich glaube da hat es noch nie eine Gegenstimme gegeben, also das ist für uns zu leisten und ich glaube da sind wir uns alle einig. Was ich aber schon sagen möchte, dass die Tätigkeit von dem Pflegepersonal eine sehr hochwertige und anstrengende ist, das glaube ich können wir alle bestätigen. Ich bin mir auch sicher, dass in Steyr eine gute Arbeit geleistet wird, aber ich hätte schon einige Fragen was das Personal betrifft. Man hört ja immer dass die Personalfluktuation sehr hoch ist und da hätte es mich schon einmal interessiert warum das so ist. Und gibt es dazu bestimmte Gründe, weil ich glaube, dass das auch ein Thema ist, wenn Leute hier waren und diesen Job schon gemacht haben, warum gehen die dann? Also dann stimmt irgendwas nicht und das glaube ich da liegt ein großes Potential das man nicht verwirren darf oder brach liegen lassen darf. Ich habe auch schon gehört dass die Prüfungen für die neuen Pflegekräfte über Dolmetsch funktionieren soll, ist das richtig, dass da die sprachliche Barriere auch ein Problem ist? Ja die Finanzierung ist ja, der Herr Bürgermeister hat es ja schon gesagt, ist ein Hilferuf, es muss eigentlich ans Land und an den Bund gerichtet werden. Ich sage wir erzählen es uns hier herinnen selber, wir wissen ein jeder hat das Gefühl ja da passt was nicht, aber natürlich gehört das auf Bundesebene thematisiert und ich glaube auch nicht seit erst einigen Jahren, das geht ja Jahrzehnte zurück. Ich glaube es gibt fast keine Partei herinnen, die nicht einmal den Sozialminister gestellt, sowohl die SPÖ, wir haben es auch noch einmal gestellt, die ÖVP glaube ich auch einmal, ja eigentlich gehört wirklich, wie der Herr Bürgermeister gesagt hat, in den eigenen Reihen, bitte, ah, bitte die Grünen haben auch einen Sozialminister, danke, danke. Ich glaube das dürfen keine Lippenbekenntnisse sein, sondern muss wirklich um ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gerade die letzten zwei Jahre nur Grün, ich glaube es gibt nur einen Gesundheitsminister, aber ich glaube der war auch Sozialminister, das hat noch keiner bemerkt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Und darum sage ich, glaube das ist ein Langzeit Thema und dieses Thema muss man wirklich angehen. Und da bin ich wirklich schon dabei, weil Pflege wird umso wichtiger und ich glaube, wir sind in einer zivilisierten Gesellschaft und da hat die ältere Generation sich auch verdient dass dementsprechend behandelt wird und dass auch die Pflegenden die selbst zu Hause Angehörige pflegen, dass die auch dementsprechend abgesichert sind, sozial abgesichert sind, das gehört für mich genauso dazu weil die haben wirklich auch eine schwere Arbeit zu leisten und da kann man nur diesen Apell beziehungsweise diesen Vorstoß unterstützen. Ich glaube dass das sehr wichtig ist.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Vielen Dank, Dankeschön. Für die ÖVP Fraktion der Gemeinderat Schauer, bitte Herr Gemeinderat.

GEMEINDERAT FLORIAN SCHAUER:

Geschätztes Präsidium sehr geehrte Damen und Herren. Wir haben jetzt da in sehr langen Ausführungen gehört welche breite Angebotspalette wir in Steyr bieten können. Wir als ÖVP haben das immer auch mit unterstützt, ich denke wir gehen da in Steyr einen gemeinsamen Weg, wenn man sich die Beschlüsse auch anschaut in den zuständigen Gremien. Und warum ich das jetzt gleich am Anfang so hervorstreiche ist, weil in diesem ganzen Konfliktfeld der Kompetenzen zwischen Bund und Länder und Gemeinden und vielleicht auch zwischen den Parteien, wo es dann in der Umsetzung ja nicht an den Lösungen hakt, weil fachliche Lösungen liegen genügend am Tisch, wir alle wissen das, die sich da in diesen Bereichen beschäftigen, aber um die Umsetzung geht es. Und da ist es aus unserer Sicht sehr sehr wichtig, es ist heute schon gesagt worden, dass man eine gemeinsame Kraftanstrengung unternimmt, dass der politische Wille zur Umsetzung auch da ist. Und ich denke mir, wenn wir heute was tun können hier in diesen Gemeinderat, dann ist es ein Signal auch auszusenden, dass wir das ernst nehmen, dass wir dazu stehen, gemeinsam alles tun dass unsere Steyrerinnen und Steyrer auch in Zukunft gut versorgt sind. Aber auch dass unser Personal bestmögliche Bedingungen vorfindet. Da ist Geld das Eine, aber ich höre, wenn ich mich im gleichaltrigen Freundeskreis, Bekanntenkreis, umhöre, dass da auch Themen wie Worklife-Balance Einfluss haben, wo ich mich beruflich niederlasse. Es ist also nicht nur das Geld und wir werden gemeinsam, und da bin ich positiv gestimmt, in den nächsten Jahren auch in diese Richtung überlegen müssen, was können wir noch tun um hier sehr sehr attraktive Arbeitsplätze anbieten zu können. Ich nehme mir mit, es kann sich keiner aus der Verantwortung nehmen, das ist quasi auch die Botschaft, wir nehmen diese Verantwortung wahr als ÖVP Steyr und wir werden das auch in Zukunft gemeinsam mit allen Fraktionen tun. Vielen Dank.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Die Grüne Gemeinderätin Lindinger, bitte.

GEMEINDERÄTIN MARIA LINDINGER, MAS, MSC:

Ja geschätzte Damen und Herren. Das war eine wirklich sehr sehr eindrucksvolle Schilderung von dem was in den Alten-und Pflegeheimen und auch nicht nur in den Alten-und Pflegeheimen im Bereich der Altenbetreuung in Steyr geleistet wird. Und auch welche finanziellen Herausforderungen das sind. Ich habe mir, nachdem das Sozialministerium derzeit Grün ist, mir das Regierungsprogramm auch angeschaut und ich habe auch Rücksprache gehalten mit dem Grünen Gesundheitssprecher. Wie es da im Moment ausschaut, was da auf Regierungsebene auch läuft. Ich meine dieses Thema Pflegefinanzierung wäre eigentlich sehr hoch oben auf der Prioritätenliste vom Anschober. Aber da kam was dazwischen, ich glaube das wissen alle. Aber es sind Gespräche im Gange. Also es sind Gespräche im Gange und die Gespräche sind nicht ganz so einfach. Weil sich auch diese Ideen, in welche Richtung sich das entwickeln soll, oder was die Konzepte dafür sein können, einfach aus zu verhandeln sind. Und wo die Grünen und Türkisen Ideen schon ein bisschen, ja es braucht einfach um dies wirklich aus zu

verhandeln. Weil die Ideen durchaus auch unterschiedlich sind. Aber sie sind im Gange und es gibt regelmäßige Gespräche und ich bin da ganz, denke ich mir, bei allen anderen, dass ich wirklich hoffe, dass in dieser Legislaturperiode das was sie sich zum Ziel gesetzt haben, da eine Weichenstellung zu setzen und Konzepte auszuarbeiten, wie das finanziert werden kann und auch wie man versuchen kann Leute für diesen Beruf zu gewinnen. Da gibt es ja die unterschiedlichsten Zugänge. Ich meine Niederösterreich zum Beispiel bildet zum Teil in Vietnam Leute aus, die es nachher herholt als Pflegekräfte. Das halte ich jetzt, ja. Ist irgendwie so eine Verzweiflungsgeschichte wo man, das halte ich jetzt nicht für den idealen Weg, wenn man schaut dass man zu Pflegekräften kommt. Sondern ich denke was wir brauchen, dass das wirklich, dass die Pflege in, da gibt es jetzt schon die unterschiedlichsten Ausbildungsschienen, aber dass wir schauen müssen, dass wir die Leute in ordentlichen Arbeitsverhältnissen mit einer ordentlichen Bezahlung für diesen Beruf gewinnen. Das denke ich ist eines der wichtigsten Sachen die wir brauchen. Und ich glaube da muss es noch viele an kreativen Ideen auch geben, was man, wie man das auch angehen kann. Ich denke der Michael hat ja schon einiges geschildert was ihr in Steyr versucht Leute zu gewinnen. Und ich glaube da muss es noch einiges mehr geben. Manche Ansätze hast eh du auch schon angesprochen, es gibt eben das Fachkräfte-Stipendium, hat es jetzt gegeben. Der Bildungsbonus wurde erhöht, was glaube ich auch ganz gut ist ist, dass das Berufsverbot für Asylwerber gefallen ist. Und gerade aus diesem Bereich sich durchaus nicht so wenig Leute für diesen Beruf interessieren. Da wäre es dann auch nicht sinnvoll wenn man die fertig ausgebildeten Pflegekräfte dann abschiebt. Eine Schiene die auch kommen wird und derzeit jetzt von, halt von der EU auf zwei Jahren finanziert wird sind die Community Nurses, das denke ich ist eine gute Zwischenstelle, um die Menschen auch zu informieren, was ist da alles möglich und so. Aber ich halte das auch für, da sollte es jetzt in Österreich 150 Pilotprojekte einmal geben, das halte ich auch für eine gute Richtung in diesem Bereich. Keine Frage, die Erhaltung eines für Betreute und Betreuende menschenwürdigen Pflegesystems wird deutlich höhere Kosten verursachen, einfach wenn man sich nur die Demographie anschaut. Und da denke ich ist es, das muss, wir werden uns das leisten müssen und wir werden uns das auch leisten können und da geht es wirklich ganz wichtig auch darum, und das denke ich auch dass es gut ist wenn da alle Parteien sich daran beteiligen, dass das mit einem fairen Schlüssel zwischen Bund, Ländern und den Gemeinden aufgeteilt wird. Und ich hoffe wirklich dass wir in der Legislaturperiode da noch einen Schritt in die richtige Richtung bekommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, danke. Es ehrt dich deine Bescheidenheit, aber wenn ich das richtig im Kopf habe ist das Ende der Legislaturperiode 2024. Wenn wir bis 2024 warten müssen dass diese Regierung, wer immer der angehört, ein Ergebnis zusammenbringt, sind wir finanziell völlig tot. Aber nicht nur da in der Stadt sondern in allen SHV's, das muss nächstes Jahr spätestens ein Gesetz sein, versprochen ist es ja schon für heuer worden. Und du hast es eh richtig gesagt und wir sehen das ja alle richtig. Wenn der Herr Finanzminister oder wer immer dann das Gesetz macht nicht Geld zu Verfügung stellt, dann läuft das nicht. Und, ich verstehe das eh, man ruft dann in Wien an und sagt, na wie weit sind denn die Gespräche, und die sagen einem am Telefon, intensiv und alles so schwierig und und und. Seit eineinhalb Jahren wird intensiv geredet und geredet und umeinander gefahren es passiert gar nix, aber gar nix. Und wie gesagt, wenn das 2024, ich hoffe das haben sie noch nicht so mitgeteilt, Ende der Legislaturperiode dass es da eine Lösung gibt, weil das halte ich körperlich gar nicht aus, das werden wir auch finanziell nicht aushalten. Weil in der Zwischenzeit müssen wir schon wieder aufdoppeln, werden die Gehälter steigen und steigen müssen, da sind wir uns alle einig. Ja, wie gesagt bleibt eh der Appell und ich glaube darum macht es auch Sinn und hat es heute noch Sinn gemacht, das wieder einmal zu aktualisieren, dass von der Basis her der Ruf kommt. Macht da oben endlich was, wir können nicht mehr, aber wir wollen unsere älteren Menschen auf höchster Qualität weiter betreuen können und wir sind am Ende der Fahnenstange, wir können das finanziell nicht mehr alleine stemmen. Und die die jetzt an der Quelle sitzen, und Minister haben in ihren Parteien, die ersuche ich noch eindringlicher da wirklich vorstellig zu werden und sagen das geht nicht. Ich weiß nicht ob diese Dramatik den

Leuten da in der Kärntnerstraße und im Parlament in den Ersatzquartieren tatsächlich bewusst ist. Ich kann es mir nicht vorstellen, weil sonst hätten sie irgendetwas gemacht und zumindest irgendetwas am Weg gebracht in diesen eineinhalb oder zwei Jahren. Aber wie gesagt, ich glaube es könnte ein Schlusswort geben und soll's auch geben vom Referenten. Bitte.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Ja ich mache es jetzt kurz. Ich freue mich über die in Wahrheit Einigkeit. Wie ich eh vorher schon gesagt habe, ich möchte jetzt Helmut dir die Fragen versuchen, die Frage zu beantworten. Ich habe vor ein paar Monaten ein Gespräch mit dem Albert gehabt genau deswegen Fluktation innerhalb der MitarbeiterInnen. Da war die mit Abstand, der mit Abstand häufigste Grund war Wohnortveränderung. Dann ist gekommen Familie, Familiengründung, weil wir natürlich von den MitarbeiterInnen halt sehr viele junge Frauen haben. Dann sind Pensionierungen, gesundheitliche Probleme und jetzt sage ich es einmal salopp, Teamunverträglichkeit, also es gibt halt Manche da passt es halt nicht und dann gehen sie wo anders hin. Das sind die Hauptgründe. Dolmetsch meines Wissens nein, war gar nicht, weil nämlich und jetzt hast du mich kurz am falschen Fuß erwischt, weil ich den Level nicht genau weiß. Es braucht in der Pflege Ausbildung einen bestimmten Level an Deutsch Kenntnissen und der muss nachgewiesen sein und abgeprüft sein. Ich kann jetzt, ich schaue nach, und sage es dir dann, ich weiß es jetzt nicht auswendig. Ansonsten freue ich mich auf das Gemeinsame. Zu der Maria kann ich nur sagen Community Nursing ist, Steyr hat sich angemeldet so zu sagen, es gibt 150 Pilotgemeinden in Österreich die mittun. Wir wollen unbedingt dabei sein, es ist nur noch die Entscheidung noch nicht gefallen. Ich glaube somit habe ich hoffentlich die Fragen beantwortet. Bedanke mich.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke

Zu Pkt. 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATS gemäß § 54 Abs. 3 StS (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt.

BauStrP-2/17	Kauf von drei Grundstücksteilflächen von Rudolf Ratzinger durch die Stadt Steyr zum Zwecke des Ausbaus der Feldstraße, Genehmigung einer Niederschrift.
Ha-6604/92	Rechtssache Stadt Steyr – DI Hermann Proyer, Zahlung der Leistungen des beauftragten Rechtsanwaltes Dr. Rudolf Mitterlehner für das erste Halbjahr 2021.
2021-381606	Ankauf von Regenschutzjacken für die Kameradinnen und Kameraden der Freiw. Feuerwehr Steyr.
2021-298535	Navigator Film Produktion KG; ao. Förderung des Filmprojektes „STEYR“ von Harald Friedl.

Zu Pkt. 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE
gem. Pkt. 6 der Tagesordnung:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Damit haben wir diese hoch interessante aktuelle Stunde abgewickelt. Und wir können weitergehen in der Tagesordnung und um meinen einzigen Tagesordnungspunkt vortragen zu können. Die Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates, setze ich jetzt so voraus, hier gibt es keine gegenteilige Auffassung. Und ich darf somit den Vorsitz an den Herrn Vizebürgermeister Vogl übertragen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

1) 2021-370970 Änderung des GWG-Gesellschaftsvertrages; Aufsichtsrat.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bitte?

Wortmeldung von GRⁱⁿ MMag. Michael Frech vom Platz heraus: Ja ich habe aufgezeigt, ich melde mich beim ersten Tagesordnungspunkt zu Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Ja passt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich habe jetzt gar nicht, um was geht es jetzt? Ich habe noch gar nicht referiert.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Ich darf den Vorsitz übernehmen. Registriere, dass es zum ersten Tagesordnungspunkt, bevor ich den Berichtstatter, unseren Bürgermeister Gerald Hackl, um seinem Bericht ersuche, bereits eine Wortmeldung gibt, und ersuche dich Geri, dass du zum Bericht kommst.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bist du nicht auch Löwe? Da steht auch, nicht nerven lassen. Ja in diesem meinen einzigen Tagesordnungspunkt geht es eigentlich aus meiner Sicht um einen Formalakt. Wir haben mit unserer städtischen Wohnungsgesellschaft einen Aufsichtsrat und der Aufsichtsrat, die Mitglieder in diesen Aufsichtsrat sind gewählt und nicht entsendet. Es hat den Nachteil dass sie im Endeffekt zeitlich befristet sind und dass, wenn die Sterne ungünstig stehen, ein Interregnum entstehen kann. Es macht Sinn, und das ist der Vorschlag der von unserem Hausjuristen gekommen ist, dass man das ändert und dass man im Endeffekt auf entsendete Mitglieder umstellt. Es wird, was die Personen anbelangt die jetzt im Aufsichtsrat sind, überhaupt keine Veränderungen geben. Der Antrag an den Gemeinderat lautet nur, dass im Endeffekt die GWG bemächtigt ist in einer Vollversammlung diese Änderung umzusetzen. Ja, das ist der Antrag und ich ersuche um Diskussion und Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Präsidiales vom 12.08.2021 wird der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH, der zufolge der Aufsichtsrat künftig aus **entsendeten** Mitgliedern (§ 30c GmbH) besteht, zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Gut, sie haben den Antrag gehört. Es liegt mir eine Wortmeldung vor, Frau MMag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer. Zu Beginn nur, hat nicht ganz mit diesem Antrag zu tun. Aber es ist schade, dass der Herr Bürgermeister gerade in seiner letzten Gemeinderatsitzung nicht auch im Horoskop stehen gehabt hat, dass er seinen basisdemokratischen Tag hat und seinen großzügigen, weil es wäre sehr wohl möglich gewesen im Rahmen der aktuellen Stunde auch den Neos die keinen Fraktionsstatus haben und auch mir als Vertreterin des Bürgerforums eine Möglichkeit zu geben, zu einen Statement. Ich hätte nämlich einen Vorschlag gehabt, den die Stadt Steyr ohne viel Kosten machen könnte, ich kann ihn halt jetzt nicht einbringen, nehme ich zu Kenntnis. Aber ich nerve den Herrn Bürgermeister nicht

und komme zu diesem Antrag. Ja, im Prinzip klingt das ja alles recht vernünftig. Aber es gibt trotzdem fünf Punkte die man dazu einbringen kann. Der erste Punkt ist, und das sage nicht ich, sondern das geht aus dem Akt hervor, dass diese Änderung im GWG Aufsichtsrat, die als Vorschlag an die Fraktionen ergangen ist, im Juli, das heißt in der sogenannten Sommerpause, gab es sehr wohl eine Rückmeldung von einem Fraktionsvorsitzenden, der kritisiert hat, dass diese Änderung weder im Aufsichtsrat, noch im Stadtsenat, noch in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz oder einem anderen Gremium vorbesprochen worden wäre. Dann kommt eine Stellungnahme vom Amt dass aus rechtlicher Sicht die vorgeschlagene Änderung des Gesellschaftsvertrages schon länger geplant ist. Also dann verstehe ich eigentlich nicht, warum man das nicht auf einer breiteren Ebene diskutieren konnte, wenn das schon ohnedies länger vor ist, aber gut Schwamm drüber, ist ja nur so ein kleiner Kritikpunkt. Der zweite Punkt ist, obwohl es bis heute noch kein Datum gibt, ich habe keines erfahren, ich habe mehrere Personen gefragt im Haus, für diese außerordentliche Generalversammlung, die man dann braucht um das auch umsetzen zu können, also es gibt da noch nicht einmal einen Termin. Aber es gibt bereits den Entwurf eines Protokolls. Das ist interessant, gut kann man sagen, das ist in einem mitgegangen, der Notar macht eben den Entwurf des Protokolls auch wenn es noch gar keinen Termin für die Sitzung gibt. Aber es ist schon interessant welche hellseherischen Qualitäten man so hat, nämlich in diesem Entwurf des Protokolls, wenn die Sitzung, wo es noch gar keinen Termin gibt, steht dann sogar schon: „Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen usw. schließt die heutige Generalversammlung umso und so viel Uhr und Minuten“. Na, ist auch noch nicht so ganz spannend, ist so ein bisschen kabarettistisch, aber was soll es. Dann kommen wir zum nächsten Punkt, es steht dann auch drinnen Generalversammlung, eben außerordentliche Generalversammlung. Man fragt sich, wer ist denn da drinnen. Na ja ich darf beruhigen, da sind zumindest zwei Personen drinnen in dieser Generalversammlung. Im Gegensatz zum Aufsichtsrat der Stadtbetriebe, also Entschuldigung, im Gegensatz zur Generalversammlung der Stadtbetriebe, weil da gibt es ja nur eine Person, das ist der geschätzte Herr Bürgermeister. Auch wenn er sagt dass er alle Gemeinderäte vertritt, aber die Generalversammlung der Stadtbetriebe besteht aus einer Person, nämlich der Person des Bürgermeisters. Hier haben wir bei der Generalversammlung der GWG wenigstens zwei Personen. Den Bürgermeister und den Vertreters des Sparkassenfonds. Auch noch nicht so wirklich spannend. Sechs Personen gibt es in diesem Aufsichtsrat, das war auch bis jetzt so. Jetzt könnte man sagen, na gut ein Aufsichtsrat sollte eine Kontrollfunktion haben, sollte deshalb als Mitglied des Aufsichtsrates über gewisse Erfahrung, Kompetenz, Knowhow, Engagement etc. verfügen. Na, das wird nach dem D'Hondt Verfahren festgelegt. Das heißt da geht es nicht um diese Werte die ich gerade gesagt habe, sondern rein wie haben Parteien, Gruppierungen bei einer Wahl abgestimmt. Gut, auch noch nicht so schlimm, ist zwar ein bisschen eigenartig, weil meistens haben gerade Jene die nicht in der Regierung sitzen eher ein Interesse an Kontrolle, als Jene die in der Regierung sitzen. Aber auch noch nicht so arg, kann man ja sagen zumindest die in der Regierung sitzen entsenden ihre Aufsichtsratsmitglieder und das machen die dann ohnedies nach Kompetenz, Erfahrung und so weiter. Ja nur, und der nächste Punkt, und den finde ich dann schon noch ein bisschen spannend, ist, sollte das sogar der Fall sein, dass da jetzt ein Mitglied entsendet wird, das wirklich genau diese Werte die man für einen Aufsichtsrat eigentlich draußen in der Wirtschaft ständig haben sollte und wo das irgendwie selbstverständlich auch ist, zumindest sollte es so sein. Ja was ist dann mit diesem Aufsichtsratsmitglied, das ohnedies nur ab einer gewissen Fraktionsstärke, sprich wenn man im Stadtsenat sitzt, hinein kommt. Entsendete Aufsichtsräte können vom Stadtsenat jederzeit ohne Angabe von Gründen abberufen werden. Also ich wüsste schon wahrscheinlich was da passieren würde, wäre eine ähnliche Regelung im Aufsichtsrat der Stadtbetriebe Steyr, dann wäre ich wahrscheinlich möglicherweise gleich bei einer der nächsten Sitzungen nicht mehr Mitglied des Aufsichtsrates. Ohne Angabe von Gründen wäre das hier möglich und wenn man vielleicht ein bisschen lästig ein bisschen nachfragt, was manche nicht wollen, dann könnte das durchaus der Fall sein. Ja ich finde das ehrlich gesagt nur ein Kabarett, es ist aber leider die Wirklichkeit, sie können sich den Akt anschauen, sie wissen ich habe in 24 Jahren da herinnen nie etwas behauptet was ich nicht nachweislich auch beweisen kann. Der Zugang

dass dieser Antrag da ist dass man es leichter macht, da bin ich ja vollkommen dabei dass der Aufsichtsrat handlungsfähig ist, dass man nicht immer nur warten muss bis jetzt dieses ganze Prozedere wieder anläuft und so weiter, wie es eh geschildert worden ist, dagegen habe ich nichts. Aber man sollte sich wirklich einmal überlegen, wie werden Aufsichtsräte in der Stadt Steyr besetzt, nach welchen Kriterien, macht es wirklich Sinn dass zum Teil dieselben Personen die im Stadtsenat sitzen auch im Aufsichtsrat sitzen, das wäre eine Diskussion wert, nein diese Diskussion konnte man natürlich nicht führen, weil wie gesagt es gab weder eine Fraktionsvorsitzendenkonferenz dazu, noch im Stadtsenat, noch in irgendwelchen Ausschüssen etc., es ist auch nicht der Gemeinderat um seine Meinung gefragt worden, es wurde halt heute und hier beschlossen. Also sie werden nehme ich an Verständnis haben, dass ich dem nicht meine Zustimmung geben kann und dass ich sie wirklich bitten würde in der nächsten Periode einmal darüber nachzudenken, wie sollen Aufsichtsräte die auch wirklich ihren Funktionen nachkommen tatsächlich besetzt werden, nämlich zum Wohle der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt? Wünscht der Berichterstatter ein Schlusswort?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja liebe Michaela, ich nehme zur Kenntnis dass du die Qualifikation der Aufsichtsratsmitglieder in Frage stellst.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Hab ich nicht getan.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich nehme zur Kenntnis dass du sie in Frage stellst, weil du meinst, wir sollten eine Ausschreibung machen und vielleicht andere Aufsichtsratsmitglieder entsenden weil sie ja alles mögliche, du hast es ja aufgezählt, leisten müssen. Die Nachfolger werden dann in der nächsten Funktionsperiode, können sie Überlegungen anstellen, wohin sie auch wollen. Ich möchte nur feststellen dass wir auch in den Stadtbetrieben Steyr, wo du auch Aufsichtsratsmitglied bist, dieselben Regeln haben und dass es nichts komisches oder eigenartiges ist, dass ein Unternehmen, sprich die Stadt Steyr, in ihre Tochterunternehmen Mitglieder aus dem Gemeinderat aus ihrer Stadt entsendet. Und noch dazu, das sagst du nicht, wenn Private kämen und sagen, na da sieht man lauter Experten, Wirtschaftsexperten in unseren Aufsichtsräten in unseren stadtnahen Betrieben, die kosten dann auch was, ganz im Gegensatz zu uns nämlich. Weil die Aufsichtsräte die in den stadt-eigenen Betrieben sind, und das sind nicht wenige, und da rede ich jetzt von TIC und von Regionalentwicklungsgesellschaft und und und, machen das alle im Ehrenamt. Die tragen auch das Risiko im Ehrenamt und du stellst dich her und sagst da braucht man eine Qualifikation, na selbstverständlich die werden auch von den Fraktionen geschickt und das sind keine Hilfsschüler die wir da hinschicken. Und so zu tun dass du die Einzige bist, das klingt ja zwischen den Zeilen durch, du bist qualifiziert, weil Gott sei Dank bist du im Stadtbetriebe Aufsichtsrat drinnen. Wir haben dich auch nicht gefragt welche Qualifikation du hast, sondern du bist entsendet worden von deiner Fraktion, die es jetzt nicht mehr gibt, weil du bist nicht mehr bei der Fraktion darum bist du auch nicht zu Wort gekommen das letzte Mal. Und du bist ja genau die, die ununterbrochen sagt Formalie, Formalismus da kommt irgendwas und da fehlt ein Beistrich und da hätte ich und da hätten wir. Jetzt beschwerst du dich, weil du in deiner Fraktion nicht zu Wort gekommen bist, das musst du an die Fraktion richten. Du bist in der Fraktion mit der ÖVP, darum bist du zuerst nicht zu Wort gekommen. Ich schweife ab und außerdem mein Horoskop. Ich soll mich nicht ärgern lassen. In dem Sinne ist das natürlich ein Vorteil, wenn wir in Zukunft die Aufsichtsräte in die GWG entsenden und nicht mehr wählen. Ich ersuche um Beschlussfassung.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Danke für das Schlusswort. Ich darf zur Abstimmung kommen. Wer für diesen vorliegenden Antrag ist bitte um Zeichen der Zustimmung. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Mit zwei Stimmenthaltungen so angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **31**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Ing. Markus Vogl, Vbgmⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayr, BA MA; StR Dr. Michael Schodermayr, GR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Evelyn Schröck, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR Georg Stimeder, GRⁱⁿ Silvia Thurner)

FPÖ 8 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Arno Thummerer, GR Franz Fischer, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GR David König, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 3 – (GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Stimmenthaltungen: **2**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 1 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech)

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Ich darf den Vorsitz wieder an den Herrn Bürgermeister übergeben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke ich übernehme den Vorsitz und darf den Herrn Vizebürgermeister Vogl um seine Tagesordnungspunkte ersuchen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING.MARKUS VOGL:

2) BauStrP-3/21 Aufbereitung und Verwertung von Straßenaufbruchmaterial, Betonabbruch und Schottermaterial, Finanzierung aus eingesparten Mitteln des Asphaltierungsprogrammes 2018; Auftragsübertragung.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Danke, bevor ich in meine, zu meinen Tagesordnungspunkten komme, darf ich seitens des Feuerwehrreferenten seitens der Freiwilligen Feuerwehr mich bedanken bei allen Fraktionen hier für die unkomplizierte Unterstützung des Ankaufes der Regenjacken, ich glaube es ist ein wichtiger Beitrag, wie wir gesehen haben auch für die Zukunft. Ich habe zwei Anträge hier, das eine ist, wir müssen die Aufbereitung, das Material das wir durch die Aufbereitung der Straßen haben, des Betonabbruches, welches wir derzeit neben der Mülldeponie lagern,

diesen Lagerplatz räumen, dafür brauchen wir Kosten, entstehen Kosten von 68.100 Euro und ich ersuche um Freigabe dieser Mittel.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hoch- und Tiefbau vom 28.07.2021 wird dem Angebot der Firma Manfred Schrefler GmbH, Margaretha Eder Straße 4, 4453 Neuzeug, der Zuschlag erteilt und der Auftrag in Höhe von EUR 68.094,00 inkl. USt. (€ 56.745,-- exkl. USt) vergeben.

Gleichzeitig wird der Auftrag an die FA. HTL-Bau GmbH für das Asphaltierungsprogramm 2018, beschlossen mit Gemeinderatsbeschluss vom 22.03.2018 um denselben Betrag reduziert.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von gerundet EUR 68.100,-- inkl. USt (56.750,-- exkl. USt), sind bei VASSt 5/612000/002000 vorgesehen.

Die Bestellung der Fa. HTL-Bau GmbH, (Bestellnummer 650), wird um den Betrag von € 68.100,- inkl. USt. reduziert und eine neue Bestellung für den vorgenannten Auftragnehmer in derselben Höhe bewilligt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung dazu vor. Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer dafür ist bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimme? Stimmenenthaltung? Das ist nicht der Fall somit wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

3) Präs-268/21 Antrag von Grünen und Neos an den Gemeinderat; Kühler Stadtplatz Steyr, Pflanzung von „richtigen“ Bäumen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir sind bei deinem nächsten Tagesordnungspunkt, das ist der Antrag von Grünen und Neos an den Gemeinderat. Thema: Kühler Stadtplatz Pflanzung von richtigen Bäumen. Dazu gibt es auch einen Abänderungsantrag, der mir vorliegt, möchte aber beginnend mit diesem Antrag eine Grundsatzklärung von hier abgeben. Auf der heutigen Tagesordnung befinden sich gleich fünf Anträge, fünf der Grünen, die jeweils von Pit Fraiseis und Michaela Frech unterstützt werden. Und wenn man sich die Inhalte ansieht, wird auch dem politisch Unbedarftesten glaube ich sofort klar, dass alle diese Anträge parteipolitisch motiviert sind und der Gemeinderatswahl am 26. September geschuldet sind. Die SPÖ Fraktion, die FPÖ Fraktion und die ÖVP-Fraktion sind übereinstimmend der Auffassung, dass hier versucht wird, die letzte Gemeinderatssitzung in dieser Funktionsperiode dazu zu nutzen, um bestimmte Themen parteipolitisch zu instrumentalisieren. Und sowohl SPÖ, FPÖ als auch ÖVP sind der Meinung, dass alle Parteien und wahlwerbenden Gruppierungen ausreichend Möglichkeiten haben, den Wählerinnen und Wählern ihre Vorstellungen und Zielsetzungen näher zu bringen, ohne eine Gemeinderatssitzung, die eineinhalb Wochen vor der Wahl stattfindet, mit Anträgen zu überfrachten. Parteipolitisch bzw. wahltaktisch motivierte Anträge im Gemeinderat sind zwar legitim, aus Sicht von SPÖ, FPÖ und ÖVP aber mehr als entbehrlich. Und nicht zuletzt stellt sich schon auch bei einigen dieser Anträge die Grundsatzfrage, ob der aktuelle Gemeinderat noch Beschlüsse fassen soll, die den nach dem 26. September neu zu bildenden Steyrer Gemeinderat präjudizieren. Aus den genannten Gründen wird es von den Mandatarinnen und Mandataren von SPÖ, FPÖ und ÖVP zu diesen fünf Anträgen keine Diskussionsbeiträge geben, sondern lediglich abgestimmt werden. Herr Referent ich ersuche dich deinen Punkt vorzutragen beziehungsweise die Grünen ihren Antrag einzubringen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Das zuständige Mitglied des Stadtsenats wird beauftragt, die Pflanzung von großkronigen Bäumen auf dem Stadtplatz fachkundig planen und möglichst bald durchführen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Ich darf diesen Abänderungsantrag einbringen der bezieht sich darauf, dass wir die Magistratsdirektion beauftragen zum einen einmal die Kosten zu erheben für die Pflanzung von Bäumen, die Möglichkeit technische, wo solche sein könnten zu erheben. Zum dritten auch die Altstadterhaltung aufzufordern eine Stellungnahme abzugeben wie aus Sicht der Altstadterhaltung hier das pflanzen von Bäumen bewertet wird. Und zum Vierten diese Arbeitsgruppe Klimaschutz die ja diesen Vorschlag für die Wanderbäume gebracht haben. Die Ergebnisse noch einmal zu präsentieren, warum man auf Wanderbäume gekommen ist und nicht auf fix installierte Bäume.

Abänderungsantrag der SPÖ:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Magistratsdirektion wird beauftragt Stellungnahmen und Erhebungen von den jeweils zuständigen Abteilungen wie folgt einzuholen:

1. Die Altstadterhaltung gibt eine schriftliche Stellungnahme über eine mögliche Durchführung der Bepflanzung ab.
2. Die Kommunalbetriebe erheben die Kosten für die Pflanzung eines Baumes.
3. Die Bauabteilung des Magistrats ermittelt mögliche Standorte am Stadtplatz.
4. Die Arbeitsgruppe Klimaschutz gibt eine Stellungnahme über die erarbeitete und bereits umgesetzte Maßnahme „Wanderbäume“ anstelle von „richtigen“ Bäumen ab.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Die Grünen sind am Wort den Antrag zu stellen, bitte euren Antrag. Das war der Abänderungsantrag.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Welcher wird zuerst abgestimmt?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bitte.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Welcher wird zuerst abgestimmt?

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Abänderungsantrag wird zuerst abgestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir nehmen ihn, beide in Diskussion.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren an den Zusehergeräten. Ich war jetzt ein bisschen überrascht. Auch nach dem Horoskop orientierten

Vorwort zur Sitzung. Wie das beurteilt wird wenn doch immerhin drei hier vertretene Parteien, oder?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein, wieso drei?

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ok, zweieinhalb. Egal, also die Grünen, die Neos und die Kollegin Michaela Frech. Die jetzt als eigene Liste kandidiert. Hier zu einem Thema das, ich meine ich halte anderen Themen auch für wichtig, wie was zur aktuellen Stunde eingebracht wurde, die Pflege. Aber Klima und wie es mit dem Klima weiter geht ist mindestens so wichtig, oder gleichwertig. Und das so abzutun, als etwas was nur jetzt wahltaktisch parteipolitisch motiviert wäre, also da bin ich sprachlos muss ich sagen. Wir haben einige Anträge hier eingebracht die in einem Zusammenhang stehen, und jetzt aus der Systematik der Tagesordnung, ja in einem Ungleichgewicht stehen und hier muss man kurz erklären wie das im Zusammenhang aussieht. Wir haben, und das wird bei Tagesordnungspunkt zwölf kommen, eine Grundsatzerklärung zur Klimakrise, was bedeutet das für Steyr und für die Stadt Steyr als Gemeindeorganisation, was gibt es hier grundsätzlich zu überlegen und welche Maßnahmen sind hier aus unserer Sicht sinnvoll. Ich kann mir gar nicht vorstellen, und wer es gelesen hat wird das auch feststellen können, dass ein neuer Gemeinderat das wesentlich anders sehen könnte was hier ansteht. Der nächste Punkt von der, unserer Systematik her, ist ein Antrag zur klimagerechten Raumordnung, wo es darum geht die Instrumente die es in der Raumordnung gibt konsequent zu nutzen, um Klimaschutz und Klimaanpassung zu betreiben. Als dritten Punkt dann, schon noch konkreter in der Ausformulierung des Antrages, schlagen wir vor eine Evaluierung der Westspange. Des Projektes Westspange unter diesem Eindruck den wir diesen Sommer haben, des neuen Berichts des Internationalen Komitees für Klima, jetzt fällt mir das nicht ein, IPCC ist eben die Abkürzung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Klimarates.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Des Klimarates, danke. Herr Kollege freut mich besonders wenn das Wissen aus ihrer Richtung hier dazu kommt. Und als konkretesten Antrag der vielleicht im gesamten Zusammenhang eine Kleinigkeit betrifft, aber etwas was sehr anschaulich ist und als Symbol einerseits aber durchaus mit praktischen Wert zu sehen ist, das ist dieser Antrag betreffend Pflanzung eines richtigen Baumes, also im Boden des Stadtplatzes, um hier einen Platz in Steyr, der auch, wir merken es immer wieder wenn wir an heißen Tagen auf den Stadtplatz gehen, der hier auch von der Erwärmung schon durchaus sehr betroffen ist. Um hier ein Zeichen zu setzen und eine Erleichterung für die Leute die sich in dessen Schatten erholen können sollen. Ja und dieser letzte Antrag ist jetzt der erste zur Abstimmung wobei wir von den Grünen her nach Kenntnisnahme des Abänderungsantrages mit dem durchaus mitkönnen. Also die Abänderungsvorschläge die hier drinnen sind halten wir durchaus für sinnvoll und vertretbar, und werden dem Abänderungsantrag zustimmen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön, nächster zu Wort gemeldet der Kollege Freisais. Bitte Herr Gemeinderat.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen. Also zunächst einmal zu dem Punkt dass sich die SPÖ, FPÖ, ÖVP da dem demokratischen Diskurs entschlägt, also das ist aus meiner Sicht skandalös. Zuerst positioniert man sich da als, in der aktuellen Stunde, mit einem allgemein bekannten zum Großteil bundespolitischen Problem. Kann man natürlich jetzt sich wunderbar abputzen, weil wie gesagt die Stadt da wirklich nix dafür kann dass die Pflegefinanzierung in der Luft hängt. Das Problem besteht natürlich, das will ich auch nicht in Abrede stellen, aber das wird da breit mächtig diskutiert und, also das ist aus

meiner Sicht eben Wahlkampf Getöse. Damit man sich da vor die Wählerinnen und Wähler noch vor der Wahl als die Guten positioniert und dann bei den aktuellen Themen die da eingebracht werden, die ja wirklich einen aktuellen Bezug haben, da entschlägt man sich den Wortmeldungen und sagt, na das ist nur Wahlkampf und da will man nicht diskutieren. Ich meine nur das ist ja einfach nur fadenscheinig und im Endeffekt können da alle Wählerinnen und Wähler die heute zuschauen das schon als Warnsignal nehmen, weil man hört ja gerade aus SPÖ Kreisen immer, dass da in Richtung Machtausbau ein wenig geliebäugelt wird vielleicht auch in Richtung Absolute. Das ist genau die Politik die was man dann erwarten kann. Und von dem her sei jeder gewarnt, der was da in die Richtung überlegt, die Opposition die wird dann nix mehr zum Melden haben. Im besten Fall wie gesagt kann man halt seine Meinungen da positionieren im Gemeinderat, aber es will halt dann genau das passieren was die SPÖ will. Und wie gesagt ich sehe das extrem kritisch und auch fadenscheinig wie gesagt, von dem her hat das meine absolute Kritik. Zum Tagesordnungspunkt an sich, dass wir da jetzt zur Sache kommen, also dem Abänderungsantrag dem kann ich zustimmen, es ist allgemein bekannt, dass wir da wo es belebt ist, wo es begrünt ist, wo es bepflanz ist, dass da das Klima das Stadtklima angenehmer ist. Dass man sich da als Bürgerin, als Bürger logischerweise lieber aufhält, das heißt da geht es natürlich stark um Lebensqualität zum einen Punkt, zum anderen geht es natürlich auch um das Klima. Jede Ebene, jede politische Ebene muss seinen Beitrag leisten, auch die Kommunalebene und Bäume pflanzen geht natürlich ganz stark in die Richtung, also ebenfalls zu begrüßen. Und gerade in punkto Stadtplatz, aus meiner Sicht natürlich, geht es auch ganz stark um den Wirtschaftsstandort Stadtplatz. Wenn man dann mit 35 Grad im Sommer in der Hitze sitzt ist natürlich nicht gerade angenehm und da ist es dann natürlich schon ein Beitrag, dass da ein Schatten ist, dass man als Besucherin, als Besucher, sich da so zu sagen ein bisschen Abkühlung verschaffen kann.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Warum fahren die Leute in den Süden noch auf Urlaub, weil es so angenehm ist oder was?

GEMEINDERÄTIN EVELYN KATTNIGG, BA (FH):

Da ist es wurscht!

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Das ist dann Jeden freigestellt. Aber auch im Süden, also gerade im Süden, wenn man sich da anschaut was da Klimaanlage usw. verbaut sind. Ich meine das ist eh ein Szenario wo wir uns nicht unbedingt hinbewegen wollen. Der Punkt ist auf jeden Fall, im Schatten sitzen ist deutlich angenehmer als in der prallen Sonne wenn es herunterglüht. Gerade auch für ältere Mitbürgerinnen und Bürger, wo auch das Thema ist der Stadtplatz muss für alle zugänglich sein. Und unterm Strich ist das aus meiner Sicht ein Frequenzbringer für den Stadtplatz. Also wenn man sich da gerne aufhält, wenn's da lebendig ist, dann geht man dort gerne hin. Das ist gut für die Geschäftsleute, das ist gut dass die Innenstadt belebt ist und von dem her wie gesagt hat der Antrag zum einen sowieso meine Unterstützung und natürlich auch jetzt meine Zustimmung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Zu Wort gemeldet die Frau MMag. Frech bitte Michaela.

GEMEINDERÄTIN MMAG.MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer. Geschätzter Herr Bürgermeister, ich wollte dich nicht nerven und habe deshalb keinen Zwischenruf gemacht. Ich hätte einen machen können zur Berichtigung. Du hast nämlich behauptet dass das jetzt fünf Anträge sind, die von Grünen, Neos und Gemeinderätin Frech unterzeichnet werden. Es sind drei und nicht fünf. Und deshalb ja würde ich dich schon bitten zumindest diese Genauigkeit an den Tag zu legen, da geht es nicht um Punkt oder Beistrich, dieser Antrag zum Beispiel ist einer wie man sieht aus der Tagesordnung Antrag von Grünen und Neos. Er hat nicht meine Unterschrift getragen

als Unterstützung aus dem einfachen Grund, weil in diesem Antrag eben drinnen gestanden ist, dass man die Pflanzung von großkronigen Bäumen auf dem Stadtplatz fachkundig planen und möglichst bald durchführen lassen soll. Und ich bin ein Freund, eine Freundin dessen, dass man sich Dinge genau anschaut, wie hat das funktioniert was jetzt da ist, macht es überhaupt einen Sinn hier wieder Bäume zu pflanzen. Und aus diesem Grund habe ich hier nicht unterschrieben. Freue mich aber sehr über den Abänderungsantrag der hier jetzt gekommen ist von der SPÖ, weil den hätte ich durchaus so unterstützt. Und insofern muss man ja froh sein, ja, weil hätten wir oder hätten in diesen Fall eben die Grünen und die Neos diesen Antrag nicht eingebracht, ja dann hätte es das heute gar nicht gegeben, dass man evaluiert, wie schaut denn das aus, macht es jetzt Sinn mit den Wanderbäumen, wo wir gemerkt haben dass das eben nicht so ganz unproblematisch ist. Und darum finde ich das total gut, dass man sich anschaut, wie schaut das aus seitens der Altstadterhaltung der Kommunalbetriebe etc. Aber einen Punkt hätte ich gerne noch, der fehlt mir. Und den stelle ich hiermit als Ergänzung dieses Abänderungsantrages, ich glaube auch nicht dass man dies jetzt groß formal braucht, das heißt ich vertraue soweit noch immer, auch wenn es manchmal wundert. Dass das dann gemacht wird, nämlich dass die Stadtgärtnerei ebenfalls eine Stellungnahme abgibt welche Bäume hierfür geeignet sind. Und ich denke mir das sind jene die die Expertinnen und Experten bilden, wenn es darum geht was ist überhaupt tatsächlich möglich. Und ich würde bitten diesen Punkt als Punkt 5 dazuzugeben. Die Stadtgärtnerei gibt eine Stellungnahme welche Bäume geeignet sind um sie auch wirklich auf dem Stadtplatz aufstellen zu können. Und natürlich auch, aber davon gehe ich aus dass man evaluiert wie das jetzt mit den Wanderbäumen tatsächlich funktioniert. Also in Form dieses Abänderungsantrages mit der Ergänzung hat dieser Antrag selbstverständlich meine Zustimmung.

Ergänzung zum Abänderungsantrag von Frau GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech:

5. Die KBS/Stadtgärtnerei soll beurteilen welche Baumarten dafür geeignet wären.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, ich berichtige somit, dass bei diesen von mir fünf angesprochenen Anträgen die Frau Kollegin Frech nur dreimal mit unterschrieben hat. Es tut mir leid, ich habe mir gedacht das ist ein Automatismus gewesen, ihr seid beieinander gesessen und habt gesagt unterschreiben, unterschreiben, unterschreiben. Es tut mir leid, ich hätte es lesen müssen. Deine Unterschrift ist nur auf drei Anträgen. Wie dieser Zwischensatz, dass irgendwer festgestellt hat dass das mit den Wanderbäumen nicht funktioniert, das weiß ich jetzt nicht wer das festgestellt hat. Weil die Wanderbäume meines Erachtens gut funktionieren, möchte auch nur zur Klarstellung sagen, wir fragen alle, wir müssen jetzt alle mitreden dann ob ein Baum gepflanzt werden darf oder nicht. Es war im Konzept vom Architekt Hertl auch schon ein Baum vorgesehen und ist auf massivsten Widerstand unserer Altstadterhaltung gestoßen, das möchte ich nochmal der Form halber sagen. Wir haben ja nicht gesagt wir machen keine Bäume, sondern die Wanderbäume wären auch eine Lösung, weil massiv vom Denkmalamt geheißen hat, da gibt es keinen Baum. Und jetzt fragen wir noch einmal und schauen wir wie die Rechtsposition des Bundesdenkmalamtes in Bezug auf einen gepflanzten Baum am historischen Steyrer Stadtplatz ist. Wie auch immer. Ich kann euch nur sagen, bin ja nicht der Freund des Bundesdenkmalamtes, das dürfte da bekannt sein. Die sind Gesetz und ich schicke sie euch dann wenn ihr sagt's das machen wir trotzdem, wenn die sagen nein. Da wird's dann lustig. Soviel nur zum rundherum von dieser Geschichte. Aber schauen wir mal was die ...

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Bei der nächsten Großveranstaltung schneiden wir sie um.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Genau, genau was die Experten sagen zu den Wanderbäumen. Meine persönliche Wahrnehmung, meine persönliche Wahrnehmung, und ich bin viel am Stadtplatz im Gegensatz zu anderen, dass die Wanderbäume gar nicht schlecht funktionieren. Auch schön ausschauen und gut Schatten spenden. Natürlich kann ich sagen ich möchte einen super Ahorn mit großer Krone, weil dann möchte irgendwer am Stadtplatz bei 40 Grad unter diesem Baum sitzen, weil es so heiß ist. Dann sage ich, warum geht der nicht in den Schlosspark. Ich weiß die Logik erschließt sich mir nicht. Oder einen Meter runter am Ennskai, also das ist sowas von an den Haaren herbeigezogene Themen zum Umweltschutz einen großen Baum der Schatten spendet weil wir verbrennen alle am Stadtplatz wenn es einmal 40 Grad hat. Es ist niemand gezwungen und es kauft bei 40 Grad, auch wenn ein Ahorn, ein Riesen-Ahorn da steht auch niemand eine Jean am Stadtplatz, weil niemand einkaufen geht. Auch wenn es, und es setzt sich auch niemand unter diesen Baum, ist meine bescheidene Meinung. Aber wir sind schon bei der Abstimmung, außer es hat sich noch jemand zu Wort gemeldet. Wenn das nicht der Fall ist dann kommen wir zur Abstimmung, zur Abstimmung des Abänderungsantrages mit dieser Ergänzung dass auch logischerweise die Stadtgärtnerei mitrede und auch noch ihre Expertise abgeben kann. Ich betone noch einmal, das ganz entscheidende dabei, und das überholt jede politische Diskussion, ist das was das Bundesdenkmalamt sagt.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

So wie beim Steg. *Vom Platz aus, unverständlich ...*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nochmal, du verstehst es, du willst es nicht verstehen. Nein, nein wir haben uns durchgesetzt, aber nach 30 Jahren, nach 30 Jahren. Wenn wir 30 Jahre diskutieren, wenn wir 30 Jahre diskutieren müssen mit dem Bundesdenkmalamt ob wir einen Baum da pflanzen, dann wünsche ich uns viel Glück. Ich sage noch einmal, das Bundesdenkmalamt ist Gesetz, nur dass das klar steht. Wir kommen zur Abstimmung über den Abänderungsantrag mit dieser Ergänzung der Stadtgärtnerei. Wer dafür ist bitte ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Somit ist der Abänderungsantrag einstimmig angenommen. Bedanke mich. Ja bin noch immer im grünen Bereich. Bin noch im grünen Bereich.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag über den ergänzten Abänderungsantrag wurde **einstimmig angenommen**.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

4) 2021-312906 Kanalisation Kleingartenanlage Gartenfreunde Steyr Münchenholz; Förderung durch die Stadt Steyr.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Der nächste Tagesordnungspunkt, am Wort ist der Herr Vizebürgermeister Dr. Zöttl, bitte Helmut.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren, bei meinem ersten Tagesordnungspunkt geht es um Jene, die wirklich einen großen Beitrag für die Umwelt, für die Natur, möglicherweise auch für das Klima machen. Das sind die Kleingärtner die Artenvielfalt in den Tag legen, die das Grün pflegen, die Versickerungsflächen haben, aber die auch darauf schauen dass die Abwässer dementsprechend ordentlich versorgt werden und an die Kanalisation angeschlossen werden. Und das ist für die Umwelt gut, das ist für die Gesundheit der Menschen gut und ich glaube das kann man nur unterstützen. Da wurde ein 1817 m langer Schutzwasserkanal und ein 630 Laufmeter Hausanschlusskanal angeschlossen in der Höhe von 1.150.000 Euro

wurde das gebaut und das im Mai 2021, also heuer und da ist von der Kleingartensiedlung beziehungsweise von den Gartenfreunden Steyr im Bereich Münchenholz das Ansuchen an die Stadt gegangen, dass von den Kanalanschlusskosten oder beziehungsweise Wasseranschlusskosten die Hälfte sprich 60.000 Euro als Förderung zurückgehen und das aufgeteilt, also wenn's beschlossen wird auf zwei Jahre mit je 30.000 Euro 22 und 23. Und dafür bitte ich um ihre Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hoch- und Tiefbau, vom 09. Juli 2021 wird dem Kleingartenverein "Gartenfreunde Steyr – im Zusammenhang mit der internen Errichtung der Kanalisationen für insgesamt 199 Kleingartenparzellen eine Förderung im Ausmaß von EUR 60.000,-- zugeteilt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von € 60.000,-- sollen in den nächsten beiden Jahren bei der VA-Stelle 5/851000/777000 „Betriebe der Abwasserbeseitigung - Kapitaltransfers an private Organisationen ohne Erwerbszweck“ wie folgt vorgesehen u. freigegeben werden:

1. im Budget 2022 EUR 30.000,--
2. im Budget 2023 EUR 30.000,--

Die Beträge sind in den jeweiligen Jahren in den Voranschlägen vorzusehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von **EUR 60.000,--** notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor, ich darf vielleicht noch ergänzend anmerken, wir haben jetzt alle großen Kleingartenvereine mit Kanalisation ausgestattet. Die Stadt hat sich bei allen finanziell beteiligt mit einer Subvention, weil wir wie der Herr Vizebürgermeister schon ausgeführt hat, wir das auch als Umweltschutzbeitrag sehen und bedanke mich auch bei den Kleingärtnern, die eben auch aus ihrer Tasche im Endeffekt diese Investition tätigen. Wir kommen zur Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Wortmeldung, Wortmeldung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Habe ich schon gefragt. Keine Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Ach so, Entschuldigung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wer dafür ist bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bitte dein nächster Punkt.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1

GR Mag. Kurt Prack

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen.**

5) BauStr-7/12 Abschluss eines Nachtrages zur Vereinbarung mit der Quaderna Vermietung GmbH vom 22.08.2013 sowie von zwei Dienstbarkeitsverträgen aufgrund der Errichtung der Verbindungsstraße zwischen Tabor- und Posthofknoten zur Kaserngasse und des Einkaufszentrum „HEY! Steyr“.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Bei meinem nächsten Tagesordnungspunkt geht es um eine länger zurückliegende Sache schon. 2013 ist mit dem ehemaligen Kasernenareal beziehungsweise der Nachfolger der Quaderna Vermietung GmbH ausgemacht worden, dass die Straße, die Anton- Plochberger Straße errichtet werden soll und später in das Eigentum der Stadt übergeht. Wobei die Stadt ein Drittel der Kosten von 230.000 Euro getragen hat und dazu gibt es jetzt einen Vertrag auch mit einem Dienstbarkeitsrecht für das benützen auf unbeschränkte Zeit, das benützen der Gehsteige, beziehungsweise eine Fläche von 22 m² für die Bushaltestelle und ein 6 m² Wartehäuschen, und dazu, ohne Entgelt zu verlangen und auf unbestimmte Zeit, oder glaube ich gar keine Zeitabsprache, nein unbestimmt. Und dass der Kanal in das Eigentum der Stadt übernommen wird, auch die Wartung und Instandhaltung übernimmt die Stadt. Und das wäre der Vertrag dazu und denn müssten wir jetzt abschließen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 02.08.2021 wird dem Abschluss eines Nachtrages zur Vereinbarung vom 22.08.2013 zwischen der Stadt Steyr und der Quaderna Vermietung GmbH, dem Abschluss eines Dienstbarkeitsvertrages zwischen der Stadt Steyr und der Quaderna Vermietung GmbH über die Dienstbarkeit des Gehens sowie den Betrieb einer Bushaltestelle samt Wartehäuschen sowie dem Abschluss eines Dienstbarkeitsvertrages zwischen der Stadt Steyr und der Q2 Vermietung GmbH über die Dienstbarkeit der Duldung, des Betriebes und der Instandhaltung eines Kanalstranges, entsprechend den beigeschlossenen Vertragsentwürfen samt Beilagen zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Wort gemeldet die Frau MMag. Frech, bitte Michaela.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer. Ich hätte nur eine Frage. Und zwar im Punkt drei dieser Vereinbarung bezüglich der Nutzung der Grundfläche für den Betrieb der Bushaltestelle steht unter Punkt 3.3 dass die Firma Quaderna das Recht hat aus sachlich gerechtfertigten Gründen, nämlich beabsichtigte Umgestaltung oder Erweiterung des Einkaufszentrums, die Umlegung der Bushaltestelle an einem mit der Stadt und den Busbetreiber abzustimmenden adäquaten Ersatzstandort zu verlangen. Wobei eine Räumungsfrist von 6 Monaten vereinbart wird. Meine Frage in dem Zusammenhang: Hat man sich angesehen ob man überhaupt die Bushaltestelle dort wo anders hinlegen kann und ob diese Frist von 6 Monaten ausreicht, weil ich weiß aus Erfahrung, dass wenn's darum geht dass zum Beispiel neue Fahrpläne gemacht werden, dass das alles eine sehr lange Vorlaufzeit hat, vermutlich auch die Verlegung einer Bushaltestelle. Noch dazu wo man ja eine Bushaltestelle wenn man sie verlegt auch bauliche Maßnahmen wieder setzen muss, das heißt da hätte ich gerne eine Antwort vom sich dafür zuständigen Politiker.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Danke Michaela. Ich kann leider nicht in die Zukunft schauen und wie die Pläne ausschauen, aber üblicher Weise wenn etwas umgebaut wird dann gibt es, auch dazu muss man einen Bescheid haben und damit wird die Stadt informiert. Wir wissen das dann und ich denke dass man sich hier sicherlich etwas überlegen kann und dass es nicht von heute auf morgen

geht, sondern dass man da schon Vorlaufzeiten hat. Und wo und wie das dann geschieht das kann ich nicht sagen, denn das liegt noch in den Sternen.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Aber reichen 6 Monate, um das ist es gegangen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:
Wir müssen ja sowieso eine Bauanzeige oder eine Baubewilligung oder dergleichen, je nach dem was gemacht wird, und da hat die Stadt sehr wohl die Möglichkeit alleine über dieses, über diesen Hebel sozusagen da Einfluss zu nehmen und dann kommen noch die 6 Monate dazu. Also ich glaube wenn man in einem Jahr keine Lösung findet, dann will man entweder keine finden oder es gibt keine.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Danke, so beantwortet. Wir kommen zur Abstimmung wer für diesen Antrag ist bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimme? Stimmenthaltung? Das sehe ich nicht, somit ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen worden. Bitte dein nächster Punkt.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **5**
STR Mag. Reinhard Kaufmann
GR Thomas Kaliba
GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc
GR Mag. Kurt Prack
GR Mag. Erwin Schuster

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

**6) WaP-2/21 Steyr-Fluss, Hochwasserschaden Fabrikstraße, Instandsetzung;
Zustimmung zur Übernahme des Interessentenbeitrages.**

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:
Danke. Das Wasser und die Zeit nagt an so einigem. Unter anderem auch an der Fabrikstraße oberhalb von St. Anna Wehr, da ist eh schon längere Zeit das Problem, jedes Mal wenn ein bisschen ein Hochwasser ist, ein bisschen was ausgeschwemmt, das ist beim Sportplatz von der St. Anna Schule praktisch zum Steyr Fluss hin und da hat eh schon längere Zeit eigentlich muss man zugeben immer ein bisschen was nachgegeben. Man hat es halt gesehen wenn man vorbeigefahren ist, das Gelände hat sich mit der Zeit schon Richtung Fluss geneigt. Und jetzt hat es halt Dimensionen angenommen wo man sagt man muss was machen und wir haben dazu uns entschlossen das Ganze zu sanieren. Steinschichtungen hinmachen, ordentlich zu befestigen damit die Straße dort wieder benutzbar ist. Die Stadt hat dazu ein Drittel der Kosten aufzuwenden, das sind 80.000 Euro und dass diese 110 Meter in der Länge sozusagen, diese unterspülte Ebene, wieder befestigt und asphaltiert wird. Bitte um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hoch- und Tiefbau vom 06. August 2021 wird den dringend erforderlichen Instandsetzungsmaßnahmen an der Böschung der Fabrikstraße entlang des Steyr-Flusses, flussauf der St. Anna-Brücke, im Ausmaß von EUR 240.000,-- durch den Gewässerbezirk Linz zugestimmt.

Die Mittel für den erforderlichen Interessentenbeitrag in Höhe von EUR 80.000,-- werden bei der VA-Stelle 5/631000/710000 „Konkurrenzwässer, Kapitaltransferzahlungen an Bund und Bundesfonds“ freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von EUR 80.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, ich glaube es ist eine wichtige Geschichte um auch den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, dass wir wenn Schäden auftreten selbstverständlich als Stadt sofort da sind und versuchen das zu reparieren. Und das kostet Geld und das ist so ein Antrag der so quer hereinkommt, und den man unbedingt schnell beschließen muss. Gut dass noch eine Gemeinderatssitzung ist zu wirklich wichtigen Themen. Wünscht dazu jemand das Wort? Ist nicht der Fall, dann kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer dafür ist bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimme? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall, der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **5**

STR Mag. Reinhard Kaufmann

GR Christian Baumgarten

GR Thomas Kaliba

GR Mag. Kurt Prack

GR Mag. Erwin Schuster

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

7) BauBruP-2/21 Errichtung eines Verbindungssteiges zwischen dem neuen Fachhochschulgebäude und dem Museum Arbeitswelt; Freigabe zusätzlich erforderlicher Mittel; Kreditüberschreitung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Danke, vor einiger Zeit schon hier herinnen beschlossen, dass zwischen dem Museum Arbeitswelt beziehungsweise Fachhochschule hinter dem Museum Arbeitswelt auf die gegenüberliegende Seite ein Steg errichtet wird. Dieser ist fertig und jetzt kommt es bei der Endabrechnung dazu, dass eine Summe von, Entschuldigung, eine Summe von 29.736 Euro fehlt und diese Summe müssten wir beschließen. Bekommen 2 Drittel wieder zurück, ein Drittel vom Land Oberösterreich und ein Drittel von der Fachhochschulerichtungs GesmbH, und der Rest bleibt bei uns.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hoch- und Tiefbau, vom 05.08.2021 wird der Freigabe zusätzlich erforderlicher Mittel zur Errichtung des Verbindungssteiges vom neuen Fachhochschulgebäude zum Museum Arbeitswelt in Höhe von EUR 29.736,51 inkl. USt. zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird der Kreditüberschreitung im Gesamtausmaß von EUR 29.736,51 bei der vorgesehenen VA-Stelle 5/612100/002000 „Fuß- und Radwege; Straßenbau Fuß- und Radübergänge“ für das Rechnungsjahr 2021 zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von EUR 29.736,51 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Also wenn ich's, zusammen zähle was wir mittlerweile beschlossen haben, mit diesen kleinem Nachtrag, dann wird der Steg ungefähr bei 550.000 Euro gekostet haben und das ist durch drei, denke ich für das Bauwerk was da im Endeffekt zu Wege gebracht wurde würde nicht sagen ein Schnäppchen, aber auf alle Fälle ein guter Preis und wir sind alle ganz happy damit. Wortmeldung dazu? Bitte Frau MMag. Frech, bitte Michaela.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer. Ich hätte eine Frage dazu: Und zwar wir haben ja jetzt glaube ich weit mehr, ich kann nicht genau sagen wie viele aber ich glaube es sind weit über 100 Stege die wir haben und Brücken, es werden immer mehr. Ich finde diesen Steg da auch natürlich sehr sehr gut und jeder Steg ist aus meiner Sicht sinnvoll weil man damit die Fußläufigkeit in Steyr erhöhen kann. Meine Frage geht in die Richtung, gibt es einen Plan ein Konzept im Zusammenhang, mit zu schauen diese Brücken, Stege die wir haben, das sind weit mehr als 100, laufend dann saniert werden. Gibt es da einen Plan dazu, wie schaut das aus. Und ist man auch jetzt soweit anzudenken dass man künftig einfach auch größere Budgetmittel andenkt im Zusammenhang damit, dass man ja diese Stege, Brücken laufend sanieren muss und sicherlich diese laufende Sanierung günstiger ist als zu warten bis einmal wirklich Defekte auftreten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Liebe Michaela es ist wirklich sehr schön dass du dir solche Sorgen um alles machst. Na selbstverständlich gibt es einen Plan, weil wir sind ja nicht in Italien, wo wir warten bis eine Brücke hinunterfällt, leider, ist eh sehr tragisch. Es gibt sogar einen Budgetansatz der jährliche Überprüfungen und das geht Schritt für Schritt, jedes Jahr vorsieht und das hat in der Vergangenheit der Herr DI Richter gemacht mit seiner Mannschaft der unsere Brücken inspiziert, alles erledigt worden, sie werden ständig saniert, repariert, geschaut, gewartet. Bin ich oft dabei, sehr interessant und das sind von großen Brückenbauwerken wo man es nicht einmal merkt dass es eine ist zum Beispiel bei der Stadteinfahrt, das ist alles ein Brückenbauwerk, kommt alles in die Jahre und muss selbstverständlich geprüft werden damit die Sicherheit gewährleistet ist.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke und darf vielleicht noch ergänzen wir haben ja gerade aktuell mit der Fachabteilung Budgetverhandlungen gehabt und die neue, die Nachfolgerin von DI Richter, die Frau DI Oberegger hat also nicht nur den Plan übernommen sondern auch hochgerechnet was wir alles heuer und in den nächsten Jahren, was so aktuell anstehen wird, um eben solche Situationen zu vermeiden, wo man sagt, so und jetzt geht gar nix mehr. Aber selbstverständlich kann man nicht alles sofort machen aber das ist schon sehr sehr seriös, alles geplant und durchdacht, und dann wird das was zu machen ist unbedingt selbstverständlich auch budgetär vorgesehen. Wir kommen zu Abstimmung. Wer dafür ist ein Zeichen mit der Hand bitte. Gegenstimme? Stimmenthaltungen? Auch der Antrag wurde einstimmig angenommen. Sehr positiv, bitte nächster Punkt.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2

GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner

GR Mag. Erwin Schuster

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

8) BauTP-4/21 Kanalisation Reichenschwall-Pyrach; Sanierung von Strängen der SKL 4 im Zuge der Kanalisation Steyr ABA BA 25.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Danke, bei meinem nächsten Tagesordnungspunkt geht es auch wieder um einen Beitrag zur Umwelt. Das Land Oberösterreich macht Inspektionen beziehungsweise beauftragt die Stadt Inspektionen und Kanalbefahrungen zu machen. Und die Kanäle werden in Schadensklassen eingeteilt und selbstverständlich die schlechten Kanäle müssen dementsprechend gewartet werden. Möchte schon sagen da kommt auch alles in die Zeit und ich sehe da in Zukunft auch noch viel auf uns zukommen. Weil wir das auch abarbeiten müssen und die Zeit leider halt voranschreitet und das passiert. Und da haben wir einige in der Schadensklasse 4 und das im Pyrach, am Leitenweg, in der Reithoffergasse und Wehnhartstrasse, Im Pyrach 3 bis Stelzhammerstraße und dazu sind Mittel in der Höhe von 133.000 Euro erforderlich und bitte um Freigabe, dass wir das bezahlen können.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hoch- und Tiefbau, vom 23. August 2021, wird dem Anbot der **Firma QUABUS GmbH**, 4221 Steyregg, Gewerbeallee 3, der Zuschlag erteilt und der **Auftrag** für Kanalsanierungen der Schadensklasse 4 im Stadtteil Pyrach, in Höhe von insgesamt **EUR 123.924,15 exkl. USt.** (EUR 148.708,98 inkl. USt.) **vergeben**. Gleichzeitig wird die Durchführung der technischen und kaufmännischen **Bauaufsicht** an das Büro Zi: Dipl. Ing. Dr. Walter Brunner, Pöttmesserweg 4, 4400 Garsten, zum Preis von **EUR 9.638,33 exkl. USt.** (EUR 11.566,00 inkl. USt.) **vergeben**.

Die erforderlichen **Mittel** in gesamter Höhe für die va. Leistungen in Höhe von **EUR 133.450,95 exkl. USt.** sind im Budget 2021 bei der VA-Stelle 5/851000/004000 „Ausbau weiterer Kanäle“ vorgesehen und sollen dort **freigegeben** werden.

Für Unvorhergesehenes wird in Summe der Betrag von EUR 3.717,72 exkl. USt. bewilligt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist für den Mittelbedarf eine Darlehensaufnahme in Höhe von EUR 133.450,95 exkl. USt. notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor, ich will da niemandem Angst machen, aber das sind diese Kanäle mit Schadensklasse 4. Wir werden im nächsten Budget oder der nächste Gemeinderat wird sich mit dem Budget 2022 damit befassen müssen, dass wir Altkanäle zusätzlich sanieren müssen in einem unglaublichen Ausmaß und dafür wahrscheinlich zusätzlich 2 Millionen Euro dotieren müssen um das alles zu erledigen. Diese zeitliche Abfolge die jetzt jahrelang im Endeffekt mit dem Land Oberösterreich ausgemacht war wurde einseitig aufgekündigt jetzt müssen wir auch einmal ganz groß was machen. Erinnerung nur, dass wir ja nicht nur die alten Kanäle sanieren laufend sondern auch neue gebaut haben. Tabor ja über 4 Millionen Euro ausgegeben und und und, aber die Schadensklasse 4 wird uns im nächsten Jahr massiv belasten beim Budget, wie gesagt 2 Millionen zusätzlich nur zur Schadensminimierung oder zur Reparatur dieser alten alten Kanäle. Wir sind halt eine, Stadt die nicht erst seit 50 Jahren besteht sondern länger und die Kanäle auch, und das ist so einer, das machen wir heuer und nächstes Jahr werden wir den Rest machen. Und dann sind wir wieder auf gleich und dann sind wir auch wieder gut Freund auch mit dem Land Oberösterreich. Aber das nur als Wahrung was da, da kommt ein großer Brocken für nächstes Jahr auf uns zu beziehungsweise auf sie zu. Wer für diesen Antrag ist bitte ein Zeichen mit der Hand. Gibt's eine Enthaltung? Gegenstimme? Das ist nicht der Fall, der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bitte dein nächster Punkt.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2

Vbgm. Ing. Markus. Vogl

GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

9) BauStrP-4/21 Straßenbauarbeiten Enzengarnstraße und Staffelmayrstraße im Bereich des Hauses Nr. 6 nach Starkregenereignissen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Danke, der nächste Tagesordnungspunkt, geht's um zwei Straßenabschnitte. Die, ich habe sie mir vorher schon angeschaut gehabt, glücklicherweise waren wirklich vorher schon schlecht und der Regen in der Vergangenheit hat jetzt sein restliches getan und hat es ausgeschwemmt und die sind, Gemeindegrenze zu Sierning, das ist zu einem die Enzengarnstraße und die Staffelmayrstraße zum Haus Nummer 6 rauf zum Bauernhaus. Die sind wirklich schon sehr schlecht beisammen und die gehören uns, der Stadt, wir haben die Verpflichtung dass wir diese sanieren und auch dementsprechend wieder befestigen. Dafür sind 98.438,03 Euro aufzubringen. Bitte um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hoch- und Tiefbau vom 30.08.2021 wird der Auftrag für die Sanierungsarbeiten der Enzengarnstraße und der Staffelmayrstraße im Bereich des Hauses Nr. 6 (Plohberger) in Höhe von EUR 80.541,67 exkl. USt. bzw. (EUR 96.650,00 inkl. USt.) an die F. Lang & K. Menhofer GmbH & Co KG, 4400 Steyr, Wolfenstraße 17D, erteilt.

Die erforderlichen Mittel (realistischer Mittelbedarf) in Höhe von insgesamt EUR 82.031,69 exkl. USt. (EUR 98.438,03 inkl. USt.) werden bei der VA-Stelle 5/612000/002000 „Gemeindestraßen - Straßenbauten“ freigegeben.

Für unvorhergesehene Arbeiten und Nebenkosten werden in Summe EUR 4.027,08 exkl. USt. (EUR 4.832,50 inkl. USt.) bewilligt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist **für den realistischen Mittelbedarf** eine Darlehensaufnahme in Höhe von **EUR 98.438,03** notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer dafür ist bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Der Antrag wurde einstimmig angenommen, bitte dein nächster Tagesordnungspunkt.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **2**

Vbgm. Ing. Markus. Vogl
GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

10) BauStrP-7/21 Sanierung Feldstraße BA3 samt Errichtung eines Gehsteiges mit Straßenbeleuchtung und zwei Bushaltestellen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Da kommt was, was uns schon länger begleitet hat und ich glaube jeder der die Straße dort kennt hat gesehen, das die in einem Zustand war, da sind so manche Feldwege im Mühlviertel wesentlich besser beieinander. Das ist die Feldstraße im oberen Bereich die

wirklich massiv schon beeinträchtigt war und jetzt haben wir nach längerem hin und her auch unter Einlöse von Grundstücken von zwei Grundeigentümern es geschafft dass man diese Straße inclusive Beleuchtung und Gehsteig sanieren kann. Und dazu bräuchten wir jetzt einen Beschluss und wahrscheinlich laut Rücksprache mit der Baufirma, weil der Untergrund Lehmboden ist und wegen der Feuchtigkeit, jetzt kommt's beim Wetter darauf an, möglicherweise dass sich der Baubeginn ab März 2022 bis zur Endgültigen Fertigung oder Fertigstellung im Mai 2022 verzögern wird. Und dazu sind Mittel in der Höhe von 182.000 Euro notwendig. Bitte um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hoch- und Tiefbau, vom 03.09.2021 wird auf Basis des GR-Beschlusses vom 23.03.2017 zur Sanierung der Feldstraße samt Errichtung eines Gehsteiges, einer Straßenbeleuchtung und zweier Bushaltestellen der **Auftragserweiterung** an die Fa. HTL Bau GmbH, Steyr, in Höhe von **€ 181.277,89 inkl. USt.** (€ 179.166,67 exkl. USt.) zugestimmt. Weiters wird für die erforderliche Grundbeschaffung der **Entschädigung** der Enteignung von Gertraud Spaller, in Höhe von **€ 33.363,50** zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von gerundet **€ 182.000,00 inkl. USt.** (€ 151.166,67 exkl. USt) werden bei VASSt. **5/612000/002000** „Gemeindestraßen – Straßenbauten – Feldstraße“, **freigegeben.**

Bei der genannten VASSt waren € 160.000,00 für den Bau vorgesehen, es sind aber nur mehr € 80.000,00 aufgrund der vorgezogenen Schadensbehebungen nach den kürzlichen Starkregenereignissen vorhanden.

Zum genannten Zweck wird der **Kreditüberschreitung** im Gesamtausmaß von **€ 102.000 inkl. USt.** (€ 85.000,00 exkl. USt.) bei der vorgesehenen VA-Stelle 5/612000/002000 „Gemeindestraßen – Straßenbauten – Feldstraße“ für das Rechnungsjahr 2021 **zugestimmt.**

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine **Darlehensaufnahme** in Höhe von **€ 215.000,00 inkl. USt.** notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer von Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, es kostet alles sehr viel Geld, aber manche Dinge sind tatsächlich alternativlos. Mir liegt keine Wortmeldung vor.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Darf ich noch was ergänzen. Das ist nur die Straße, die Grundeinlösen sind auch noch dazu zu rechnen. Das sind auch noch einmal über 30.000 Euro. In Summe sind es dann 215.000 Euro. Entschuldigung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Die Grundeinlösen waren ja auch gar nicht so einfach, wir haben es jetzt doch geschafft und jetzt können wir's dann reparieren. Wenn der Gemeinderat die Zustimmung dazu erteilt. Wer dafür ist bitte ein Zeichen mit Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall, auch der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **1**
GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

11) Präs-265/21 Antrag von Grünen und Neos an den Gemeinderat; Westspange Steyr, Projektevaluierung unter Berücksichtigung des neuen IPCC-Berichts zur Klimakrise.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Der letzte Tagesordnungspunkt, aber der kommt nicht von mir, sondern der kommt von den Grünen, Neos bezüglich der Westspange und ich würde bitten dass jemand von den Antragstellern diesen einbringt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bitte.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Meine Damen und Herren, auch bei diesem Antrag möchte ich wieder kurz den Zusammenhang darstellen. Es geht um einen unserer vier Anträge zum Klima, ich brauche das glaube ich auch nicht jetzt näher erläutern, weil jeder der an der, an einer guten Zukunft der Stadt und den Lebensbedingungen auf der Erde interessiert ist und die fördern möchte der ist ja inzwischen informiert was da auf uns zuzukommen droht. Und das wir hier, was in unserer Macht steht tun müssen um das abzuwenden. Weltweit betrachtet ist die Westspange vielleicht eine Kleinigkeit, aber es geht darum alle Instrumente zu nutzen um eine klimaverträgliche Zukunft zu erreichen und da ist halt eines der größten Projekte das in Steyr ansteht, die Westspange. Und nach dem die Verkehrsministerin für die ASFINAG-Projekte eingeleitet hat eine Evaluierung, wie weit die unter diesen Gesichtspunkten noch weiter aufrechterhalten werden sollen, weiter verfolgt werden sollen, wobei man auch schon sieht an den bisherigen Ergebnissen dass das ja nicht bedeutet dass diese Projekte alle gestockt werden oder aufgegeben werden, sondern dass noch einmal genau hingeschaut wird unter heutigen Bedingungen, können wir das noch vertreten oder müssen wir's in einem Gesamtzusammenhang zurückstellen. Ja und es geht um, das möchte ich auch noch einmal betonen, es geht jetzt nicht darum heute die Westspange abzulehnen. Es geht darum unter dem Gesichtspunkt des IPCC Berichts weiß nicht wer von ihnen Exzerpte gelesen hat was dort die wichtigsten Punkte dort drinnen sind. Eine Demonstration in der nächsten Woche läuft unter dem Titel „Es brennt der Hut“ und das glaube ich nicht ganz aus der Luft gegriffen, dass es wirklich ernst ist in dieser Angelegenheit. Und Evaluierung bedeutet heute kein Nein, aber ein Beschluss hier klar noch einmal hinzusehen ob das ein Projekt ist das wir wirklich haben wollen. Und ich glaube es gibt noch andere Redner zu dem Thema, denen ich jetzt Platz machen möchte.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund der im neuen Bericht des UN-Weltklimarates IPCC enthaltenen gesicherten Erkenntnisse zum Stand und zu den Entwicklungsszenarien der durch menschliche Aktivitäten verursachten Erwärmung der Erde müssen auch große Bauvorhaben auf ihren möglichen Beitrag zur weiteren Erwärmung sowie auf ihren positiven oder negativen Beitrag zur Bewältigung der bereits eingetretenen Erwärmung und ihrer Folgen hin überprüft werden. Dies gilt insbesondere auch für Projekte des Verkehrssektors. Der Bürgermeister und die sachlich zuständigen Organe der Stadt werden daher beauftragt, eine Evaluierung des Projekts Westspange unter diesem Gesichtspunkt vorzunehmen und dem Gemeinderat darüber zu berichten. Neben den zu erwartenden Auswirkungen auf die Verkehrsentwicklung und die Erzeugung von Treibhausgasen sind dabei auch negative Folgen der Bodenversiegelung und des Verlustes von Flächen für die regionale Lebensmittelproduktion zu untersuchen.

Falls diese Evaluierung ergibt, dass das Projekt Westspange nicht (mehr) ausreichend sachlich begründet ist, sind mit dem Land OÖ Gespräche über die Einstellung des Projekts aufzunehmen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Wort gemeldet der Gemeinderat Prack, bitte Kurt.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Werte Gemeinderätinnen, werte Gemeinderäte, wertiges Präsidium. Ich möchte ein bisschen was ergänzen zu dem was der Reinhard gesagt hat. Also erstens einmal die Verkehrswende hat begonnen das ist eine Tatsache gegen die es zwar Widerstände gibt, aus Teilen der Wirtschaft von den Parteien aber wir sind in einer logischerweise, wir müssen es auch sein, in einer Umstellung was den Verkehr anbelangt. Da passiert einiges, da passieren gute Dinge, mir geht das persönlich zu langsam. Ich fürchte einfach dass es insgesamt für das Weltklima und für, und dazu müssen alle Länder und alle Regionen ihren Beitrag leisten, damit auch Österreich, damit auch Steyr, zu langsam geht, aber das hat begonnen. Und in einer Zeit wo diese Verkehrswende anläuft ein Projekt umsetzen zu wollen nämlich die Westspange, das vor 50 Jahren das erste Mal vermutlich im Gespräch war, vielleicht auch schon länger, dieser Ring rund um Steyr, das passt einfach nicht. Und jetzt das was der Reinhard schon gesagt hat es geht heute nicht um ein ...

StR. KommR Gunter Mayrhofer und GR Franz Fischer: Unverständliche Zwischenrufe vom Platz aus von Stadtrat KommR Gunter Mayrhofer.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Wenn ich weitermachen darf, dann wäre es super.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Am Wort ist der Gemeinderat Kurt Prack, bitte.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Gunter, ich sitze ja eh neben dir, du kannst ja mir nebenbei noch ein paar Fußtritte geben aufs Schienbein. Nein hat er noch nie gemacht, wir vertragen uns ganz gut. Also jetzt, ich muss, weil das hört man sonst ja nicht. Kollege Mayrhofer hat gerade gesagt der Blödsinn wird nicht besser wenn man ihn oft wiederholt, da hast du vollkommen Recht. Merk dir das auch für deine Wortmeldungen. Also noch einmal, heute kein Nein sondern ein Evaluieren. Dieses Evaluieren ist etwas was mittlerweile, wenn's nämlich um wo alle wirtschaftlichen, alle baumäßigen, alles was passiert, soll, dazu gibt es Grundsatzbeschlüsse, die natürlich nicht alle Parteien mittragen wollen, aber so die Grundidee dahinter, dass man jedes Projekt und vor allem größere Projekte darauf anschaut ob es klimatauglich ist. Na warum sollen wir denn das bei der Westspange nicht auch machen in einer Zeit wo wir vielleicht eine Straße bauen, die wie gesagt Verkehrswende irgendwann einmal und vielleicht sogar in naher Zukunft gar nicht mehr so nötig sein wird wie uns das jetzt manche vor machen. Sage ich, ich nehme aber schon an dass die Leute die sagen wir brauchen die Westspange das wirklich meinen. Ich akzeptiere solche Meinungen, es ist nicht meine, aber schauen wir uns es einmal an planen wir in die Zukunft, was wird denn in 10 Jahren sein. Schauen wir uns an ist das klimaverträglich und brauchen wir in 10 Jahren diese Straße wirklich, sie kostet viel Geld, sollten wir sie für die nächsten 5 Jahre brauchen wäre das ziemlich schlimm. Wir wollen so etwas wie eine Nachdenkpause und so etwas hat sich schon einmal bewährt, ich erinnere an Hainburg. Hätten wir die nicht gehabt dann würde dort heute ein Kraftwerk stehen. Vielleicht tut auch das auch noch einigen leid, aber ich glaube dieses Thema ist gegessen. Zum Thema Wahlkampf. Seit es die Planungen für die Westspange gibt ist es immer wieder Thema, versuchen wir immer wieder, wir Grüne, etwas zu unternehmen um ein Umdenken herbei zu führen. Wenn uns vorgeworfen wird dass wir dies jetzt wieder thematisieren, und das ist das Wahlkampfthema, dann möchte ich den Spieß einmal umdrehen. Schauen sie sich doch bitte ihre eigenen Plakate an wo da der Klimaschutz

darauf steht von Parteien die bisher mit dem Thema wenig zu tun gehabt haben. Ich freue mich sehr wenn sich da etwas ändert. Wirklich, allein mal schauen ob das dann auch wirklich in die Tat umgesetzt wird. Die Westspange ist kein Zeichen dafür. Wenn die Fraktionen dabei bleiben dass die sein muss. Eine Partei muss ich da ausnehmen, die haben sich den Klimawandel nicht auf ihre Fahnen geheftet, das ist die FPÖ, die haben sich eher als die Schutzheiligen der Benzinbrüder hervorgetan.

Unverständlicher Zwischenruf von drinnen! Dieselbrüder, Dieselbrüder und Schwester.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Dieselbrüder, nein Schwestern ganz bewusst nicht. Danke für den Einwurf. Aber das kommt im Wording der FPÖ relativ selten vor. Sie sind nicht auf den Zug des Klimaschutzes aufgesprungen weil sie ja prinzipiell nicht so gerne Zug fahren, aber das ist zumindest eine gerade Linie. Ja, irgendwie ist es schön wenn man da heraußen steht und weiß dass nachher niemand eine Replik anbringen wird, nur aus dem Bänken heraus, bin gespannt ob ihr das alle durchhält.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Waren ja noch gar nicht alle am Wort.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Ich bin nicht wahnsinnig böse... *Allgemeines Gelächter.*

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Aber ich denke das Wesentliche ist gesagt, noch einmal, es geht nicht darum der Westspange heute eine Absage zu erteilen sondern es geht darum, das zuzulassen was sinnvoll ist, nämlich zu evaluieren, nachzuschauen brauchen wir diese Straße auch vielleicht in 10 Jahren. Ich glaube dass wir sie jetzt nicht brauchen und in 10 Jahren schon gar nicht. Und wir wollen's einfach überprüft haben nachgeschaut haben ob das ein Projekt ist, das sich mit dem was wir für die Zukunft wollen vereinbaren lässt. Dankeschön.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet die Frau MMag Frech, bitte Michaela.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium werte Kolleginnen und Kollegen. Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer. Auch dieser Antrag trägt nicht meine Unterschrift, aber nicht weil ich gegen eine Projektevaluierung bin, die halte ich generell immer für sinnvoll. Sondern weil man hat das ja bei den Vorrednern jetzt gehört, da eigentlich schon eine sehr einzementierte Meinung da ist, die man auch zur Kenntnis nehmen muss und soll in einer Demokratie. Ich sehe das Ganze ein bisschen differenzierter, ich bin jetzt keine Verfechterin der Westspange, ich habe keine Freude damit wenn wieder was zubetoniert wird, aber es ist immer eine Frage der Alternativen. Und wenn man Projekte macht dann gibt es halt immer Nachteile und es gibt Vorteile und unterm Strich, das ist zumindest mein Zugang, sollte rauskommen wenn ich ein Projekt realisiere dass es mehr Vorteile als Nachteile bringt. Und positivere Folgen hat als negative, weil das überwiegt mit den positiven Folgen. Im konkreten Fall denke ich mir ist das eine schon so so lange Geschichte, dass es wahrscheinlich schon einmal sinnvoll wäre einmal darüber zu schauen. Auf der anderen Seite glaube ich wenn wir das jetzt tun und die finanziellen Mittel sind ja nicht endend wollend und nicht unendlich vorhanden. Dann könnte es durchaus sein dass man sagt, gut die in Steyr die wollen die Westspange eh nicht, finanzielle Mittel sind ohne dies nicht genug vorhanden und das Projekt ist überhaupt weg. Also das ist für mich der Grund warum ich das sehr differenziert sehe, prinzipiell eine Evaluierung zu machen halte ich für gut. Wenn sie schnell ginge und nicht dazu führen würde dass das Projekt schon von vorneherein schon tot ist, wäre ich dafür, in dem Fall ist mir einfach die Intension zu stark schon da und deshalb werde ich jetzt da nicht mitgehen, ich werde mich der Stimme enthalten. Wie gesagt, ich gebe zu und ich weiß nicht wie es

ihnen geht, das ist eine Thematik die wirklich schwierig für uns als Nicht-Fachleute und das sind beim Bauwesen, sind die wenigsten von uns Fachleute. Und auch wenn man heute Experten fragt, jeder Experte sieht das nur aus seiner Schiene, ja also da muss ich sagen, ich bin keine Verfechterin der Westspange, ich bin auch keine Gegnerin davon, ich glaube aber wenn man sich hinsetzt und schaut was spricht eher dafür, was spricht eher dagegen, wird man wahrscheinlich zu den Entschluss kommen müssen dass man die Westspange braucht, allerdings und das wäre mir sehr wichtig, in einer Art und Weise wo möglichst klimaschonend, naturschonend vorgegangen wird und möglichst nachhaltig.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nächster Redner Kollege Freisais, bitte Herr Kollege.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen. Es ist eigentlich schon sehr viel gesagt worden. Was ich noch ergänzend sagen möchte ist, dass die Zahlen die vorliegen, die was auch die Basis sind für die Entscheidung für die Westspange, unschlüssig sind. Aus meiner Sicht ist das nicht ausreichend dass man da jetzt wirklich sagt ja aufgelegt das wir die Westspange brauchen und deswegen bin ich auch für so eine Evaluierung, dass man sich anschaut unter den neuen Rahmenbedingungen, die sich jetzt auch über die lange Zeit wo das Projekt schon im Gespräch ist ergeben haben. Ob die Westspange wirklich noch in der Form noch notwendig ist, ob sie überhaupt notwendig ist und ich persönlich bin ja der Meinung dass das Geld in anderen Bereichen deutlich besser aufgehoben wäre. Nur als Beispiel unser Geisterbahnhof in Steyr. Der ja wirklich nicht gerade ein Schmuckstück ist. Von dem her wie gesagt sehe ich das Ganze kritisch, spreche mich aber auch dafür aus, dass man das Ganze eben einmal evaluiert und anschaut ob das Ganze eben notwendig ist oder ob es irgendwelche anderen Alternativen gibt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Dann darf ich vom Vorsitz her noch einmal sagen, wirklich spannend ist ja dass man immer sagt man braucht das alles nicht mehr. Hat irgendjemand das Gefühl jetzt ganz ohne Wertung dass der KFZ Verkehr zurückgegangen ist in den letzten ein zwei Jahren. Hat irgendjemand das Gefühl dass wenn Elektromobilität gefördert wird dafür keine Straßen notwendig sind. Und hat irgendwer das Gefühl dass Transporte dann, über den Zug mehr, oder ich weiß es nicht wie sie stattfinden. Aber das führt schon zu weit, ich möchte nur was Formales sagen. Ich weiß nicht ob ihnen entgangen ist dass das eine Landesstraße ist und im eigenem Wirkungsbereich die Stadt gar nichts evaluieren kann, unabhängig davon dass ich persönlich auch meine dass man das auch nicht braucht, aber der Antrag wäre grundsätzlich gar nicht auf die Tagesordnung zu nehmen gewesen. Aber dem Wahltag geschuldet und dem Zeter und Mordio, ja weil irgendwann der böse Bürgermeister, ich will nur sagen ich bin ihnen entgegengekommen, der ist auf der Tagesordnung, ich habe gegen die Regeln verstoßen, weil es ist nicht der eigene Wirkungsbereich, wir können gar nicht evaluieren. Auch keinen Auftrag geben an das Land Oberösterreich, wir wollen das natürlich auch nicht. Aber das nur zum formalen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist für diesen Antrag ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen diesen Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit breiter Mehrheit abgelehnt. Somit ist die Berichterstattung vom Dr. Zöttl am Ende und zu Wort, nein am Wort ist der Mag. Reinhard Kaufmann, bitte Reinhard.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1

GRⁱⁿ Rosa Hieß

GR Thomas Kaliba

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde wie folgt **abgelehnt**.

Anwesende Gemeinderäte: **32**

Zustimmung: **5**

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **25**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm.ⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayr, BA, MA, Vbgm. Ing. Markus Vogl, STR Dr. Michael Schodermayr, GR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Evelyn Schröck, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR Georg Stimereder, BA, GRⁱⁿ Silvia Thurner)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 3 – (GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

FPÖ 8 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Arno Thummerer, GR Franz Fischer, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GR David König, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Stimmenthaltung: **1**

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 1 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech)

BERICHTERSTATTER STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

12) Präs-264/21 Antrag von Grünen, Neos und GRIn. MMag. Frech an den Gemeinderat; Grundsatzklärung zur Klimakrise.

STADTRAT MAG.REINHARD KAUFMANN:

Ja meine Damen und Herren, wir sind jetzt in der Tagesordnung angekommen bei dem Antrag der sozusagen an erster Stelle unserer Antragsgruppe stehen sollte. Nämlich ein Grundsatzantrag zur Klimakrise. Allerdings möchte ich hier noch eine Passage aus dem vorherigen Antrag zitieren und das den letzten Worten vom Herrn Bürgermeister gegenüberstellen. Steyr zahlt ja zur Westspange oder hat vor und auch reine Vereinbarung zur Westspange was dazuzuzahlen, also wird es da auch Steyrer Entscheidungen dazu geben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

10 Prozent.

STADTRAT MAG.REINHARD KAUFMANN:

Die man evaluieren kann und dann steht im Antrag, falls diese Evaluierung ergibt, dass das Projekt Westspange nicht mehr ausreichend sachlich begründet ist, sind mit dem Land OÖ Gespräche über die Einstellung des Projekts aufzunehmen. Also wir wissen sehr genau dass das eine Landesstraße ist.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bin ich froh.

STADTRAT MAG.REINHARD KAUFMANN:

Und dass wir natürlich dem Land nicht anschaffen können, aber wir können aus einer späten Einsicht was immer heraus zu einer anderen Meinung gelangen, falls die Evaluierung das ergibt und dann mit dem Land in Verhandlungen darüber eintreten. Das ist jedenfalls möglich und glaube ich entspricht auch der Aufgabenverteilung unter den Gebietskörperschaften.

Unverständliche Wortmeldung vom Platz aus von GR. Ing. Franz-Michael Hingerl.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Du bist am Wort Reinhard.

STADTRAT MAG.REINHARD KAUFMANN:

Da werden wahrscheinlich im nächsten Gemeinderat dann Anträge kommen zu diesen Wünschen. Die man, vielleicht können wir da auch gemeinsam was machen, was immer da mit Gas jetzt gemeint war. Aber egal, darum geht's jetzt nicht. Ah, ja wir schlagen vor eine Grundsatzklärung des Gemeinderates zur Klimakrise. Und dazu führe ich folgendes aus. Weil das relativ genau überlegt ist was hier in dem Antrag steht möchte ich das zur Vorlesung bringen. Der neue Bericht des UN-Weltklimarates IPCC vom August 2021 stellt auf Basis der wissenschaftlich belegten Datenlage mit großer Deutlichkeit dar, dass alle relevanten Akteure – internationale Organisationen, Staaten, Gebietskörperschaften, Unternehmen und Einzelpersonen – rasch und effektiv Maßnahmen setzen müssen, um die Ziele des Pariser Klimaübereinkommens (Begrenzung des Anstiegs der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 Grad, möglichst auf 1,5 Grad C) noch zu erreichen. In Klammer sag ich jetzt dazu, derzeit gehen alle Trends in die falsche Richtung und in Österreich besonders, wenn man sich unsere CO2 Bilanz anschaut. Die bereits eingetretene Erwärmung der Erde erfordert zudem Maßnahmen um die Risiken des damit einher gehenden häufigeren Auftretens extremer Wettersituationen (Dürreperioden, Starkregenereignisse, Waldbrände etc.) möglichst zu minimieren. Daraus ergibt sich auch für die Stadt Steyr Handlungsbedarf. Alle Organisationseinheiten der Stadt Steyr werden daher beauftragt, unverzüglich folgende Maßnahmen zu setzen bzw. vorzubereiten:

- Bestandsaufnahme der jeweiligen Beiträge zum Klimawandel (Erzeugung oder Förderung der Erzeugung von Treibhausgasen)
- Erstellung von Konzepten und Maßnahmen zur möglichst baldigen Erreichung von Klimaneutralität unter Berücksichtigung des Stands der Technik sowie sozialer Wirkungen von Maßnahmen
- Bestandsaufnahme der möglichen Auswirkungen des Klimawandels im jeweiligen Bereich
- Erstellung von Konzepten und Maßnahmen zur Vermeidung oder Minimierung negativer Auswirkungen des Klimawandels (Klimaanpassung)
- Evaluierung der relevanten Regelungen, insbesondere der Instrumente der Raumordnung und des Förderwesens, hinsichtlich ihrer Wirkung auf Klimawandel und Klimaanpassung
- Einführung verbindlicher Klimachecks in Amtsberichten und Beschlussvorlagen an Entscheidungsträger/innen und Gremien der Stadt. Also das sollte selbstverständlich sein, dass man sich bei Anträgen überlegt was bedeutet das fürs Klima. Und wenn es eine kompliziertere Geschichte ist dass man dann auch entsprechende Gutachten einholt. Weil wir können es uns nicht mehr leisten einfach so zu tun als würde sich das mit dem Klima von selbst irgendwie wieder regulieren, das wird harte Arbeit diese weltweit beschlossenen gemeinsamen Ziele zu erreichen. Und letzter Punkt.
- Entwicklung und Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für die Bürgerinnen und Bürger, um das Bewusstsein für die Bedeutung des Klimaschutzes und der Klimaanpassung zu heben und richtiges Verhalten im Sinne des Klimaschutzes zu erleichtern und zu unterstützen.

Und dann noch ein Hinweis, auch wieder Aufgabenteilung, Rechts-Persönlichkeiten, deswegen ist es hier kein Auftrag. Die Geschäftstätigkeit der Unternehmen der Stadt Steyr ist entsprechend der rechtlichen und der betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen an den Zielen dieses Antrags zu orientieren. Die Begründung ist ganz kurz. Wir haben, die Medien waren ja voll und sind voll von den Themen was uns heuer das Klima schon an Überraschung bereitet hat. Für manche waren es keine Überraschungen, die Wissenschaft hat das durchaus schon länger, schon Jahrzehnte teilweise vorhergesehen. Aber wir einfachen Bürgerinnen und Bürger waren überrascht wenn einmal viel mehr Wald brennt als das bisher üblich war. Wenn auf einmal ja vom Schloss Lamberg Wasserfälle herunterkommen, weil Starkregenereignisse die es früher so nicht gegeben hat auftreten. Und in Steyr sind wir ja eigentlich äußerst glimpflich davongekommen in diesem Sommer. Ob es so bleibt, wer weiß es. Das heißt die Dringlichkeit der raschen Einleitung beziehungsweise konsequenten Verstärkung von Bemühungen zur Eindämmung der Erderwärmung ergibt sich unmittelbar aus dem angesprochenen Bereich des IPCC. Wir haben versucht hier Maßnahmen möglichst sachlich, möglichst ohne von hier aus vorzugeben worum es geht. Wir sind nicht die Experten in den einzelnen Bereichen, ob das jetzt das Bauwesen ist, ob das die Abfallwirtschaft ist, was immer. Ob das die Alten- und Pflegeheime sind die vielleicht auch mit Hitze Probleme bekommen könnten, wir haben sie heute schon ausführlich besprochen. Da gibt's sehr viele Bereiche der Stadt die sich überlegen müssen, was bedeutet denn das, wer, was da auf uns zukommt. Und was kann unser Beitrag sein um das abzuwenden einerseits, andererseits sich darauf einzustellen. Und es ist uns auch wichtig, deswegen steht das auch im Antrag drinnen. Dass wir soziale Auswirkungen von Maßnahmen, wir wissen das, manche Maßnahmen zum Klimaschutz oder zur Klimaanpassung Geld kosten. Ist es Steuergeld, sind es Gelder von Interessenten, was immer. Hier wird man drauf schauen müssen was bedeutet das in der sozialen, im sozialen Gefüge, dass hier keine Schieflage entsteht und dass allen Menschen nach Möglichkeit profitieren sollen von diesen Maßnahmen, unabhängig davon welches Einkommen und, also über welche finanziellen Mittel sie verfügen. Ja, das wäre so die Grundsatzpositionierung der Herr Laschet hat immer Probleme bekommen wenn er bei einem ernstem Thema Spaß hat. Ja, aber werden wir sehen wie das ausgeht und wenn wir in sechs Jahren vielleicht wieder da stehen und zurückblicken wissen wir schon wesentlich mehr. Ich bitte um Diskussion soweit Bereitschaft besteht zu diskutieren.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der neue Bericht des UN-Weltklimarates IPCC vom August 2021 stellt auf Basis der wissenschaftlich belegten Datenlage mit großer Deutlichkeit dar, dass alle relevanten Akteure – internationale Organisationen, Staaten, Gebietskörperschaften, Unternehmen und Einzelpersonen – rasch und effektiv Maßnahmen setzen müssen, um die Ziele des Pariser Klimaübereinkommens (Begrenzung des Anstiegs der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 Grad, möglichst auf 1,5 Grad C) noch zu erreichen. Die bereits eingetretene Erwärmung der Erde erfordert zudem Maßnahmen um die Risiken des damit einher gehenden häufigeren Auftretens extremer Wettersituationen (Dürreperioden, Starkregenereignisse, Waldbrände etc.) möglichst zu minimieren.

Daraus ergibt sich auch für die Stadt Steyr Handlungsbedarf. Alle Organisationseinheiten der Stadt Steyr werden daher beauftragt, unverzüglich folgende Maßnahmen zu setzen bzw. vorzubereiten:

- Bestandsaufnahme der jeweiligen Beiträge zum Klimawandel (Erzeugung oder Förderung der Erzeugung von Treibhausgasen)
- Erstellung von Konzepten und Maßnahmen zur möglichst baldigen Erreichung von Klimaneutralität unter Berücksichtigung des Stands der Technik sowie sozialer Wirkungen von Maßnahmen
- Bestandsaufnahme der möglichen Auswirkungen des Klimawandels im jeweiligen Bereich

- Erstellung von Konzepten und Maßnahmen zur Vermeidung oder Minimierung negativer Auswirkungen des Klimawandels (Klimaanpassung)
- Evaluierung der relevanten Regelungen, insbesondere der Instrumente der Raumordnung und des Förderwesens, hinsichtlich ihrer Wirkung auf Klimawandel und Klimaanpassung
- Einführung verbindlicher Klimachecks in Amtsberichten und Beschlussvorlagen an Entscheidungsträger/innen und Gremien der Stadt
- Entwicklung und Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für die Bürgerinnen und Bürger, um das Bewusstsein für die Bedeutung des Klimaschutzes und der Klimaanpassung zu heben und richtiges Verhalten zu erleichtern

Die Geschäftstätigkeit der Unternehmen der Stadt Steyr ist entsprechend der rechtlichen und der betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen an den Zielen dieses Antrages zu orientieren.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Wieso? Herr Fraiseis, bitte.

GEMEINDERAT PIT FRAISAIS:

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen. Also die Klimakrise ist sicher die größte Herausforderung die uns momentan in unserer Zeit beschäftigt. Es ist jetzt zwar medial Corona deutlich mehr im Vordergrund, aber im Gegensatz zum Coronavirus, der sich halt mit Maßnahmen zurückdrängen lässt ist das was bei der Klimakrise verschlafen wird irreparabel. Und wirkt sich nachhaltig auf unser Leben aus, in allen Lebensbereichen. Sei es jetzt in punkto Lebensqualität, weil wie gesagt Temperatur zunimmt, weil es Katastrophen gibt, Hochwasser, was auch immer. Auch die Wirtschaft leidet darunter, Tourismus etc., also da kommen riesige Veränderungen auf uns zu. Wo man jetzt noch zu einem Teil zumindest gegensteuern kann. Was ich allerdings auch hervorstreichen möchte, dass man das Ganze jetzt nicht nur als riesiges Kostenloch sehen darf, sondern immer da wo Herausforderungen sind, da sind auch gleichzeitig Chancen. Und jeder wirtschaftliche Handel baut darauf auf, dass irgendwelche Probleme gelöst werden. Also wenn wir uns da jetzt als Region, als Stadt auf das Ganze konzentrieren, uns anschauen wo sind eben die konkreten Chancen, dann ist das durchaus im Wettbewerb der Regionen ein Pluspunkt für Steyr wenn wir uns da entsprechend positionieren. Nur zum Beispiel, zum Beispiel Photovoltaik, das ist ja inzwischen in Wirklichkeit wirtschaftlich absolut logisch dass man in dem Bereich was macht. Egal ob man jetzt selber investiert, ob man Contracting Modelle anstrebt oder was auch immer, es gibt auch durchaus Bereiche die absolut interessant sind für den Standort. Und dementsprechend wie gesagt unterstütze ich den Antrag der Grünen da mit. Weil es aus meiner Sicht einfach eines der wesentlichsten und ganz zentralsten Zukunftsthemen ist die momentan zu behandeln sind.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, als nächstes zu Wort gemeldet die Gemeinderätin Michaela Frech, bitte Frau Magister.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätzte Damen und Herren, diese Grundsatzklärung zur Klimakrise die trägt auch meine Unterschrift und ich finde dass das ein sehr sachlich fundierter, ein sehr klarer Antrag ist wo ich mir im Prinzip nicht vorstellen kann, dass es da einen Gemeinderat oder eine Gemeinderätin gibt die da etwas dagegen haben kann. Und ich finde auch in diesem Antrag wirklich nichts wo man sagen kann das ist Wahlkampfrhetorik oder sonst etwas. Sondern das ist das Bemühen und auch die Zusammenarbeit und ich glaube das ist das was da manche anscheinend eine bisschen in die Richtung drängt zu sagen, da melden wir uns jetzt gar nicht zu Wort, da machen wir lieber so ein bisschen, Balkone haben wir leider keine, aber es erinnert mich ein bisschen an Muppet Show statt parteipolitisch, also statt Demokratie, nämlich parteipolitische Muppet Show statt demokratiepolitischer Diskussion

und Diskurs und Diskussion im Gemeinderat. Weil was ist denn bitte dagegen, gerade wenn unterschiedliche Gruppierungen wie die Grünen und Neos und Bürgerforum da einen Antrag entweder gemeinsam machen oder in diesem Fall eben im Vorfeld sagen gut, finde ich gut, setzte ich auch meine Unterschrift drunter. Finde auch nichts mehr zu kritisieren oder so, passt. Was ist denn da dagegen zu sprechen. Noch dazu in Vorwahlzeiten. Das ist doch eine positive Geschichte. Also ich würde mir wünschen dass alle hier im Gemeinderat Versammelten dieser Grundsatzklärung zur Klimakrise zustimmen können und über ihren Schatten springen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Habe ich jemanden übersehen? Das ist nicht der Fall. Grundsatzklärung ist interessant, warum, wenn ich schon eine Grundsatzklärung abgeben möchte, über die Themen brauchen wir eh nicht diskutieren, das ist in jedem Wahlprogramm, von jeder Partei finde ich diese, finde ich diese Dinge. Aber wenn ich wirklich Interesse hätte in Sinne von nicht Wahlkampf eine Grundsatzklärung des Steyrer Gemeinderates zur Abstimmung zu bringen die Erfolg hat oder Erfolgsaussichten hat dann hätte man ja mit den Parteien reden können. Hat man nicht getan, zufälliger Weise, aber mein Gott ist halt so. Schlusswort oder?

STADTRAT MAG.REINHARD KAUFMANN:

Ja bitte.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gerne.

STADTRAT MAG.REINHARD KAUFMANN:

Vielleicht zu der letzten Anmerkung. Wir haben den Antrag nicht am letzten Tag der Frist abgegeben, was ich weiß und es waren durchaus, also die Michaela Frech hat es jedenfalls noch hineinreklamiert, mit dem Pit Freisais war das schon vorher abgesprochen. Also ich glaube es wäre für jeden Gelegenheit gewesen darüber noch zu reden, wenn man; ok. Ah also ich finde es wirklich hoch interessant.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Aber ihr hättet auch reden können oder, aber wolltet ihr nicht, na egal.

STADTRAT MAG.REINHARD KAUFMANN:

Ich finde es hoch interessant. Das, also das ist völlig unbestritten, ja, ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

So ist es.

STADTRAT MAG.REINHARD KAUFMANN:

Oder kennt irgendjemand eine andere Meinung dass die Klimafrage, dass die Klimakrise und das was wir in diesem Sommer erlebt haben, dass das eine der zentralen Fragen weltweiter Politik sein muss und eigentlich schon ist, teilweise aber noch sehr auf der rhetorischen Ebene und noch sehr wenig auf der praktischen Ebene. Und das ist auch der Unterschied zwischen dem Antrag und den Parteiprogrammen. Keiner unserer Mitarbeiter im Magistrat muss sich auf Grund eines Parteiprogramms, muss er irgendwas, sich mit irgendwas beschäftigen. Wenn wir beschließen jede Organisationseinheit ist aufgerufen sich mit diesem Thema professionell auseinander zu setzen. Für den jeweils eigenen Bereich ist das ganz was anderes als wenn man, selbst wenn es in allen Parteiprogrammen stehen sollte, als Beamter da schaut, na was schreiben die da so in ihre Parteiprogramme. Also deswegen ist schon wichtig für die Konkretisierung und dafür dass wir ins Tun kommen bei der Bewältigung der Klimakrise, dass wir Beschlüsse fassen. Sollte soweit klar sein, ich weiß nicht was da jetzt, ob's irgendeinen Grund geben könnte da was dagegen zu sagen. Und das andere demokratiepolitische also, ich verstehe euch einfach nicht. Also dass man zu

diesem Weltthema, dass die drei großen und mittelgroßen Parteien dieser Stadt dazu nicht's zu sagen haben. Nämlich „nichts“ ja. Gar nix. Ich weiß nicht ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Bist du dann fertig.

STADTRAT MAG.REINHARD KAUFMANN:
.... also da wundert man sich wirklich.....

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Bist du dann fertig. Oder wunderst du dich noch eine halbe Stunde.

STADTRAT MAG.REINHARD KAUFMANN:
... was da, wie ihr da tickt und es tut mir ein bisschen Leid Geri für deine letzte Sitzung hier im Haus, dass wir mit so was abschließen müssen. Wo die große Mehrheit wie du immer sagst, die überwiegende Mehrheit des Hauses sich für das wichtigste Weltthema nicht interessiert, sondern dazu schweigt. Ich meine das ist doch, ja. Die Grünen sind ein Teil von denen die sich darum kümmern. Und wir haben sogar mit der, ÖVP wichtige Passagen im Regierungsprogramm, das wir nicht alleine geschrieben haben, aber da ist vieles eingeflossen auch zum Thema Klima. Also kann man gar nicht sagen dass alle großen Parteien dagegen sind, auf Bundesebene sind sie jedenfalls eine große Partei, also es, sind nur die Grünen und die Neos und manche Bürgerlisten dankenswerter Weise, sondern es sickert schon auch bei den großen Parteien. Und der Geri hat darauf hingewiesen, in den Parteiprogrammen da hat man natürlich die Pflichtpassagen drinnen dass wir auch fürs Klima sind, ja eh. Aber sehen tun wir es dort wo es um konkrete Maßnahmen geht und da ist dieser Grundsatzbeschluss der erste wichtige Einstieg für die Stadt Steyr, ja leider schweigen sie dazu. Die Zuschauerinnen und Zuschauer können das ja bewerten, zu Hause und im ...

Allgemeine Unruhe..

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Die Grundsatzklärungen mit denen sind alle Probleme gelöst. Der Klima ...

Zwischenruf von Herrn Str. Mag. Reinhard Kaufmann vom Platz aus.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Na darum, es wir ja so getan, jetzt machen wir eine Grundsatzklärung und dann haben wir es. Wir sind dafür, zumindest die großen Parteien in dieser Stadt, dass wir etwas tun und das umsetzen, und was wir vorhaben das ist in all diesen Wochen des Vorwahlkampfes ja schon besprochen worden. Und wird noch besprochen. Die Grundsatzklärungen der Grünen und die weiß was ich, die siebzehn Studien zu irgendwas, hat uns noch keinen Millimeter weitergebracht. Und wir brauchen das, aber, und letztes Wort, mach dir keine Sorgen dass die Magistratsbediensteten in ihrer Verantwortung für diese Stadt nicht bei allem was sie tun selbstverständlich Umwelt und Klimaschutz mitberücksichtigen. Sie sind nämlich nicht vom Mond und die brauchen keine Oberlehrer. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist bitte ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen?

Zwischenruf von Herrn Str. Mag. Reinhard Kaufmann vom Platz aus: Da stimmt was nicht. Die Mehrheit gegen Klimaschutzmaßnahmen das ist unglaublich

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit breiter Mehrheit abgelehnt. Die Grundsatzklärung hat mit dem Klimaschutz so viel zu tun wie Scheibbs und Palermo. Wir sind beim letzten Punkt angelangt, noch etwas von den Grünen, ein Antrag, ah der Arno, einmal was Sachliches bitte Arno du bist am Wort.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **abgelehnt**.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **6**

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 1 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **27**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Ing. Markus Vogl, Vbgmⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayr, BA, MA, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Evelyn Schröck, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR Georg Stimeder, GRⁱⁿ Silvia Thurner)

FPÖ 8 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Arno Thummerer, GR Franz Fischer, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GR David König, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 3 – (GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

BERICHTERSTATTER STADTRAT ARNO THUMMERER:

13) BauGru-79/13 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 3.5 – Resthofstraße, A. Stadlbauer Beteiligungs- und VerwaltungsgesmbH, Einstellung des Verfahrens.

STADTRAT ARNO THUMMERER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer. Zwei Punkte. Der eine ist Flächenwidmungsplanänderung Nr. 3.5 Resthofstraße, die A. Stadlbauer Beteiligungs- und VerwaltungsgesmbH, Einstellung des Verfahrens. Da geht es um das wo der Drogeriemarkt beziehungsweise Hofer auf dem Gelände. Im Zuge der Aufsichtsratsbehördlichen Genehmigung wurden seitens des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung zum vorgelegten Flächenwidmungsplan Entwurf mit Verständigung vom 03.05.21 folgende Versagensgründe mitgeteilt. Die Planung widerspreche den Bestimmungen des § 2 Abs 1 Z 8 Oö. ROG 1994 über die Sicherung und Verbesserung einer funktionsfähigen Infrastruktur. Zweites in Anbetracht des bereits ausgelasteten Straßenanschlusses der Marlen Haushoferstrasse an die B115 sei für die angestrebte Umwidmung die Vorlage eines Verkehrstechnischen Konzepts erforderlich. Das ist vom Amt der Oberösterreichischen Landesregierung abgelehnt worden und mittlerweile hat er mit 15. Juni, ein Vertreter des Antragstellers, der Herr Gerhard Prammer, die Umwidmungsanregung zurückgezogen. Somit noch weiterhin keine öffentlichen Interessen bestehen wird das Verfahren zur Einstellung gebracht. Ich ersuche um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund der im beigelegten Amtsbericht erwähnten Gründe wird das Verfahren zur Änderung Nr. 5 des Flächenwidmungsplan Nr. 3 – Resthofstraße – eingestellt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT ARNO THUMMERER:

Siehst du, so macht man es, eine einstimmige Geschichte.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

14) 2021-163956 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 3.28, Änderung des örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2.17, SPAR/Wehrgrabengasse; Beschluss.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Deinen nächsten Punkt bitte.

STADTRAT ARNO THUMMERER:

Der nächste Punkt, Flächenwidmungsplanänderung Nr. 3.28, das ist der Wehrgraben beim Spar, da geht es in einer derzeitigen Widmung als Bauland – Wohngebiet (W), wird das Geschäftsgebäude als Lebensmittelgeschäft (SPAR-Supermarkt), Wohnungen und Trafik genutzt. Die angestrebte Umwidmung in Bauland - Kerngebiet (K) mit einer, da dürften einige vielleicht das alte noch haben, da ist ein Schreibfehler drinnen, Verkehrsflächenerweiterung, das heißt Verkaufsflächenerweiterung, hat letztes Mal der Herr Mayrhofer, der Kollege, aufmerksam gemacht, von ca. 85 m2. Durch die geringfügige geplante Erweiterung, ist eigentlich kein Problem auch für die Nutzung von Wohn, mehrgeschossigen Bestandsgebäude, sind keine wesentliche Nachteile zu erwarten. Die geplante Änderung des Flächenwidmungsplanänderung sowie die Änderung des örtlichen Entwicklungskonzeptes widersprechen damit nicht den Planungszielen der Stadt Steyr, Interessen Dritter werden nicht nachhaltig berührt. Ich bitte um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Nach Durchführung der erforderlichen amtlichen Ermittlungen wird die Änderung Nr. 28 zum Flächenwidmungsplan Nr. 3 „SPAR/Wehrgrabengasse“ sowie die Änderung Nr. 17 des STEK Nr. 2 entsprechend den Plänen der Fachabteilung für Stadtplanung, Stadtentwicklung und Verkehrsplanung vom 27.04.2021 und den Ausführungen im Amtsbericht der Fachabteilung für Bau-, Anlagen- und Wasserrecht vom 24.08.2021 erlassen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Wort gemeldet der Herr Stadtrat Mayrhofer, bitte Gunter.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Liebe Kolleginnen liebe Kollegen. Nach dem dieser Sparmarkt einmal mein Lebensmittelgeschäft war, erlaube ich mir das Wort zu ergreifen. Aber vor allem auch deswegen, weil ich kann mich nicht an eine Gemeinderatsitzung erinnern an der ich keine Tagesordnungspunkte gehabt hätte. Heute ist es meiner Erinnerung nach der Erste. Ich darf heute von dieser Stelle vom Rednerpult das letzte Mal in diesen 25 Jahren das Wort ergreifen und ich hab das einmal versucht ein bisschen zu überschlagen, es sind weit über

200 Gemeinderatssitzungen die ich als Senatsmitglied hier tätig sein durfte. Und ich hab das eigentlich immer als Privileg empfunden in diesem Kreis für die Interessen der Steyrer Bürger tätig zu sein. In diesen 25 Jahren hat sich Steyr gewaltig verändert, zum Positiven verändert. Und das möchte ich auch auf dieses Haus hier beziehen. Der Wandel zu einer serviceorientierten Einrichtung ist also wirklich äußerst weit fortgeschritten. Und ich möchte mich da auch wirklich bei der Beamtenschaft bedanken, A, dass sie diesen Weg mitgetragen haben, B, aber auch dass sie mich in meinen Belangen immer unterstützt haben und bestmögliche Hilfestellung also wirklich geleistet haben. Ich war die ersten drei Perioden 15 Jahre lang Baureferent und da sind einige wirklich große Bauprojekte umgesetzt worden, wenn ich nur erinnere an das Bahnhofsparkdeck, die Rederbrücke, die Nordspange, die Sporthalle oder auch wichtige Entscheidungen wie zum Beispiel die Ansiedelung eines Wirtschaftsparks in Stadtgut. Der Kauf des Reithofferwerks, Kauf der Werndlgründe wo wir dann auch das Hochwasserentlastungsgerinne machen konnten. Das heißt eine Vielzahl von Dingen, oder auch in den letzten zwei Perioden wo es gelungen ist ein Depot für das Museum zu errichten. Das Museum umzubauen, die Landesausstellung herzubringen. Man nimmt sich wenn man beginnt mit einer politischen Tätigkeit immer sehr viel vor, man bekommt dann gelernt dass nicht alles umsetzbar ist, dass man nicht für alles auch Mehrheiten findet. Vieles ist umgesetzt worden, manches hat sehr sehr lange gebraucht. Ich erinnere nur an die Aufstiegshilfe auf den Tabor oder wenn ich dahinüber schaue die Stadtplatzgarage, wo wir zuerst überlegt haben Promenade oder Werndlpark, und dann ist das hier fertiggestellt worden mit dem Steg. Aber ich glaube es ist eine Bilanz die sich sehen lassen kann. Die die Stadt und ich sage bewusst die Stadt und alle Fraktionen in den letzten Perioden gemacht haben. Und mir ist es wirklich eine Freude dass ich nach dieser Periode aufhöre, weil wenn ich zurückschaue dann haben wir Zeiten gehabt wo nicht viel weiter gegangen ist. Das ist teilweise den finanziellen Möglichkeiten geschuldet gewesen, teilweise aber auch weil die Chemie unter den handelnden Personen einfach nicht gepasst hat. Und das möchte ich wirklich mitgeben. Am meisten haben wir zustande gebracht für die Interessen der Bürger wenn wir zusammen gehalten haben und gemeinsam versucht haben Projekte zu entwickeln und umzusetzen. Und dafür möchte ich mich wirklich bei allen hier ganz herzlich bedanken. Ich wünsche ihnen persönlich Gesundheit, Glück und vor allem Zufriedenheit. Und darf mich verabschieden mit den Steyrer Gruß: ein kräftiges Glück auf!

Applaus!

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Vielen Dank lieber Gunter für alles was du für diese Stadt geleistet hast. Schlusswort oder Abstimmung?

STADTRAT ARNO THUMMERER:

Abstimmung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gibt es eine Gegenstimme zu diesem Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bitte dein nächster Tagesordnungspunkt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

15) Präs-266/21 Antrag von Grünen, Neos und GRIn. MMag. Frech an den Gemeinderat; Klimagerechte Raumordnung (Flächenwidmungsplan und Bebauungspläne).

GEMEINDERAT ARNO THUMMERER:

Dann darf ich, die nächsten zwei restlichen Punkte vom heutigen Gemeinderatsprogramm, den Kollegen Kaufmann ersuchen oder einer ...

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Der nächste ist meiner oder übernächster, oder was meinst du?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

So soll es sein, bitte Reinhard, du bist am Wort.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Dankeschön für das Wort. Einen haben wir noch sozusagen. Da geht es um klimagerechte Raumordnung. Ist auch ein ganz wichtiges Thema im Zusammenhang mit der Bewältigung der Klimakrise und ich darf hier den Vorschlag für einen Gemeinderatsbeschluss anführen. Das Oberösterreichische Raumordnungsgesetz formuliert in Paragraph 2 als erstes Ziel der Raumordnung den umfassenden Schutz des Klimas und der Umwelt vor schädlichen Einwirkungen sowie die Sicherung bei der Herstellung eines ausgewogenen Naturhaushaltes. Das war ein Zitat aus einem Landesgesetz. Ist nicht mir eingefallen, aber hätte, das könnte auch in einem grünen Parteiprogramm stehen. Und in allen anderen Parteiprogrammen vielleicht genauso. Ziffer 2a ergänzt dies um das Ziel der Vermeidung und Verminderung des Risikos von Naturgefahren für bestehende und künftige Siedlungsräume. Gemäß Paragraph 31, Absatz 1, Oberösterreichisches Raumordnungsgesetz, sind Bebauungspläne zu erlassen, soweit dies zur Erreichung eines möglichst wirksamen Umweltschutzes erforderlich ist. Um diese Ziele in den nächsten Jahren und Jahrzehnten im Lichte der Erkenntnisse des neuesten Berichts des Weltklimarates tatsächlich zu erreichen, ist es notwendig, alle Instrumente des Oberösterreichischen Raumordnungsgesetzes, und da gibt es ja durchaus Unzufriedenheit mit der Ausformung dieser Instrumente, die zu wenig eigentlich für viele kritische Situationen hergeben, aber hier geht es einmal darum, das, was es gibt im Gesetz, konsequent für eine klimaverträgliche Stadtentwicklung, Baukultur, Verkehrsorganisation, Wirtschaftsentwicklung und Naturraumsicherung zu nutzen. Die für das Stadtgebiet von Steyr derzeit geltenden Flächenwidmungspläne und Bebauungspläne enthalten nur wenige oder keine Vorgaben, um klimaschädliche Flächennutzungen und Bauausführungen zu verhindern und Bauwerber bei der Planung und Umsetzung klimagerechter Bauprojekte zu unterstützen. Die Flächenwidmungen und die bestehenden Bebauungspläne sind in diesem Sinne möglichst rasch zu evaluieren und wo sie fehlen neue Bebauungspläne zu erstellen. Beispiele für vorzuschreibende Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzes sind etwa Frei- und Grünraumplanungen einschließlich deren Vernetzung, die Anpflanzung und Erhaltung von Bäumen und Sträuchern sowie Maßnahmen der Dach- und Gebäudebegrünung, die Festlegung der Mindestgeschoßanzahl oder die Zulassung von Photovoltaikanlagen auf Verkehrsflächen. Das waren jetzt alles Beispiele, die im Gesetz genauso wortwörtlich genannt sind. Zur Begründung. Jahrelange Erfahrungen mit nur wenig geregelter Bautätigkeit im Hinblick auf die Klimathematik zeigen, dass die Erreichung der vereinbarten Klimaziele und die notwendige Anpassung des Gebäudedesigns an die schon eingetretene Klimaveränderung klarer Standards, Regeln und Unterstützungsangebote für Bauwerber bedarf. Das Einkaufszentrum, Taborland, der Lebensmittelhandel Hofer beim Krankenhaus oder die Gargagency an der Mannlicher Straße zeigen beispielhaft, wie durch die bestehenden lockeren Bauvorschriften exzessive Bodenverschwendung und Flächenversiegelung begünstigt wurden. Dass so ein Beschluss notwendig ist, wie wir ihn heute vorschlagen, das kommt aus ganz praktischen Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren in den zuständigen Ausschüssen und auch hier im Haus hatten. Und da komme ich auch zurück auf die Anmerkung vom Herrn Bürgermeister, dass unsere Beamten durchaus in der Lage sind und auch gewillt sind, hier entsprechende Vorschläge zu machen. Das ist auch so. Aber es ist oft so, dass sie keine Mehrheit finden für ihre fachlich und professionell untermauerten und fundierten Vorschläge, gerade etwa wenn es um Raumordnungsvorschriften geht, sondern dass, ja, maximal etwas weniger als die Hälfte in den Ausschüssen dann zustimmt zu solchen Vorschlägen und die Mehrheit lehnt das ab. Also eines der wirklich völlig unzeitgemäßen Beispiele ist etwa dieses, ich sage den Namen der Firma nicht mehr, dieser Handelsbetrieb in der Nähe des Krankenhauses, wo man wirklich, als hätte man es zufließ gemacht, ja, da wird versiegelt, versiegelt, versiegelt, und

dann stehen zwei dürre Bäumchen unter den Parkplätzen drinnen, die eh bald absterben werden, wenn die Hitze so weiter geht, dann sind wir die auch noch los und können da noch zwei Parkplätze machen. Das ist derzeit aus der Zeit gefallen, ja. Es gibt leider keine freiwillige Planung in der richtigen Richtung, was Klimaschutz betrifft und was Klimaanpassung betrifft und wir als Stadt haben bisher konsequent verweigert, dort, wo wir die Möglichkeit hätten, bei Flächenwidmungsänderungen, die gewünscht werden von einem Bauwerber, die Mindeststandards eines Klimaschutzes und einer Klimaanpassung einzufordern. Und dieser Antrag soll dazu führen, dass wir erstens diese Fehler in Zukunft nicht mehr machen und zweitens noch konsequenter darüber hinausgehen und uns grundsätzlich überlegen, welche Möglichkeiten ergeben sich aus den Raumordnungsbestimmungen, -regelungen, -gesetzen, um hier wirklich konsequent ein klimaverträgliches Steyr in der Zukunft erreichen zu können. Ja, ich lade ein zur Diskussion, wer bereit ist zur Diskussion oder interessiert.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Das Oö. Raumordnungsgesetz formuliert in § 2 als 1. Ziel der Raumordnung „den umfassenden Schutz des Klimas und der Umwelt vor schädlichen Einwirkungen sowie die Sicherung oder Wiederherstellung eines ausgewogenen Naturhaushaltes“. Z. 2a. ergänzt dies um das Ziel der „Vermeidung und Verminderung des Risikos von Naturgefahren für bestehende und künftige Siedlungsräume“. Gemäß § 31 Abs. 1 Oö. Raumordnungsgesetz sind „Bebauungspläne zu erlassen, soweit dies ... zur Erreichung eines möglichst wirksamen Umweltschutzes erforderlich ist.“

Um diese Ziele in den nächsten Jahren und Jahrzehnten im Lichte der Erkenntnisse des neuesten Berichtes des Weltklimarates IPCC vom August 2021 tatsächlich zu erreichen, ist es notwendig alle Instrumente des Oö. Raumordnungsgesetzes konsequent für eine klimaverträgliche Stadtentwicklung, Baukultur, Verkehrsorganisation, Wirtschaftsentwicklung und Naturraumsicherung zu nutzen. Die für das Stadtgebiet von Steyr derzeit geltenden Flächenwidmungspläne und Bebauungspläne enthalten nur wenige oder keine Vorgaben, um klimaschädliche Flächennutzungen und Bauausführungen zu verhindern und Bauwerber bei der Planung und Umsetzung klimagerechter Bauprojekte zu unterstützen.

Die Flächenwidmungen und die bestehenden Bebauungspläne sind in diesem Sinne möglichst rasch zu evaluieren, und wo sie fehlen, neue Bebauungspläne zu erstellen. Beispiele für vorzuschreibende Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzes sind etwa „Frei- und Grünraumplanungen ... einschließlich deren Vernetzung“ (§ 18 Abs. 3 Z 3 Oö. Raumordnungsgesetz) „die Anpflanzung und Erhaltung von Bäumen und Sträuchern sowie Maßnahmen der Dach- und Gebäudebegrünung“ (§ 32 Abs. 2 Z 10), die Festlegung der Mindestgeschoßanzahl (§ 32 Abs. 4) oder die Zulassung von PV-Anlagen auf Verkehrsflächen (§ 29) oder im Grünland (§ 30a Abs. 3).

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Wort gemeldet der Gemeinderat Freisais. Er ist am Wort.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen. Also wenn man kritisiert hat, dass der letzte, ja, Antrag vielleicht zu abstrakt war oder vielleicht zu grundsätzlich war, dann ist das jetzt aus meiner Sicht ein Antrag, der eben sehr konkret ist, der eben in die Richtung geht, dass man aktiv klimapolitisch in der Stadt Akzente setzt. Und auch da wieder möchte ich unterstreichen, dass das die Chance ist, dass Steyr im Vergleich der Regionen einen Wettbewerbsvorteil haben kann, sich hervortun kann, eine Vorreiterrolle haben kann und von dem her ist das eine wichtige Sache, dass man sich da Gedanken macht, wie man eine Klimavorreiterrolle in der Städteplanung sozusagen einnimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Keine Wortmeldung mehr? Doch, bitte Michaela.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätzte Damen und Herren. Auch dieser Antrag trägt meine Unterschrift und ich halte ihn genauso für sachlich fundiert wie den Grundsatzantrag zur Klimakrise. Es ist mir wirklich unverständlich, dass man da nicht mitgehen kann. Ich meine, ich würde es mir wünschen, dass es jetzt hier eine breite Mehrheit gibt, aber das Abstimmungsverhalten der letzten Anträge hat gezeigt, dass dem nicht so ist. Man ist nicht einmal bereit, darüber zu diskutieren. Und was mich besonders schockiert, ich bin jetzt seit 24 Jahren in diesem Gemeinderat. Vielen von ihnen mag das zu lang sein, das glaube ich, weil ich manchmal lästig falle. Aber ich habe noch nie erlebt in diesen 24 Jahren, dass zu Beginn einer Sitzung der Bürgermeister sagt, die Fraktionen haben sich geeinigt, an der Debatte von bestimmten Anträgen nicht teilzunehmen. Das ist wirklich eine Negativpremiere. Das gab es in 24 Jahren Gemeinderat nicht. Weil was heißt das nämlich auch? Das heißt auch, dass die einzelnen Mandatarinnen und Mandatäre sich ja gar nicht zu Wort melden können, weil es ja schon geheißen hat, die Fraktionen melden sich nicht. Das geht bitte auch gegen das freie Mandat. Und das finde ich nicht lustig, wenn dann der Herr Bürgermeister dazu lächelt und es tut mir wirklich leid...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Wir haben uns abgesprochen...

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Der Kollege Kaufmann hat schon gesagt, der Kollege Kaufmann...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Das ist schon unter uns gesagt, ob wir uns zu Wort melden oder nicht, das brauchst du uns nicht sagen.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Jetzt bin ich am Wort. Ja, das ist eure Sache, aber ist auch meine Sache, geschätzter Herr Bürgermeister...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Du brauchst nicht interpretieren.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
... darauf hinzuweisen, dass mich das schreckt und dass das in 24 Jahren noch nie der Fall war. Es gab zumindest immer eine Diskussion. Man kann etwas gut finden oder nicht gut finden, kein Thema. Aber gar nicht miteinander zu reden halte ich wirklich für demokratiepolitisch höchst bedenklich. Und sich dann doch zu Wort zu melden, indem man jene Möglichkeit nutzt, die einem das Statut vorsieht, nämlich dass man als Bürgermeister sich immer zu Wort melden kann, so von der Bank aus. Ich halte das nicht für zukunftsweisend, ich halte das nicht für ein Thema wie Neues wagen, ich hoffe nicht, dass es das ist, was man in Zukunft neu wagt, sondern dass man lieber das Bewährte sichert. Und das Bewährte war, ein sachlich, hoffentlich meistens, sachlich fundierter Diskurs in diesem Gemeinderat. Und ich finde das, ehrlich gesagt, nicht lustig. Es schreckt mich. Es bestärkt mich aber darin, dass ich mich aus diesem Gemeinderat nicht zurückziehen will. Mit Sicherheit nicht. Weil da gibt es noch viel zu tun. Was mich aber freut ist, und da komme ich zurück zu diesem Antrag, ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass in einer, noch dazu in einer Vorwahlzeit, wo ja andere anscheinend so Hickhack gegeneinander agieren möglicherweise, die Grünen hätten all diese Anträge, wo der Pit Freisais und ich unterschrieben haben, alleine einbringen können. Trotzdem sind der Pit Freisais und ich hergegangen und haben das unterstützt. Wir haben auch keine Forderungen gestellt. Wir haben da auch nicht irgendwas abgeändert, was ich kenne aus der normalen Diskussion,

naja, aber das geht ja nicht, wenn da jetzt eine andere Fraktion etwas einbringt, da müssen wir schon vorher etwas abändern. Nein. Da ist es um Sachlichkeit gegangen und da steht keiner von uns an zu sagen, da bringt ein anderer einen sachlichen Antrag ein und da stimme ich zu. Da muss ich auch nichts mehr abändern, das passt und da bin ich dafür. Und das ist kongruent. Und dass aber die Kleinen da herinnen, und das sind letztlich auch die Grünen und die Neos und das Bürgerforum, eigentlich hier zeigen müssen, dass Zusammenarbeit funktioniert und die anderen schon zu Beginn der Sitzung sagen, wir sagen nichts dazu...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein, wir wurden auch nicht gefragt. Wir wurden auch nicht gefragt. Es war halt eine ...

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Also, da kriege ich jetzt fast Mitleid. Die haben mich nie gefragt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Deine Wahlkampfretorik kannst du einmal beenden.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätzter Herr Bürgermeister. Du kannst vieles in diesem Gemeinderat, aber du kannst mir nicht das Wort entziehen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das würde ich nie tun. Würde ich nie tun.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Das kannst du nicht. Und du kannst Gott sei Dank auch nicht laut Statut, ich hoffe das bleibt auch so, hergehen und sagen, behandeln wir alle Anträge, die da gekommen sind, auf einmal und stimmen wir auf einmal ab. Es gibt so etwas wie Szenarien, die nicht möglich, auch nicht für den Bürgermeister oder die Mehrheitsfraktion, ja. Und kongruent hätte ich es dann auch gefunden, wenn man sagt, gut, wir melden uns dazu nicht, vielleicht auch ein bisschen auf das Thema einzugehen, wäre nett gewesen. Noch dazu, wenn alle anderen in ihrem, also alle großen Parteien, in ihrem Wahlprogramm, mit Ausnahme der FPÖ, auch immer den Klimaschutz haben und die Zukunft und so weiter, wäre nett gewesen. Aber dann eins zu machen, so irgendwie aus der Reihe heraus heraus zu keppeln, ja ich denke mir, da kann man sich gleich zu Wort melden, ja. Das hat man nicht not und das macht auch kein gutes Bild für uns alle.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Oder Ergänzung?

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Nein.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dann das Schlusswort oder Ergänzung?

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Nein, ich glaube, es ist nicht notwendig. Es ist, Pit und Michaela, glaube ich, haben alles Wichtige, was auch in einem Schlusswort gesagt werden könnte, gesagt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich darf trotzdem vom Vorsitz aus, auch wenn es der Frau Magistra Frech nicht recht ist, sagen, es gibt seit heuer ein neues Landes-Raumordnungsgesetz, an das haben wir uns zu halten und an das hält sich die Stadt auf Punkt und Beistrich. Was immer sich wer noch wünscht und fordert, ist gut und recht, aber es gibt ein Landes-Raumordnungsgesetz ein

neues, auf die heutige Zeit offensichtlich abgestimmt, also mit breiter Mehrheit im Landtag beschlossenes Gesetz. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Antrag.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Das war jetzt hoffentlich nicht eine Behauptung, dass dieser Antrag dem Landesgesetz widersprechen würde?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein, wieso soll das...

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Dieser Antrag bezieht sich darauf, die im Landesgesetz vorgesehenen Instrumente konsequent anzuwenden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Hab ich ja, ist ja überhaupt nicht, das hat ja doch keine... ist ja völlig richtig, ich habe nur festgestellt, dass es ein Landes-Raumordnungsgesetz gibt.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja eh, aber da gibt es keinen Gegensatz zwischen Landesgesetz und diesem Antrag. Das ist schon wichtig festzuhalten.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein, eh nicht. Habe ich auch nie behauptet. Liegt mir fern. Wir kommen zu Abstimmung. Wer dafür ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen diesen Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit breiter Mehrheit abgelehnt. Wir haben noch einen Tagesordnungspunkt abzuhandeln, und zwar, Berichterstattung ist noch immer der Kollege Thummerer, aber wer bringt ihn von den Grünen vor?

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1

StR Dr. Michael Schodermayr

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde wie folgt **abgelehnt**.

Anwesende Gemeinderäte: **32**

Zustimmung: **6**

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 1 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **26**

SPÖ 15 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm.ⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayr, BA, MA, Vbgm. Ing. Markus Vogl, GR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Evelyn Schröck, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR Georg Stimedner, BA, GRⁱⁿ Silvia Thurner)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 3 – (GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

FPÖ 8 – (VbGm. Dr. Helmut Zöttl, StR Arno Thummerer, GR Franz Fischer, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GR David König, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

16) Präs-270/21 Antrag von Neos, GRIn. MMag. Frech und Grünen an den Gemeinderat; Entwicklung eines Standortkonzeptes für ein zukunftsfittes Steyr.

GEMEIDERAT PIT FREISAIS:

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen. Steyr, wenn man sich die Bevölkerungszahlen anschaut, stagniert, Steyr schrumpft sogar. Wenn man ein paar Jahrzehnte zurückgeht und Steyr mit Wels vergleicht, dann waren die zwei immer circa gleichauf. Wenn man heutzutage vergleicht, dann ist Wels weit davongezogen. Die ist fast doppelt so groß wie Steyr. Der Trend geht weiter in die Richtung und Steyr dümpelt bestenfalls seitwärts dahin. Jetzt gibt es da das Argument, naja gut, Steyr ist halt in puncto Raum und Fläche sehr begrenzt, da ziehen natürlich viele Steyrerinnen und Steyrer in die Umlandgemeinden. Aber auch wenn man sich die Region anschaut, dann wachsen da die Bevölkerungszahlen nicht überdurchschnittlich, weil so viele Steyrerinnen und Steyrer da sozusagen auswandern, sondern das Ganze, ja, wächst halt so passabel vor sich hin, mehr oder weniger. Also sprich, die Region hat ein Problem, die Region rutscht vom Zentralraum immer weiter weg, wird als Zentralraum im klassischen Sinn nicht mehr wahrgenommen. Der heutige Zentralraum ist eben Linz und Wels und alles was dazwischen ist, das Ganze wächst zu einer Großstadt zusammen. Und Steyr, wie gesagt, verendet da mehr oder weniger immer mehr irgendwo in der Provinz, hat keinen gescheiten Anschluss, hier unser Geisterbahnhof zum Beispiel. Und wenn man mit jungen Leuten redet, warum sie in Steyr sind oder ob sie vorhaben in Steyr zu bleiben, dann sagen viele, naja gut, ich bin da auf die Welt gekommen, ich mache natürlich meine Ausbildung da. Aber sobald es in Richtung Studium geht, in Richtung Arbeit, dann orientiere ich mich weg, weil woanders gibt es dasselbe, vielleicht sogar größer, vielleicht besser und komme halt dann auch nicht mehr zurück in der Folge. Und das ist ein Punkt, das können wir natürlich in unserem Anspruch, dass Steyr eine Stadt ist, ein urbanes Gebiet ist, so nicht hinnehmen. Und deswegen dieser Antrag, dass man sich über den Standort einmal grundsätzlich Gedanken macht. Dass man sich überlegt, wie kann man den Standort besonders für junge Menschen, für junge Familien attraktiv machen, dass man die, die da sind, an die Stadt bindet, dass man aber auch überregional hinaus sozusagen das Angebot bekannt macht, dass Steyr ein spannender Standort ist. Dass man da gut wohnen kann, dass man da gut arbeiten kann, wir haben ein sehr hohes Lohnniveau, etc. diese Stärken ausbauen, diese Stärken hervorstreichen und dass man sich da ein Konzept überlegt, wie man das Ganze gedenkt zu gestalten und voranzubringen. Ein weiterer Punkt natürlich junge Unternehmen, kleine Unternehmen, dass man da für Steyr ein spannender Standort ist. Dass die nicht sagen, naja, ich gehe irgendwo nach Linz oder Wels oder sonst wohin, ich setze mich da in die Tabakfabrik oder was auch immer, wo es halt gerade irgendwelche Startup-Geschichten gibt, sondern dass da wirklich das Angebot und auch die Bekanntheit da ist, dass es da in Steyr eben ein Angebot gibt. Das gehört aus meiner Sicht besprochen, aus meiner Sicht haben da alle Parteien Ideen zu dem Thema und dementsprechend wie gesagt dieser Antrag, für den ich um Zustimmung ersuche. Auch wenn natürlich, wie man anhand der bisherigen Diskussionsbereitschaft man schon gesehen hat, ja, das Ergebnis wahrscheinlich vorhersehbar ist.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Es wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um ein Konzept zu erstellen, das Steyr zukunftsfitt macht und wo Maßnahmen erarbeitet werden, die dazu dienen, dass junge Menschen und Familien in Steyr wohnhaft bleiben bzw. nach Steyr zuziehen. Dazu gehören auch u.a. die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen bzw. die Schaffung von Rahmenbedingungen, die attraktiv für Start up Unternehmen sind.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Die Kollegin Michaela Frech ist am Wort, bitte.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätzte Damen und Herren. Das ist ein Antrag, der gemeinsam konzipiert worden ist von den NEOS, Pit Freisais und von mir als Vertretung des Bürgerforums, und die Grünen haben ihn dann auch unterstützt. Ich würde eigentlich davon ausgehen, dass es niemanden gibt in diesem Raum, der da was dagegen haben könnte. Noch dazu, wenn ich mir die Interviews der letzten Zeit ansehe, die es beispielsweise gab in den Oberösterreichischen Nachrichten der Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten, wo alle durchgehend fast immer darauf hingewiesen haben, dass es wichtig ist, den Standort Steyr abzusichern, dass es wichtig ist, mehr Bewohnerinnen und Bewohner in Steyr zu haben, dass es wichtig ist, die Stadt noch attraktiver zu machen für kleinere und mittlere Unternehmen. Das heißt, inhaltlich habe ich da nirgendwo gelesen, keinen einzigen Punkt, wo jemand etwas dagegen haben könnte, weil er es sogar in diesem Interview angesprochen hat oder in anderer Form kundgetan hat, im Wahlprogramm, was auch immer. Ich bin gespannt, ob man, sie sich vielleicht doch dazu überwinden können, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Weil sonst stellt sich für mich schon zumindest bei Einzelnen die Frage der Glaubwürdigkeit. Wenn ich nicht einmal bereit bin, und das ist der Antrag, es wird eine, der Gemeinderat möge beschließen, es wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um ein Konzept zu erstellen, das Steyr zukunftsfit macht und wo Maßnahmen erarbeitet werden, die dazu dienen, dass junge Menschen und Familien in Steyr wohnhaft bleiben beziehungsweise nach Steyr zuziehen. Dazu gehören unter anderem die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen beziehungsweise die Beschaffung, Entschuldigung, die Schaffung von Rahmenbedingungen, die attraktiv für Startup-Unternehmen sind. Das ist der Beschluss. Und ich kann mir nicht vorstellen, geschätzte Damen und Herren, dass es da herinnen irgendjemanden gibt, der auch nur gegen einen dieser Punkte ist. Weil wenn das so ist, dann ist alles, was sie da draußen in irgendwelchen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern, in irgendwelchen Gesprächen mit Unternehmerinnen und Unternehmern von sich geben und auf Plakate schreiben, in Wahlprogramme hinein, wirklich Schall und Rauch. Weil gegen diesen Antrag kann man nichts sagen. Noch einmal, eine Arbeitsgruppe wird eingesetzt, um ein Konzept zu erstellen das Steyr zukunftsfit macht. Und Maßnahmen werden erarbeitet, etc. etc., sie haben den Antrag vor sich liegen. Die Begründung hat der Pit Freisais schon ausführlich dargestellt. Und das, was da noch im Antrag steht, sind Beispiele für Maßnahmen wie sie sein könnten. Das heißt noch gar nicht, dass man das dann auch tatsächlich umsetzen kann alles, aber es war der Versuch zu konkretisieren, damit es nicht heißt, das ist wieder so abstrakt und was soll man da alles tun. Das sind nur Beispiele. Und die werden sicher ellenlang sein, wenn man sich zusammensetzt in so einer Arbeitsgruppe. Und, wie gesagt, ich kann es nicht nachvollziehen, dass man sich hier dagegen ausspricht. Und manche von ihnen habe ich ja gestern gesehen am Abend, späteren Nachmittag, Abend, 30 Jahre FAZAT. Und da war zum Beispiel das ein massives Thema, den Standort Steyr abzusichern. Da konnte man auch hören, ich habe es jetzt nicht, ich hatte nicht die Zeit das nachzuprüfen, aber ich nehme an, wenn sich jemand auf die FAZAT-Bühne gestern im Museum Arbeitswelt gestellt hat und das vor vielen Personen gesagt hat, mehrere hundert, dann wird das schon stimmen. Angeblich ist es so, dass die Marke Steyr bekannter ist als die Marke Österreich. Und dann sollten wir aber etwas aus dieser Marke Steyr machen. Und aus dieser Marke Steyr kann man sicherlich auch das machen, dass wir wieder zu mehr Bewohnerinnen und Bewohnern kommen. Und da schließt sich dann der Kreis zu dieser aktuellen Stunde, die eingebracht worden ist, zu der ich mich jetzt nicht äußern möchte mehr. Nämlich, wir brauchen mehr Bewohnerinnen und Bewohner, um auch beim Finanzausgleich bessere Chancen zu haben. Wir brauchen jeden Einzelnen, wir sollten aber auch in Zukunft die 50.000-er Marke überschreiten können. Jeder von uns weiß, warum das so wichtig ist aufgrund der Regelungen im Finanzausgleich, ja. Und, ganz aktuell, das haben gestern andere gesagt, das sagen jetzt nicht nur der Pit Freisais und ich, das sagen alle. Die Grünen haben da auch mitgemacht und ihre Unterschrift hineingesetzt. Ganz klar, kann man nicht dagegen sein. Also, verstehen tue ich sie wirklich nicht. Und ich verstehe sie weder in meiner Funktion als

Politikerin da herinnen, aber schon gar nicht als einfache Bürgerin, das verstehe ich wirklich nicht, dass man hier dann sagt, da ist man vielleicht auch noch dagegen. Also dass sie sich da nicht einen Ruck geben können und da mitstimmen, ich verstehe es nicht. Steyr schrumpft, das ist keine Kritik, das ist letztlich so, aber wir hätten viele Möglichkeiten hier mehr zu tun. Im Antrag sind einige Maßnahmen hier tatsächlich angeführt. Und ich habe gerade erst gestern am Abend ein Gespräch wieder geführt mit einer jungen Familie, die überlegt wegzuziehen. Aber nicht, weil sie woanders bauen, sondern weil es eben Hindernisse gibt, hier weiter wohnen zu bleiben, weil man da so viele Genehmigungen braucht, was auch immer. Aber das heißt, wir würden, wir wären gut beraten, diese Arbeitsgruppe einzurichten. Aber wenn sie da jetzt nicht wollen, wenn es sie nicht interessiert, ich merke auch es interessiert eigentlich nicht wirklich, weil die einen surfen am Handy herum, die anderen lachen, ja. Ich persönlich ...

Zwischenruf von GR Rudolf Blasi vom Platz aus: Wie lange sitzt du da herinnen, 24 Jahre? Und jetzt eine Woche vor der Wahl kommst du jetzt damit.

GEMEIDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Lieber Rudi.

Zwischenruf von GR Rudolf Blasi vom Platz aus: Das glaubt dir ja niemand.

GEMEIDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Ich habe in diesem Gemeinderat immer meine Stimme erhoben. Und immer zu diesen Themen. Und du brauchst nur nachschauen, das was ich vor 24 Jahren gesagt habe ist so aktuell, leider, wie nie. Ich kann es dir auch zukommen lassen, wenn du es nicht glaubst.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Noch eine Wortmeldung zu diesem Thema. Ich möchte nur sagen, also Steyr schrumpft nicht. Wir sind die letzten Jahre konstant geblieben. Und wenn man es sich so einfach macht und sagt, wir machen eine Arbeitsgruppe und die wird dann ein super Konzept haben und dann bleiben alle da und gehen nicht in die Bundeshauptstadt, weil sie dort studiert haben, das wäre schön. Wir sind der Meinung, dass diese Themen der neue Gemeinderat behandeln wird müssen, weil es die Zukunftsthemen sind. Und der wird am 26. September gewählt und der braucht nicht noch einen Antrag mitkriegen von Leuten, die es vielleicht dann politisch gar nicht mehr gibt. Da sehen wir überhaupt keine Veranlassung. Das habe ich auch versucht am Anfang klarzumachen, warum das im Endeffekt wirklich Leerkilometer sind, an denen wir uns nicht beteiligen wollen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit breiter Mehrheit abgelehnt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde mit Mehrheit **abgelehnt**.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **6**

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 1 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: 27

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm.ⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayr, BA, MA, Vbgm. Ing. Markus Vogl, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Evelyn Schröck, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR Georg Stimeder, BA, GRⁱⁿ Silvia Thurner)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 3 – (GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

FPÖ 8 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Arno Thummerer, GR Franz Fischer, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GR David König, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren. Wir sind am Ende der sechsjährigen Funktionsperiode des Steyrer Gemeinderates und am Ende der letzten Gemeinderatssitzung vor der Gemeinderatswahl am 26. September. Ich glaube, wir können, wie ich meine, alle zusammen eine sehr positive Leistungsbilanz unserer gemeinsamen Arbeit ziehen. Wir haben mit einer Fülle an großen und kleinen Projekten sowie zahlreichen Verbesserungen in den verschiedensten Dienstleistungsbereichen unser schönes Steyr wirklich positiv weitergestaltet. Gunter Mayrhofer hat ja schon ein paar Beispiele angeführt. Und wir haben das, und die heutige Sitzung ist ja nicht aussagekräftig für die ganzen sechs Jahre, das ist dem Wahlkampf geschuldet, zumindest ist das meine Sicht der Dinge, wir haben das wirklich in großer Sachlichkeit und mit dem Blick für das realistisch Machbare gemacht, aber durchaus auch mit dem Mut für das Neue und das Zukunftsweisende getan. Panoramalift Tabor ist schon angesprochen worden, die Hanggarage Dukartstraße mit Stadtplatzsteg, der Fachhochschul-Neubau Campus III oder die Gesamtrenovierung Innberger Stadel sowie die Stadtplatz-Neugestaltung sind dafür die herausragendsten Beispiele. Und dafür hat es auch Mut bedurft. Und nicht wie uns manchmal unterstellt wird, dass wir feige hier im Gemeinderat sind. Und je breiter das Spektrum ist und was wir in den vergangenen sechs Jahren alles wirklich auf den Weg gebracht und verwirklicht haben, das werden wir in den nächsten Tagen, wenn das Amtsblatt erscheint, die Ausgabe im September, nachlesen und nachschauen können, obwohl auch da aufgrund der Fülle nur ein komprimierter Querschnitt präsentiert werden wird. Aber das ist unser Querschnitt und das sind unsere Leistungen. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist auch heute meine letzte Sitzung des Gemeinderates, bei der ich die Ehre habe als Bürgermeister den Vorsitz zu führen. Nach etwas mehr als 12 Jahren als Stadtoberhaupt nehme ich Abschied von dieser schönen, aber durchaus auch verantwortungsvollen Tätigkeit, die ich wirklich mit großer Leidenschaft ausgeübt habe und werde das auch noch die letzten Wochen so halten. Im persönlichen Rückblick, das ist mir wichtig, bin ich froh und dankbar, dass ich das Privileg hatte, meine Heimatstadt eine derart lange Zeitspanne aktiv mitgestalten zu dürfen. Und genauso froh und dankbar bin ich aber auch darüber, wie positiv der politische Alltag, wie positiv die Zusammenarbeit mit ihnen, mit euch in all diesen Jahren gewesen ist, mit den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates und Stadtsenates in diesen mehr als 12 Jahren. Das heißt nicht, dass in diesen zwei Funktionsperioden nicht auch die eine oder andere zum Teil sehr heftige politische Auseinandersetzung stattgefunden hat. Auch heute war es nicht friktionsfrei, trotz des positiven Horoskops. Aber es kam niemals zu einem persönlichen Bruch, wurde auch bei hitzigen Auseinandersetzungen meiner Meinung nach niemals die Grenze des persönlichen Respekts überschritten. Dafür sage ich ihnen, euch heute wirklich ein aufrichtiges Danke, aber natürlich auch jenen, die mich in der Vergangenheit in den Jahren davor begleitet haben und in der Zwischenzeit aus dem Gemeinderat ausgeschieden sind. Bedanken möchte ich mich aber auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt sowie der stadtnahen Betriebe, die ich in meiner Amtszeit durchgehend als fachlich kompetent, engagiert und hochmotiviert erlebt habe. Das

heißt auch wieder nicht, dass alles wie am Schnürchen funktioniert hat und geklappt hat und dass ich als Stadtoberhaupt, oder auch sie als Mandatäre, keinen Anlass zur Kritik gehabt hätten. In diesen mehr als 12 Jahren kommt schon das eine oder andere vor in so einem großen Dienstleistungsunternehmen, da sind auch Problemfälle und Fehlleistungen. Und da ist es natürlich auch manchmal vorgekommen, dass ich als Bürgermeister meine Kritik auch heftig geäußert habe. In Summe kann ich aber rückblickend wirklich mit gutem Gewissen sagen, dass die Anlassfälle nicht häufig gewesen sind und dass meine Kritik niemals persönlich gemeint war. Ja, zurück zum Ende der heutigen, meiner letzten Gemeinderatssitzung. Wenn ich in die Runde schaue, dann sehe ich 35 Mandatarinnen und Mandatäre, die sich sechs Jahre lang mit großem persönlichen Engagement und Einsatz bemüht haben, unsere Stadt noch besser, noch lebenswerter zu gestalten. Sie haben auch 35 Kolleginnen und Kollegen und politische Wegbegleiter, zu denen ich in den Jahren auch eine persönliche Beziehung aufgebaut habe, natürlich in unterschiedlicher Intensität. Ich möchte ihnen allen ganz bewusst versichern, dass es keine Persönlichkeit unter ihnen gibt, die ich nicht als Person und Mensch schätze und respektiere. Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen, viele wissen es schon, viele werden noch draufkommen, das ist wirklich kein einfaches Geschäft und auch nichts für zart-besaitete. Man braucht schon auch eine dicke Haut und eine relativ hohe persönliche Schmerzgrenze. Umso mehr weiß ich es zu schätzen, dass ich in meiner gesamten Amtszeit vor persönlichen Verunglimpfungen und Attacken verschont geblieben bin, vielleicht mit einer einzigen Ausnahme, beim Streit um das Einkaufszentrum am Tabor, wo mir eine bestimmte Person eine strafbare Handlung unterstellt hat. Aber das war auch schon alles. Ich kann daher wirklich nach mehr als 12 Jahren persönlich unbeschadet aus diesem politischen Ring steigen, verabschiede mich aus diesem Amt nicht zuletzt aber auch in dem Bewusstsein, dass in meiner persönlichen Rückschau die Sorgen und Probleme nur sehr wenig Platz einnehmen und das Viele das gelungen ist, das uns gemeinsam gelungen ist, die zahlreichen Vorhaben und Projekte, die erfolgreich zum Abschluss gebracht wurden, das Negative um ein Vielfaches überwiegen. In diesem Sinne möchte ich abschließend noch einmal Danke sagen, Danke für das große Vertrauen, das mir die Steyrerinnen und Steyrer von Anfang an entgegengebracht haben und das sie 2015 mit einem klaren Auftrag für die zweite Funktionsperiode eindrucksvoll erneuert haben. Aber auch nochmals ein großes Danke an sie, an euch, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben durch ein von gegenseitigem Vertrauen und großem Respekt für das Politiklima überdurchschnittlich viel Positives für unsere Stadt erreicht. Ohne parteipolitisches Hickhack, gemeinsam und auf Augenhöhe. In diesem Sinne verlasse ich dieses Amt mit Demut vor der damit verbundenen Aufgabe, mit dem sicheren Gefühl, dass es in Steyr positiv weitergehen wird. Alles Gute, ein herzliches Glück Auf.

Lang anhaltender Applaus.

Da sind Getränke vorbereitet und Brötchen. Nochmals vielen Dank für den schönen Applaus. Es hat mich sehr gefreut. Alles Gute. Bitte, hoffentlich haben sie ein bisschen Zeit.

ENDE DER SITZUNG UM 17:10 UHR.

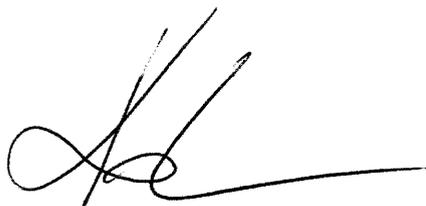
DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Gerald Hackl



DIE PROTOKOLLFÜHRER:

DIE PROTOKOLLPRÜFER:



Dr. Martina Kolar-Starzer



GRⁱⁿ Rosa Hieß



Karin Rodlauer



GR Mag. Kurt Prack